

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 11. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
Nummer mit illustriertem Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
Preisliste für 1902 unter Nr. 7978.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
Ersteinstück täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen**  
betragt für die sechsgepaltene Proleten-  
seite oder deren Raum 40 Pfg., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
(nur das erste Wort frei). Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“

### Quittung.

Im Monat Januar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 200.—, 3. Kreis 300.— (dar. Dr. R. L. u. II. Quart. 02 50.—, G. W. Jahresbeitrag 5,20), 4. Kreis Südost 1000.— (darunter A. B. 23 30.—, Sage, Stalitzerstr. 1.—), 5. Kreis 150.— (darunter R. K. 50.—), 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 1250.— (dar. Beiträge vom Wahlverein Dezember 01 160,10, Billede vom Sommerfest 318,50, A. B. Mitter 1.—), Berlin, diverse Beiträge: H. 100.—, Madetes 5.—, Dr. L. A. 50.—, R. A. 50.—, Von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Buchbinderei von R. Bading 20.—, R. S. 75.—, J. B. 25.—, Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschafts-Bäckerei 28.—, Cigarettenfabrik A. Schütz, Friedrichsfelderstr. 21, 7.—, Gesammelt von einigen Katen zu Pörsel durch R. S. 150.—, L. und G. S. 10.—, Die Contobuchhalter vom Bedding 5.—, Sp. C. B. 10.—, A. B. 50.—, P. S. 50.—, Restbestand des aufgelösten Bildungsvereins „Mehr Licht“ 10,70, Von einigen in einer Spandauer Musterwerkstatt erzeugten Heuschreck 4,85, Zwei Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker im „Vorw.“ 10.—, Dr. R. in R.-H. 1,80, Von der verunglückten Gewerbesteuer-Unterstützungswahl 2.—, Für ein Referat Webels bei den Konditoren 10.—, Verabteilung von R. Bading 25.—, Roter Bund v. C. R. u. Co., Alexanderstr. 27, 30.—, Drechsler und Schleifer der Communitar-Fabrik C. Müller, Weissenf., 20.—, Ramestos, Mariendorfer, 26,87, Stereotypen des „Vorwärts“ 15.—, Mitglieder der II.-Dr. 3,70, Öffentliche Versammlung der Tagewerker 5,85, Gesammelt im Gefängnis Toulouise 3,65, L. P. 2.—, Narwiedt, St. i. D. 35.—, Wandenburg a. S., Wahlkreis Westhaveland 150.—, Bredlau, socialdemokratischer Verein 50.—, Bant-Wilhelmshafen, Parteibeitrag 4. Quartal 1901 153.—, Bern 50.—, Bamberg, „Rot Jucht“ 25.—, Bremerhaven, socialdemokratischer Verein 100.—, Brühl, durch H. Wölke 8,06, Barmen, auf einer Geburtstagsfeier bei Th. gesammelt durch Koch 2,60, Crimmitschau 150.—, Darunter durch A. C. von Ungenannt 10.—, von R. S. 50.—, v. Th. W. durch A. C. 3.—, durch A. von Garderobeged 3.—, durch G. M., Silberfeste 50.—, amer. Kult. Silberfeste 7.—, Charlottenburg, vom Centralwahlverein des Reiches Letzows-Weeslow-Charlottenb., Okt.-Dez. 800.—, Dresden, 4. sächsischer Wahlkreis 400.—, Duisburg, von Kistern, die am 1. Mai 1901 gearbeitet haben 3,90, Delitzsch, Wahlkreis Del.-Bitterfeld 50.—, Durlach, gef. auf der Silberhochzeit eines Veteranen der Partei 4,40, Dresden, Wexler 5.—, Eichenhagen, Spiehbürger Altenland 6.—, Eisenach, von Genossen durch D. 10.—, Eisenach, durch C. B. 12.—, Fallenberg (Obersuhl) 250.—, Gölzig, Heberich der Singer-Versammlung 100.—, Gelsenau i. Erzgeb., durch C. R. vom R.-B. Kalender 3,50, Gotha, von den Parteigenossen durch den Vertrauensmann 30.—, Hanau-Vielhausen-Orb., Wahlkreis 100.—, Haselb. bei Bremen, von Parteigenossen 10.—, Heiler, von Genossen am Schwester gesammelt 1,90, Hofenstein-Crinitzthal, Silberfestüberschuss 5.—, Heiler, von Parteigenossen 5.—, Hüttensteinach, für die gute Sache, I. Rate 10.—, Hagen i. B., Ungenannt, 3.—, Hamburg, im Monat Januar in der Expedition des „Cho“ eingegangen 107,40, Hafffurt a. M. L. R. 4.—, Karlsruhe-Wählung Wahlverein 10.—, Lengenfeld i. B., von Parteigenossen 3.—, Lindenberg b. Schneeberg i. S., von Parteigenossen 1,35, Vahr i. B., Altvater 5.—, Langendiebach im Wahlkreis Hanau, von Parteigenossen 71.—, Magdeburg, von den Parteigenossen 500.—, Marburg a. L., von Parteigenossen 10.—, München, Waldläufer 5.—, Nürnberg-Kittorf, socialdemokratischer Verein 20.—, Niederhählich, 6. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 500.—, Neuhaldensleben-Bolmirstedt, Wahlkr. 50.—, Neu-Ruppin, Schulz 3.—, Oberstein a. R., Parteibeitrag, 4. Quart. 01 252, Offenbach i. B., von den alten Offenburger von einer nicht hohdämischen Beamtenfrau 25.—, Paris, vom deutschen socialdemokr. Klub 40,32, Rawitsch, Größ einer amerikanischen Funktion 12.—, Reichenbach i. B., W. A. durch R. W. 3.—, Ronndorf, vom allgemeinen Arbeiterverein, 4. Quart. 25.—, Roter Kreislauf, S. u. 4. Quart. 01 3.—, Gen. C. B. 1.—, Sa. 29.—, Schwäbischer Ringroschen 200.—, Sorau, durch den Vertrauensmann 25.—, Solingen, I. meining. Kreis 10.—, Solingen, durch den Kreisvertrauensmann 25.—, darunter v. Volkverein Solingen 10.—, Wielau, Verteigerung einer roten Fahne 2,30, „Vorwärts“ 4. Quartal 1901 16 005,15, Wolmirsteinhagen, socialdemokratischer Wahlverein 50.—, Württemberg 300.—, Weimar, vom I. weimar. Wahlkreis durch Red 50.—, A. B. 3. 2000.—

In der Quittung in Nr. 3 des „Vorwärts“ vom 10. Jan. d. J., muß es unter Niederwürdig nicht heißen 17., sondern 19. sächsischer Reichstagswahlkreis.

Berlin, den 8. Februar 1902.  
Für den Parteivorstand:  
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

### Im Circus Busch.

Wenn die Bedeutung einer politischen Demonstration — und als solche war die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirte geplant — bloß von der Zahl der Teilnehmer bestimmt würde, dann hätte Berlin am Montag eine mächtige Demonstration gegen die Handelspolitik der Regierung aufzuweisen gehabt. Tausende und Abertausende hätten die weiten Circusräume bis hoch hinauf auf die obersten Ränge, und wenn natürlich — wie sonst im Circus auch! — die Logen und Balkone die Zuschauer mit Anseher und Glacéhandschuhen, in Cylinder und Pelz, die Damen mit Lorquette und Springelanzwiesen, im Parterre und den oberen Rängen drängte sich der mittlere Bauer, behäbig und kraftstrotzend, und da und dort vielleicht auch sogar der Proletarier der Scholle. Der blaßeste Großgrundbesitzer hätte seinen Nachbar mit den Worten: „Na, wollen Sie sich den Arampol auch anhören?“ Der Kleinere nahm die Sache ernst, er glaubte auch an den Ernst derer, die jahraus, jahrein der lauten, lahmten Regierung drängen den Krieg bis aufs Messer erklären!

Ob er am Schlusse nicht doch etwas enttäuscht war?

Kein Hauch der Begeisterung, der aus den Massen zu den Rednern flutete und heiß und stürmisch in deren Worten wiederklang — resigniert, bedächtig und vorsichtig sprachen die Führer, kein Triumphton, und so war auch das Echo schwach! Und wenn auch da und dort der eine oder andre Redner einen heißen Trompetenton anschlug, umsonst fiel der Mangel an Kampflust bei den sonst so wortmächtigen Bundesführern auf. Neben dieser Resignation gaben noch zwei Erscheinungen der diesjährigen Versammlung ihr charakteristisches Gepräge: ein bis zur Widerlichkeit getriebener Hyzantinismus! Die Hahn, Möfde, Oertel, Wangenheim trüben förmlich von Kaiser-treue, sie gingen förmlich mit ihrer lokalen Gesinnung hausieren — nur Liebermann von Sonnenberg verschmähte dieses Feigenblatt — und einer bis zur Lächerlichkeit angebotenen Vereitwilligkeit zum Kampfe gegen die Socialdemokratie!

Die Herren vom Bunde der Landwirte scheinen also zu wissen, wie die stotten Kriegserklärungen der Ruppert von Kaufmann & takti quantal an gewisser Stelle verschminkt haben und von gewissen Seiten ausgenutzt würden, und sie spekulieren nunmehr durch das Anerbieten als Leibgedulden gegen den Umsturz auf Wiedereroberung des verlorenen Einflusses. Sie kennen wie ihre Widerparte so auch ihre Pappenhelmer!

Gegen 1 Uhr nahm die Versammlung ihren Anfang; der Landtag hatte seine Sitzung überhaupt aufgehoben, aus dem Reichstag waren die konservativen Abgeordneten teils als Mitglieder, teils als selbstige Heleten des Bundes der Landwirte anwesend! Neben den direkt Angestellten, wie Liebermann von Sonnenberg, Hahn, Möfde, Wangenheim, Wödel, Lude usw. waren auch Limburg-Stürm, v. Hehl-Herrnsheim, Rechtsanwalt Dieblich, Amtsdirektor Gimbung, Kany u. a. anwesend, sogar Offiziere und Soldaten sah man und verhältnismäßig zahlreich auch Damen. In der Kaiserloge stand inmitten eines Lorbeer-Kranzgebirgs die Kaiser-Wiße.

Die Begrüßungsrede hielt der Bundesvorsitzende Möfde; er hatte sie vorstichtigerweise gleich drucken und an die Preisvertreter verteilen lassen. Der Kampf ist dem Bunde der Landwirte aufgedrungen worden, weil man die Interessen der Landwirtschaft nicht genügend berücksichtigt habe; der Zolltarif ist verspätet eingebracht, so daß vielleicht die Neuordnung nicht rechtzeitig festgestellt werden kann. Ob und wie weit er dem Bedürfnis der Landwirtschaft entspreche, das werde der Referent über die Zollfrage auseinandersetzen. Man höre, das Vorgesetzte solle verändert werden; das sei eine Verhöhnung der Landwirtschaft; aber man sei es schon gewohnt, daß Gesetze, welche die Socialdemokratie, die Börse und die Freireim nicht wolle, entweder nicht durchgeführt oder nicht durchgeführt würden, während Gesetze, welche die Landwirtschaft nicht wolle, unbarmerherzig durchgeführt würden. Dann verzeigte er dem toten Capriwo den üblichen Fuhrtritt, tadelte Höfenlohe wegen seines farnepfoten Widerstandes und lobte zum Schluß Miquel, der mit seiner „überlegenen Klugheit“ den Bund beinahe lahmgelegt hätte. Den Grafen Wilow hätten sie selber bis zum Freitag nicht gelamnt. Beim Liebesmahl des Landwirtschaftsrates haben auch sie erst sein Herz entdeckt. Nach ein paar Seitenhieben auf die „jetzt üblich gewordene Art“, beim Mahle nach gutem Essen und gutem Weine Politik zu machen, gab er schwarzen Befürchtungen über das kalte Herz Wilows Ausdruck, forderte zur Einigkeit auf und bot dann die Loyalität des Bauernbundes der Krone dar! Das verstanden denn auch seine Manner vortrefflich. Mit einem Schläge sprangen sie von ihren Sitzen auf, klopfen die Haden zusammen und stimmten stürmisch in das dreifache Hoch auf den Kaiser ein, wie zu der Zeit, da sie noch auf dem Kaiserhof standen! Während der Rede des Bundesvorsitzenden war der Weifall sehr mager!

der Kampf enden wird, das weiß nur unser großer Alliiertes im Himmel, auf ihn wollen wir fest vertrauen. Auf ihn und auf unsre Einigkeit! Folgen wir alle unsrer alten Parole: Treu unsrem Gott, treu unsrem Kaiser und treu uns selber!

Am folgte Hahn (mit Weifall begrüßt) und gab den Geschäftsbericht; ein Massenbericht wurde nicht erstattet. Man mußte sich mit der Versicherung begnügen, daß alle rückständigen Zahler aus der Mitgliederliste gestrichen seien und daß nur dreiviertel Prozent der Beiträge geschuldet werden. Der Bund der Landwirte sei kein Junkerbund, 87 Proz., d. h. 217 000 Mitglieder seien Kleinbauern, 31 500 = 12 1/2 Proz. vertreten den mittleren Besitz und nur 1500 = 1/2 Proz. seien Großgrundbesitzer. 115 000 wohnen städtisch, 135 000 aber weiflich der Erde. (Herr Hahn verschwieg nur, daß das 1/2 Proz. Junker und Junker-Genossen das Kommando im Bunde der Landwirte führten!) 18 000 Mitglieder seien neu gewonnen, 2700 Versammlungen abgehalten worden, und wenn bei den Wanderebnern auch ab und zu eine kleine Entgleisung vorgekommen sei, so habe das nichts zu sagen! Auch bei den Wahlen habe der Bund der Landwirte große Erfolge gehabt: bei den badischen Landtagswahlen seien 11, bei den sächsischen 13 Bundesangehörige gewählt worden. (Von verlorenen Wahlkreis Grimmen-Greifswalde und von Döbeln-Kochweitz schwieg Herr Dr. Hahn!) Er empfahl noch die Versicherungsgesellschaften, mit denen der Bund der Landwirte Geschäfte machte und besonders die neu angelegte Centralkasse des Bundes, welche Spareinlagen der Mitglieder mit 4 Proz. verzinst und gegen alle Krache gesichert sei!

Alle diese Mitteilungen ließ die Circus-Versammlung ruhig und teilnahmslos über sich ergehen. Erst als der Hahn auf Podium stieg und über den Zolltarif krächte, „kon Leben in die Erde“. Mit der Selbstbewunderung und Selbstsicherheit, die diesen jüngsten Direktor des Bundes auszeichnet, bearbeitete er nach einem dem Fürsten Bismard nachgebildeten „wissenschaftlichen Systeme“ die Zollfrage. Ruhig und kühl wolle er auf Wilows Rede antworten, denn Ruhe und Kühle liegen in unserem Interesse. Die alten Handelsverträge haben der Industrie nicht den erhofften Absatz gebracht und vor allem ist die Wüte der Industrie nicht den Handelsverträgen geschuldet; diese sei der technischen Entwicklung geschuldet, der engen Verbindung zwischen Technik und Wissenschaft, vor allem aber den Militär- und Marine-Vorlagen und den zahlreichen Kleinbahn-Bauten über das ganze Land. Ein wahres Glück sei es, daß sie die Kanalvorlage abgelehnt hätten, sonst wäre der Krach und jetzt die Arbeitslosigkeit noch schlimmer geworden. (Allgemeines Bravo!) Es galt jetzt einfach, den Inlandsmarkt festzuhalten oder zu erobern! Das sei wichtiger als der ganze Absatz ins Ausland! Diese große nationale Idee habe schon Bismard vertreten. Nicht langfristige Handelsverträge seien die Hauptfrage, sondern die Rücksicht auf den Inlandsmarkt. Schon heute lasse sich die Zeit voraussehen, daß der Abzug der Industrieprodukte nach dem Ausland aufhöre; in der Eisen- und Textil-Industrie sei er schon heute zu Ende! Daher seien Hölle zum Schutz des Inlandsmarktes nötig; dazu Minimaltarif für alle Positionen der landwirtschaftlichen Produktion, daher müssen sowohl im Plenum als in der Kommission Beratungen und Verhandlungen gepflogen werden. Eine neue wirtschaftliche Wüte sei für die Industrie so bald nicht zu erwarten, darum Schutz für den Inlandsmarkt. Damit müsse man rechnen und sich in diesem Bestreben von Reichskanzler Grafen Wilow nicht erschüttern lassen. (Bravo!) Dieser habe die Landwirte wie wartige Kinder behandelt und ihnen gesagt, sie müßten vernünftig werden, mit sich reden lassen. Aber die Rücksicht auf das nationale Interesse zwingt, auf die Regierungsvorlagen nicht einzugehen. Dafür müsse man unter Umständen auch ein gewisses Odium auf sich nehmen, eine Erneuerung der Handelsverträge auf jeglicher Basis bringe auch für die Landwirtschaft die Gefahr der Erhöhung industrieller Löhne, weiterer Abzug der Arbeitskräfte nach der Stadt. Schwere Verantwortung lasse auf den Männern des Bundes der Landwirte; aber Deutschland werde auf die mit Fingern weisen, die nicht genug Reden und Mut besäßen! Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen; dann werden die Regierungen es sich nochmals überlegen, und schließlich den Vertretern des Volkes nochmals Gelegenheit geben, vor dem Volke selber ihre Anschauungen zu vertreten. Keine Kettenregelung, die für uns abermals 12 Jahre des Unglücks herbeiführen.

Diese Ausführungen trafen den Ton der Versammlung und wurden mit tosendem Weifall begrüßt!

Der Provinzial-Vorsitzende des Bundes der Landwirte in Westfalen, Landtags-Abgeordneter Sümmermann-Schleda referierte dann über die Zolltarif-Vorlage unter den üblichen Anschüben auf die Socialdemokraten, die nur Unzufriedenheit säen wollten. Schon während seiner Rede fingen sich die Reichen an zu lachen. Er schloß mit der Aufforderung, den Abgeordneten den Rücken zu stärken, keine halbe Arbeit zu leisten und auf Gott zu vertrauen — trotz Weibel, der mit dem Heben Gott nichts zu thun haben wolle.

Vod-Groß-Brey (Mecklenburg) referierte auf der geistigen Höhe eines Zeitartikels der „Staatsbürger-Zeitung“ und fast mit dem gleichen Sachverständnis über die Wörsensteuer-Reform. Neu war in seinen Ausführungen nur, daß Drofskenntischer, Dienstmädchen, Hausdiener etc. auf der Produktionsbörse ihre Ersparnisse anlegen und daß, weil diese von jetzt von der Börse wegbleiben müssen, die Vorkente eine Verringerung des Geldes erstrebten. Weifall fand der Redner, während dessen Ausführungen sich ad Hans leerte, nur, wenn er ab und zu ein paar Schimpfereien

anf die Juden und die von ihnen subventionierten Socialdemokraten losließ und dem Handelsminister Müller als Börsenfreund traktierte.

Ihm folgte als erster Diskussionsredner „Se. Excellenz Herr Graf Limburg-Stirum“. Als Prophet, als Parlamentarier, als Konfessionar, der die Bestrebung des Bundes unterstützte, wollte er reden. Die Situation ist jetzt günstiger als vor zehn Jahren, wenn auch nicht so günstig, wie wir es wünschen. Vor zehn Jahren wurde die Landwirtschaft der Industrie aufgeopfert. Heute nähert sich der Reichszentraler den Traditionen des Fürsten Bismarck, und für mich besteht kein Zweifel, daß wir heute uns keinen besseren Reichszentraler wünschen können. (Beizeugel Bravo!) Eheblichen Schwierigkeiten werden wir im Parlament und bei den Regierungen begegnen, trotzdem werden wir bei großer Energie mehr erreichen können, als unsre Gegner heute zugestehen. Aber allein können wir im Parlament nichts durchsetzen, wir müssen uns mit dem Centrum und dem agrarfreundlichen Teil der Nationalliberalen verständigen; darauf müssen wir unsre Arbeit und unser Streben richten. Wir müssen auch der Regierung Gelegenheiten geben, sich mit uns zu verständigen. Dann werden wir auch dem Ausland mit mehr Kraft entgegenreten und günstigere Bedingungen abringen können. Aber wir können dem Tarif nur dann zustimmen, wenn er für uns eine wesentlich bessere Situation bringt als bisher, sonst ist es besser, ihn abzulehnen. Aber ein Glück ist solche Ablehnung nicht. Ein gutes Zeichen für den guten Willen der Staatsregierung wäre jedenfalls die Kündigung der Handelsverträge. Damit zeigte sie, daß sie der Landwirtschaft nützen und bessere Handelsverträge abschließen will.

Sehr schwacher und sehr vereinzelter Beifall dankte diesem kalten Wasserstrahl des von Caprivi kaltgestellten Diplomaten. Und um den Eindruck dieser Programmrede für die künftige Haltung der Konfessionen abzuschwächen, nahm der Bundesvorsitzende für Westpreußen Herr v. Oldenburg das Wort: Sein oder Nichtsein sei die Frage, wer da glaubt, daß die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen“ auf uns Eindruck macht, der hat die Situation noch immer nicht erfasst. Wir kämpfen mit dem Mut der Verzweiflung! Aber immer „auf vaterländischem Boden“ — niemals lassen wir an der Schlagfertigkeit des Reiches oder an dem Recht der Krone rühren. Noch ist es Zeit, aber der Zeiger rückt langsam auf die letzte Stunde. Gott schütze Kaiser und Reich!

Seine mit drohendem Pathos vorgetragene Phrasen fanden rauschenden Beifall; ebenso die Ausführungen Kings, daß die Unterstützung der Bundesmitglieder für den so schmächtig notleidenden Milch-Ring anstehe, und schließlich hat die Mitglieder höchstens doch das Milch-Melasse-Futter der Centrale abnehmen, die täglich 100 000 Liter Milch zu verarbeiten habe.

Nach Kings Abtreten forderte der Circus das Auftreten Liebermann v. Sonnenbergs, so wie man abends den Lieblingstänzer Daniels rief. Statt seiner trat ein kleiner Ausfelder Schindler aus Posen auf, der mit mehr gutem Willen als Können für die Interessen des Bundes sich ereiferte, Verdoppelung des Jahresbeitrages pro 1903 für den Wahlfonds forderte und ein paar Wige gegen die Juden losließ und so für die Stimmung sorgte, die am Faschachts-Montag im Circus Busch nach den stundenlangen Reden der Hahn, Wangenheim u. s. w. sehr verlangte.

Jetzt folgte endlich auch Liebermann von Sonnenberg, von tosendem Beifall begrüßt; aber er enttäuschte allgemein. Von ihm erwartete man Späße oder doch Schnobdrigkeiten, und er wurde pathetisch und brachte ein Hoch auf die deutschen Frauen aus. Zwei Redner aus dem Rheinland brachten Späße von dort und wiederholten längst und oft Gesagtes, so daß der Circus sich langsam leerte; auch sie schlugen in die Herde gegen die Socialdemokratie, die ohne den Bund der Landwirte längst Einzug bei den Kleinbauern gehalten hätte; ein Pfälzer Bauer räsonnierte auf Juden und Nationalliberale und der Reichstags-Abgeordnete Lutz verliedete, er wolle ein Testament des Fürsten Bismarck zur Kenntnis der Versammlung bringen. Und das Testament, das spannungsvoll erwartet wurde, bestand in der Mitteilung, daß ihm Fürst Bismarck ein paar anerkennende Worte über den Bund geschrieben habe. Und ein zweites Schreiben zur Zeit der hohen Lebensmittelpreise, worin Bismarck es offen ausgesprochen habe: „Diese Leute (die Socialdemokraten und Freisinnigen, die damals Suspendierung der Hölle gefordert hatten) haben keine landwirtschaftliche Ueberzeugung; die Socialdemokraten erstreben bewußt die Ruin der Landwirtschaft, und die Freisinnigen unbewußt.“ Was natürlich allgemeinen Beifall fand.

Als letzter Redner tauchte Herr Dertel auf, diesmal aber in schwarzer Weste! In seiner selbstgefälligen sächelnden Manier verteidigte er sich gegen den Vorwurf der Mittelhanddemagogie, erklärte den Begriff der Heimatpolitik, räsonnierte auf die Professorenweisheit, donnerte gegen die Freizügigkeit, deren „Auswisch“ er bereitwillig wissen will, schimpfte gegen die Korrespondenz eines mächtigen Juden (Schweinburg! D. R.), der ihnen den Vorwurf der berufsmäßigen Agitationsheer gemacht habe, und verteidigte am Schluß mit allem ihm zu Gebote stehenden Pathos den König die Königsstrenge der Wähler. Wenn früher unbedachte Worte dem Munde einzelner Heißsporne entfahren seien („Wir müssen alle Socialdemokraten werden“ oder „Wir müssen den König als unseren Gegner ansehen“), so möge man das endlich vergessen. Wir alle deden den Thron mit unseren Leibern! Und selbst wenn dieser Kampf für uns sieglos endet, mit einer Niederlage für den Bund, dann rufen wir wie im alten Rom die sterbenden Gladiatoren dem Kaiser zu: Morituri salutant! Und wir sind es auch, die im letzten Entscheidungskampf die Socialdemokraten bekämpfen müssen. Die von der Börse thun es nicht, deren Hüte taugen nicht dazu. (Tosender Beifall.) Aber bei aller Königsstrenge müssen wir auch für unsre Ziele kämpfen, ein Feigling, wer zurückbleibt. Unser Herrgott hat mit dem deutschen Volk noch viel vor! Er kann dies aber nur vollführen, wenn die Landwirtschaft lebensfähig erhalten wird.

Damit war die Debatte erschöpft. Alle Anträge und Resolutionen erklärte der Vorsitzende ohne Abstimmung für einstimmig angenommen.

Die Resolution zum Posttarif lautet: Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte erklärt: Die Landwirtschaft als solche hat kein Interesse an langfristigen Handelsverträgen, ist aber bereit, an dem Zustandekommen solcher mitzuwirken im Interesse der heimischen Industrie. Sie kann das nur, wenn ihr in dem neuen Posttarif dasjenige Maß des Schutzes gewährt wird, dessen sie neben einer blühenden Industrie und gegenüber dem billiger produzierenden Ausland bedarf.

Die Generalversammlung stimmt den wirtschaftlichen Anschauungen zu, welche in der Eingabe des Bundes der Landwirte an den Bundesrat und Reichstag vom 23. November 1901 niedergelegt sind.

Die Vorlage der verbündeten Regierungen ist für die deutsche Landwirtschaft nicht annehmbar (Bravo!); sollte es nicht gelingen, derselben in den Beratungen des Reichstages eine Gestalt zu geben, welche den berechtigten Forderungen der deutschen Landwirtschaft entspricht, so erwartet der Bund der Landwirte die Ablehnung derselben.

Es folgte noch die Verlesung von Zustimmungsbefehlen, darunter auch von Schönerer-Wien und von dem nach Amerika zu Studien-

zwecken abgedampften und noch vorher desaboulierten Herrn v. Pos, dann die obligaten Hochs auf Vorstand usw. und nach 5 Uhr ward die Generalversammlung von Köfide mit dem Wunsch geschlossen, die Mitglieder möchten abends die Circusvorstellung des Direktors Busch recht zahlreich besuchen.

Und ruhig, müde, enttäuscht gingen die Tausende von der Heerschau weg. Das war keine Kampfesstimmung, kein Siegesbewußtsein — so ergebnislos fast wie die Sammlung für die zahlreich herangezogenen Sammelbüchsen für den Wahlfonds des Bundes der Landwirte war die Debatte gewesen.

Graf Vallow braucht vor dem Bunde nicht mehr zu zittern, wenn auch draußen noch Kaufaren angestimmt werden, im Parlament wird verhandelt und gehandelt werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar.

### Der Reichstag

erledigte am Montag einen Gesetzentwurf über die Kontrolle des Reichshaushalts. Dabei wurde die Vermutung des Abg. Dr. Müller-Sagan, daß ein besonderer Rechnungshof für Deutschland geplant sei — jetzt erledigt der preussische Ober-Rechnungshof diese Revisionsarbeiten — vom Bundesratsstich als irrtümlich bezeichnet. Ein Gesetz, das die mißbräuchliche Benutzung des Senfer Roten Kreuzes zu geschäftlichen Zwecken verbieten soll, wurde nach kurzer Debatte an eine Kommission verwiesen.

Dann wurde die zweite Lesung des Justizetats fortgesetzt. Die Diskussion bewegte sich in demselben Rahmen, wie am Sonnabend, nur zum Schluß trug Stadthagen einige neue Momente herbei. Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung verteidigte zunächst seinen Duellantrag, der, wie er hofft, noch in dieser Session zur Verhandlung kommen wird. Er will die Standesritze des Duells beseitigen und die Duellfrage dadurch abschreden, daß ihnen das Recht, ein öffentliches Amt zu bekleiden, aberkannt werden kann.

Der Zentrumsjurist Koeren trat warm für die Entschädigung unschuldiger Verhafteter und für die Einführung der bedingten Verurteilung ein. Herr Nieberding setzte sich auf seinen alten Amissschimmel und lehnte diese kleinen Fortschritte als vorläufig nicht durchführbar ab. Unter ihm ward das Reichs-Justizamt mit den Vorarbeiten nicht mehr fertig, und sind diese wirklich einmal beendet, dann ist immer noch der Bundesrat da, der wieder Jahre zur Durchberatung braucht. Auch in Sachen der landesväterlichen Prügeln wird nicht geschrien. Herr Nieberding fühlt sich berufen, die Rechte eines einzelstaatlichen Landesfürsten auf die Rechten seiner kleinen Unterthanen warm zu verteidigen. Er braucht dazu dieses Prügeln nur Vornadigung zu nennen.

Gegen diese wundervolle Auslegung der deutschen Sprache protestierte der freisinnige Antragsrichter Bargmann und bedauerte gleichzeitig die fragmentarischen Fortschritte in der Justizreform. Als dringend notwendig forderte er die Beseitigung des steigenden Gerichtsstandes und der mißbräuchlichen Anwendung des Groben Unfug-Paragraphen auf die Presse.

Als Verteidiger des Duells wagte sich Herr v. Kardorff hervor, während Herr Wasserfmann es wenigstens verschämt in Schutz nahm, indem er sich gegen die Verschärfung der Strafen für Duellanten erklärte.

Stadthagen legte in einigen pointierten Sätzen unsere Stellung zum Duell klar. Er machte weiter auf die sozialen Gründe für die Zunahme der Criminalität im jugendlichen Alter aufmerksam und besprach dann den Fall Bredenbeck. Hierbei traf ihn, als er das Verhalten des preussischen Ministers des Innern kritisierte, ein Ordnungsbruch. Unser Redner verlangte dann weiter die Beseitigung des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaften und brachte einige Fälle von Massenjustiz zur Sprache. Besonders wirksam war seine Gegenüberstellung des drakonischen Urteils im Kösliner Landfriedensbruchprozesse und der überaus milden Behandlung einiger Schwachen „angesehener“ Jüdianer Familien, die einen Schutzmann gemeinschaftlich mißhandelt hatten. Zum Schluß trug der Redner den Fall Wafewitz vor und kritisierte scharf die Versuche, Angestellte der Druckerei des „Vorwärts“ in dem Ermittlungsverfahren, das gegen den verantwortlichen Redacteur schwebt, zu Aussagen zu zwingen.

In seiner Antwort wandte der Staatssekretär das alte Verfahren an, sich über die socialdemokratische Manier zu beklagen, ihm nicht vorher anzuzeigen, welche Fälle zur Sprache gebracht werden würden. Ja liegt denn der Herr Staatssekretär nicht die Presse, ist ihm nur bekannt, was in seinen Akten steht?

Mit dem unglücklichen Versuch eines sächsischen Geheimrats, das Urteil im Zwidauer Prozeß zu rechtfertigen, schloß die Debatte, die morgen fortgesetzt werden soll.

### Auch eine „Wohnungsdebatte“.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Montag vor leeren Bänken — die meisten Mitglieder wohnten der Vorstellung im Circus Busch bei — in erster Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., die sogenannte lex Adikes. Nach diesem Gesetz soll auf Antrag des Magistrats oder durch Beschluß der Mehrheit der Eigentümer der umzulegenden Grundstücke die Umlegung von Grundstücken verschiedener Eigentümer zwecks Erschließung von Baugelände sowie zur Herbeiführung einer zweckmäßigen Gestaltung von Baugrundstücken erfolgen können. Das Gesetz hat vorläufig nur für Frankfurt Anwendung, soll aber durch königliche Verordnung auch auf andre Gemeinden der Monarchie, sofern sie es beantragen, sinngemäß ausgedehnt werden können.

Die lex Adikes ist ein alter Bekannter. Das Herrenhaus hat eine ähnliche Vorlage bereits 1892 und 1901 angenommen, sie kam aber im Abgeordnetenhaus infolge des Sessionsabbruchs beide Male nicht zur Verabschiedung. Auch die jetzige Vorlage hat bereits die Zustimmung des Herrenhauses gefunden. Während sie dort fast debattelos an bloß angenommen wurde, begegnete sie im Abgeordnetenhaus ersten Bedenken. Die Redner fast aller Parteien sträubten sich mit Händen und Füßen gegen den von der Regierung beabsichtigten Eingriff in das private Eigentum. So tiefe Unterschiede auch sonst zwischen den Parteien bestehen, in dem Schutze des Eigentums sind sie einig.

Charakteristisch für das Abgeordnetenhaus ist es, daß die Beratung der lex Adikes für seine Mitglieder keine Veranlassung war, einmal von Grund aus die Wohnungsfrage

zu erörtern. Man beschränkte sich darauf, einzelne Bedenken gegen das Gesetz geltend zu machen, ohne die großen socialpolitischen Gesichtspunkte auch nur zu streifen. Nur wenige Redner, vor allem die Vertreter von Frankfurt a. M., die Abgeordneten Fund (fr. Sp.) und Oeser (fr. Sp.) standen dem Gesetz wohlwollend gegenüber, fast alle übrigen Redner wandten sich scharf gegen eine etwaige Ausdehnung des Gesetzes auf andre Städte. Die Furcht dieser Herren scheint uns völlig unbegründet zu sein. Es ist ja möglich, daß das Gesetz für Frankfurt segensreich wirkt und da einigermassen die Hauspekulation eindämmt, aber an eine Ausdehnung auf andre Städte ist so lange nicht zu denken, wie das Privileg der Hausbesitzer besteht. Daß irgend eine preussische Gemeindevertretung einen Beschluß fäßt, der dem Grundbesitz Lasten auferlegt, kann als völlig ausgeschlossen gelten, so lange die Hälfte der Stadtverordneten in fast ganz Preußen aus Hausbesitzern besteht. Ist es der Regierung wirklich ernst mit Maßnahmen zur Vinderung der Wohnungsnot, so beseitige sie zunächst dies Vorrecht der Hausbesitzer. Da sie aber hierzu, wie der Finanzminister bei der Staatsberatung erklärte, ihre Hand nicht bieten will, so vermögen wir ihren „Reformen“ auch nicht den geringsten Wert beizumessen.

Uebrigens glaubt die Regierung, wie aus der Rede des Ministers Schönerstede hervorgeht, selbst nicht mehr daran, daß das Haus der Ausdehnung auf andre Städte zustimmen wird; sie wird froh sein, wenn sie den übrigen Teil des Gesetzes rettet. Aber auch hierfür scheint, insbesondere nach den Ausführungen der Herren Dr. Frmer (l.) und v. Cynern (natl.) wenig Hoffnung zu bestehen. Abg. Dr. Frmer will überhaupt nichts von einer Milderung der Wohnungsnot in Großstädten wissen, da er darin die Gefahr eines noch stärkeren Abflusses vom Lande erblickt, und Abg. v. Cynern, als fanatischer Verteidiger des Privatbesitzes, sieht in der lex Adikes sogar einen Vorstoß gegen die Verfassung, die das Eigentum garantiert.

Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

In die Fortsetzung der Staatsberatung trat das Haus — vermutlich der Circusvorstellung wegen — nicht mehr ein, sondern vertagte dieselbe auf Mittwoch.

### De Wet abermals entkommen.

Das seit Wochen mit allen Chikanen vorbereitete, mit einem gewaltigen Truppenaufgebot unternommene Kesselreiben gegen den verwegesten und listigsten der Boerengenerale, Christian De Wet, ist abermals erfolglos gewesen. De Wet war kunstgerecht umstellt worden, der Jang schien diesmal sicher, allein als man die Märsche des Reges, in dem sich der Boerensführer mit seinem Elitecorps versorgen sollte, enger und enger zog, stellte sich heraus, daß der Vielgewandte und Besigehakte abermals entkommen war. Mit ihm fast sämtliche Mannschaften. Ein anscheinend unmittelbar darauf unternommener neuer Einkreisungsversuch hatte denselben Mißerfolg. Obgleich diesmal der Boerensverlust ein beträchtlicher war, vermochte De Wet mit dem Gros seines Kommandos gleichwohl zu entfliehen. Die Berichte über diese Operationen sind ziemlich unklar und lassen namentlich nicht deutlich erkennen, ob es sich wirklich um zwei verschiedene Operationen handelte, worauf die abweichenden Daten schließen lassen. Die Berichte lauten:

Wolfschoel (Oranjestad), 9. Februar. Nach mehrtägigen Operationen östlich von Liebenberg und Wilgeflus brachen sämtliche englischen Truppen in der Nacht auf den 6. Februar aus verschiedenen Richtungen auf und bildeten eine zusammenhängende Linie von Veretten auf dem Westrand des Liebenbergfelds von Frankfurt südlich bis Faamshome und Kastrup. Die ganze Linie ging bei Tagesanbruch nach Westen vor und besetzte eine Linie von Holland an der Blockhauslinie Heilbron-Frankfurt bis Doornloop an der Blockhauslinie Kroonstad-Lindley. Auf der ganzen Linie standen während der Nacht verschanzte Vorposten, die fünfzig Yards von einander entfernt waren. Andre englische Kolonnen operierten in der Front, um ein Uebersteigen der Linie durch die Boeren zu verhindern. Diese Kolonnen rückten bei Tagesanbruch auf der Straße Heilbron-Kroonstad und am folgenden Tage nach der Eisenbahn Blockhauslinie vor, welche verstärkt war, um einen Durchbruch zu verhindern. Am 6. Februar befand sich De Wet innerhalb dieser Umferrung. Er besah! seinen Leuten, sich in kleine Trupps zu zerstreuen. Er selbst mit wenigen Mannschaften und seiner Viehherde marschierte auf die Blockhauslinie Kroonstad-Lindley, trieb in der dunklen Nacht das Vieh gegen den Drahtzaun und drach mit dem Vieh durch. Er hatte drei Tote und verlor 25 Pferde und ziemlich viel Vieh. In der folgenden Nacht wurden noch viele Durchbruchversuche von andren Boerentrupps gemacht, eine Abteilung verlor zehn Tote bei einem Durchbruchversuch in der Nähe von Heilbron. Insgesamt sollen die Boeren 28 Tote, verwundet und Gefangene verloren haben, ebenso 700 Pferde und viel Vieh. Die englischen Verluste betragen zehn Mann.

Daily Telegraph meldet: De Wet ist durch die Blockhauslinie durchgebrochen, welche von Heilbron in südlicher Richtung nach Lindley führt. Die englischen Truppen säubern den Distrikt noch von einzelnen zerstreuten Boeren. Das große Kesselreiben war aber schon Sonnabendabend beendet. Lord Kitchener hat den Schauplatz der Ereignisse selbst besichtigt. Der Feind sieht nun, mehrere hundert Mann stark, nordöstlich von Heilbron in der Nähe des Vaal. Ueber den Schauplatz der letzten Ereignisse erzählt der „Standard“, das Kesselreiben habe sich über ein hundert Meilen lauges und siebzig Meilen breites Terrain erstreckt. Die Zahl der darin befindlichen Boeren habe 2000 Mann betragen.

Lord Kitchener schließlich telegraphiert: In der Nacht vom 8. zum 9. Februar unternahm mehrere englische Kolonnen ein Treiben zu dem Zwecke, die Boeren aus der Blockhauslinie zwischen Heilbron und Frankfurt zu verdrängen. Die Kolonnen stießen bei Lindley auf einen Boerentrupp von 700 Mann unter De Wet. Die Boeren wurden umzingelt. De Wet, welcher die Gefahr übersehen, in der er sich befand, entfloß mit einigen Mann, indem er die Drähte der Blockhauslinie durchschnitt.

Ein Blick auf die Karte des Kriegsschauplatzes legt die Vermutung nahe, daß es sich um eine Kette von aneinander folgenden Operationen gehandelt hat, während deren De Wet nicht weniger als drei Blockhaus-Linien durchbrochen hat, die mit einander zusammenhängen und ihrer geographischen Lage nach etwa die Form eines umgekehrten lateinischen Z bildeten, nämlich erst die Linie Kroonstad-Lindley, dann die Linie Lindley-Heilbron und schließlich die Linie Heilbron-Frankfurt. Daß De Wet es gelang, jedesmal nur mit einer Handvoll von Leuten die stacheldrähtgeschützten Blockhaus-Linien zu durchbrechen, beweist, ein wie minimaler Wert diesem die Boeren angeblich cernierenden Stacheldraht beizumessen werden darf. Auch die andern Boerentrupps — De Wet beobachtete den alten Trick, seine Kolonne schleichend in kleine Trupps aufzulösen — vermochten ja die Blockhauslinien so glücklich zu passieren, daß von 2000 Mann nur 283 unschädlich gemacht werden konnten.

Der neueste Erfolg Reichens stellt sich also bei Lichte besehen nicht nur als Mißerfolg heraus, sondern er beweist auch die Unfähigkeit der englischen Taktik, durch Blockhaus-Linien die Bewegungsfreiheit der Boerenkommandos einzuzengen. Die Wet und seine Leute befinden sich zwar jetzt auch wiederum in Gebieten, die von Blockhauslinien umschlossen werden, allein im schlimmsten Falle steht ihnen ein Durchbruch nach Westraansvaal, wo De la Rey steht, oder nach Ostransvaal, wo Botha sich aufhält, offen. Der Krieg scheint sich nach allen diesen Erfahrungen noch lange nicht seinem Ende zuneigen zu sollen.

## Deutsches Reich.

### Die Wucherparteien und die Bauern.

Da der Wuchertarif den ländlichen Grundbesitzern um so reicheren Gewinn bringen soll, je größer der Wuch ist, da also die Großgrundbesitzer den wesentlichen Vorteil aus der geplanten Gesetzgebung haben werden, so ist es eine dringliche Aufgabe, daß die wirklich nothleidenden kleinen und kleinsten Landleute auch einigermaßen in ausreichender Gerechtigkeit bedacht werden. Dieses Ziel verfolgt neben andern früher in der Zolltarifkommission eingebrachten Anträgen der Socialdemokratie der neue Antrag, der aus den Zolltarifämtern jährlich 60 Millionen Mark für die Hebung der Landkultur, durch Verbesserung und Bau von Landwegen und Kanälen, verwendet wissen will.

Es dürfte interessant sein, wie sich diejenigen Parteien zu diesem Antrage stellen würden, die gerade stets als Schützer der Bauern gelten wollen. Die „Konf. Korr.“, das offizielle Organ der konservativen Partei, begrüßt den Antrag als „Verschleppungsmanöver“ und bekundet ihre Reizung, für die Kleinbauern etwas Nützliches zu vollbringen, also:

„Erst mögen aber die Herren Socialdemokraten für eine Erhöhung der Zölle eintreten; dann erst können sie über die Verwendung mitsprechen. Von dem jetzigen Zolltarif bleibt bekanntlich nicht nur nichts übrig, sondern er reicht nicht einmal zur Deckung der Reichsbedürfnisse. Der Hund, den die Socialdemokratie mit diesem an und für sich widersinnigen Antrage treibt, liegt also klar am Tage.“

Während tatsächlich der gesamte Wuchertarif nichts ist als ein großes reaktionäres Verschleppungsmanöver zur Verhinderung einer für das Volk segensreichen Politik, während soeben die Konservativen die Beratungen in der Zollkommission durch unerfüllbare Zusatzen von Woche zu Woche verschleppt haben, wagt es das konservative Organ, von Verschleppungsmanövern zu sprechen, wenn endlich einmal nicht nur den Junkern, sondern auch den kleinen Leuten auf dem Lande einige Hilfe gewährt werden soll.

Das konservative Parteiblatt läßt seine brutale Kleinbauernfeindschaft durch die lächerliche Ausrufung zu vernehmen, als ob der socialdemokratische Antrag „widerständig“ sei, weil die Zolltarife nicht einmal hinreichen zur Deckung der jetzigen Ausgabenbedürfnisse des Reiches. Die „Konservative Korrespondenz“ könnte noch weiter gehen und sagen, alle zukünftigen möglichen Zolltarife, mögen die Zölle auch noch so hoch geschraubt werden, werden nicht hinreichen, um alle zukünftigen Ansprüche des Militarismus und Marinismus zu decken. Aber auch die bisher konservativ Genasführten auf dem Lande werden sich durch solche Täuschungsversuche zu der einfachen Erkenntnis durchringen, daß es nur einer vernünftigen direkten Steuererhebung bedarf, um große Erträge aus den Böden für die Landarbeiter und Kleinbauern frei zu machen.

Wichtig schließt sich der „Konf. Korresp.“ das Organ der andern großen Wucherpartei an. Die „Germania“ verfährt das nothleidende Kleinbauern, indem sie den Antrag als „socialdemokratischen Karnevalscherz“ bezeichnet. Der gekünstelte Scherz beweist nur, wie ungenügend dem Centrum wird, sobald die Socialdemokratie bereit ist, die Lüge der Wucherparteien, daß der Landwirtschaft geholfen werden solle, zu einer Wahrheit zu machen.

### Der konservative Zollrückzug.

Während die Wähler im Circus Busch nach einiger Unentschiedenheit mimen, wird der Rückzug des Gros der konservativen Partei immer mehr offenkundige Thatsache.

Fast ausnahmslos zeigt sich die wuchernde Wandlung in der „Kreuz-Zeitung“. In der Wochenübersicht der Sonntagsummer der „Kreuz-Zeitung“, die schon vor der Rede des Reichstagskanzlers im Deutschen Landwirtschaftsrath geschrieben ist, werden noch Kompromißverhandlungen über die Erhöhung der Getreidezölle zwischen der Regierung und der konservativen Partei als wie zwischen zwei Gleichberechtigten und Gleichstarken gefordert. Die diesem Artikel alsbald folgende Notiz aber, in dem die Redaktion sich zu der Rede des Grafen Bülow äußert, schlägt schon weit bescheidenere Töne an. Hier wird gesagt:

„Allerdings besteht noch nicht volle Einigkeit in den Aufstellungen über das, was als notwendig für die Landwirtschaft zu betrachten ist. Obgleich aber der Kanzler mit unweifelbarer Entschiedenheit vor der Forderung warnte, daß die im Entwurfe vorgesehenen Mindestsätze für die Getreidezölle erhöht werden, so läßt doch der ganze Ton, in dem seine Ausführungen gehalten sind, der Hoffnung Raum, daß er durch die liegenden Gründe für die Notwendigkeit einer noch weitergehenden Erhöhung nicht unbedingt von der Hand weisen wird.“

Die „Kreuz-Zeitung“ trägt, um die Konservativen im Lande denken an die harten Thatsachen zu gewöhnen, noch leise Hoffnungen zur Schau, aber sie glaubt selbst nicht mehr daran.

Ähnlich vollführt die „Korr.“ ihre Postkutsch, indem sie sich stellt, als habe sie nunmehr allerdings eine „wesentliche“ Erhöhung der Mindestsätze ausgeschlossen, als hoffe sie aber noch auf ein „acceptables Kompromiß“. Der entlassene Ton dieser Ausführungen sowie der Hymnen, die das Organ der konservativen Partei auf den Grafen Bülow als besten Förderer der konservativen Aufgabe anstimmte, beweisen unzweifelhaft die konservative Gerechtigkeit, ihren Frieden mit der Regierung zu machen und auf weitergehende Wucherwünsche zu verzichten.

### Die Ministerkrise in Sachsen.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Die beliebtesten Gesprächsstoffe vom milden Winter, den Voeten, den Vanstracks, dem Reichstag, dem Fasching sind nun in Sachsen in Unnade gefallen. Das einzige Gesprächsthema bildet nur noch die Krise im Ministerium. Die Arbeiter besprechen sie mit einer gewissen Schadenfreude darüber, daß sich jetzt die Herren Wahlkreiskämmer selber in die Haare gefahren sind. Im übrigen interessiert unser sächsisches Proletariat der sächsischen Regierungskrisis blutwenig. In Sachsen haben die sächsischen Arbeiter nicht mehr politische Rechte als die Anständer. Dem parlamentarischen Konflikt stehen sie demnach als politisch unbeteiligte Zuschauer gegenüber.

Anders ist die Stellung der sächsischen Bourgeoisie. Sie ist Partei in diesem Streit. Aber sie debattiert den Fall ganz leidenschaftlos. Meinungsverschiedenheiten, die allein kampfbereite erzeugen könnten, giebt es ja in der gleichmäßig konservativen und rechts-nationalliberal angelegten sächsischen Bourgeoisie nicht. Das sächsische Spektakelgertum steht ohne Ausnahme hinter der zweiten Kammer. Einen Verteidiger des Finanzministers haben wir außer in dem Redacteur der „Sachsenpiegel“-Korrespondenz, den der Finanzminister inspiriert, bis jetzt nicht gefunden. Die rücksichtslose Abjagung des Finanzministers wird auch gerechtfertigt mit dem Hinweis auf die Socialdemokratie, der man für die kommende Reichstagswahl den Wind aus den

Segeln nehmen müsse. Die konservative Fraktion habe eben zeigen wollen, daß sie sich mit der finanziellen Miswirtschaft in Sachsen nicht identifiziere.

Nachdem die erste Ueberprüfung über die Demaskierung der konservativen Partei als Umsturzpartei vorüber ist, vermag man die Entstehung der Konflikte besser zu erkennen. Gleich bei Beginn der Session machte der Abg. May in einer unbedeutenden Petitionsberatung einen unheimlich heftigen und scharfen Ausfall gegen das Ministerium wegen der Staatsüberforderungen. Er sprach von Verfassungsverletzung durch die verantwortlichen Beamten und empfahl rücksichtsloses Vorgehen gegen die Schuldigen. Dieser scharfe und unerwartete Ausfall des Abg. May, der als Freund des Königs sehr respektiert wird, machte einen um so tieferen Eindruck, als der Präsident den Redner nicht zur Mäßigung ermahnte. Der Abg. May ist der Vorsitzende der Finanzdeputation B, in der die Indemittalsfrage geboren wurde. Das „Waterland“ vom 8. Februar teilt mit, daß es in der Deputation zu hitzigen Auseinandersetzungen gekommen wäre.

Die Deputation wollte nur den Finanzminister abschließen; die Demission des Gesamtministeriums hat sehr überrascht.

Die Ministerkrise zieht übrigens weitere Kreise. Laut Bekanntmachung treten in den „wohlverdienten“ Ruhestand der Geh. Finanzrat Heydenreiter, die Geh. Räte Vogtmann und Peters und Oberbaurat Poggenstier.

Am Freitag ein für allemal die Wiederkehr so unliebsamer Vorkommnisse auszuschließen, haben sämtliche Mitglieder der II. Kammer den Antrag eingebracht:

Die I. Regierung zu ersuchen, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, der über die Staatshaushaltskontrolle und die Stellung der Oberrechnungskammer ähnliche Bestimmungen, wie solche für Preußen und das Reich bestehen, enthält.

Ferner wird gebeten, daß provisorisch der Bericht der Oberrechnungskammer zugleich mit dem Rechnungsführerbericht dem Landtag vorgelegt werde.

Da es ganz unmöglich ist, diesem Landtag Minister aufzuzwingen, die er nicht mag, so empfing am Sonntag der König die Fraktionsmitglieder und nahm ihre Wünsche entgegen. Es wird aber nicht ganz leicht sein, ein neues Ministerium zu bilden, zumal das neue zugleich dem Willen der Kammermehrheit unterworfen sein wird.

Nach einem Reichstagsgericht ist der Geheim Legationsrat v. Körner zum sächsischen Finanzminister ernannt worden.

### Eine auffallende Verabschiedung.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, hat der General-Lieutenant v. Lefel, der oberste Kommandeur des ostasiatischen Expeditionscorps — Waldersee bekleidete ja bekanntlich den „einzigartigen“ Rang eines Weltgeneralissimus — seinen Abschied erhalten. Davon, daß General-Lieutenant v. Lefel sich krank fühle, ist nicht das geringste bekannt geworden. Ebensonenig kann v. Lefel die Würde des Alters empfinden haben, da er 1886 das Adettenhaus verließ, also etwa 56—58 Jahre zählen dürfte, ein für höhere Offiziere keineswegs hohes Alter. Waldersee zum Beispiel hat bereits das 60. Jahr zurückgelegt, ohne anscheinend trotz seines in China erworbenen Beinleidens ans Abschiednehmen zu denken. Waldersee wurde ja sogar trotz seiner 60 Jahre für tüchtig genug befunden, den Weltmarschallstab zu tragen.

Lefel muß auch seiner militärischen Befähigung wegen bis vor kurzen sehr geschätzt gewesen sein. Sein rasches Avancement beweist dies. 1896 wurde er Regiments-Kommandeur, 1897 Brigadekommandeur, 1900 Divisions-Kommandeur. In demselben Jahre wurde er dann auch mit dem Oberkommando über das ostasiatische Expeditionscorps betraut. Diese glänzende Laufbahn des anscheinend zu den höchsten militärischen Ehren berufenen Generals hat nun plötzlich ein überraschend jähes Ende gefunden. Weshalb?

Sollte Lefel in China mit Waldersee in Differenzen geraten sein? Oder sollte er als Opfer für die peinliche Affäre mit den Pekinger Instrumenten gefallen sein? Er war zwar seiner eiblichen Aufgabe nach nicht der eigentliche Verantwortliche. In dem Stuttgarter Humenprozess gestand er wohl zu, daß man die Pekinger astronomischen Instrumente beschlagnahmt habe, und zwar einmal wegen ihres Kontrastes und andererseits wegen ihres materiellen Wertes, allein dies sei nur auf höheren Befehl hin geschehen, um die Kriegskosten zu decken. Diese Auskunft möchte ja an der gewissen Stelle, der die Verantwortung zugeschoben wurde, äbel verneint worden sein, allein Lefel war doch durch den Zeugeneid verpflichtet, diese Aussagen zu machen.

Es ist jedenfalls ein auffallendes Vorkommnis, daß man zu derselben Zeit, wo man die Ehren des sommers Ebnaltentzuges in Gestalt von Kriegdenkmälern auf ungezählte absolut Unbeteiligte auszubehnen bemüht ist, den obersten Befehlshaber der Expedition sang- und klanglos verabschiedet.

Die Tirpitz-Gamorra, die im Reichstage durch die Not der Mitschuldigen zusammengezwängt wurde, lebt auch in der Presse zäh zusammen. Während vorher fast kein Blatt den Tirpitz-Erlaß zu verurteilen gewagt und einige konservative und liberale Blätter die schärfsten Angriffe wegen der Töschung des Reichstages gegen den Staatssekretär gerichtet hatten, schreiben sie jetzt alle — wie Müller-Zulda redet. Alle beschwören sie, daß sich Herr v. Tirpitz völlig weig gewaschen habe, daß die Bedel und Richter mit blutigen Köpfen heimgeschickt worden seien, daß die Entrüstung über den heftenden und stehenden „Vorwärts“ ebenso allgemein wie hochgradig sei. Diese Unschuld ist ungefähr so wie eine Jungfernschaft, die durch ein Duzend gewissenhafter Liebhaber der tugendhaften Maid beleidigt wird. Auch die katholische „Kölnische Volkszeitung“, die zuerst recht heftig gegen den Marineminister losfuhr, hält jetzt den Erlaß für harmlos und hat sich durch die „Kuffürungen“ des Herrn v. Tirpitz vollständig überzeugen lassen. In der That, man wird künftig niemals mehr den Vorwurf erheben dürfen, daß der Reichstag von der Regierung getäuscht worden sei, da er selbst bereitwillig sich täuschen läßt, um das Volk narren zu können.

Die „Frankfurter Zeitung“ korrigiert inzwischen redaktionell leise die Tirpitzdeklaration des Berliner Diplomaten. Obwohl sie die ganze Ungeheuerlichkeit des marinistischen Täuschungsversuches noch immer nicht erfaßt hat, meint sie doch, die Erklärungen des Ministers deckten sich nicht ohne weiteres mit dem Wortlaut des Erlasses.

Die Wahrheit ist, daß der Erlaß dem Wortlaut und dem Zweck nach das gerade Gegenteil von dem bedeutet, was der Staatssekretär dem Reichstag vorgelesen sich herausnehmen konnte.

Strafverfahren gegen v. Endell. Die „Täg. Rundschau“ hat aus Posen erfahren, daß das gegen v. Endell, dem Vertrauensmann des Bundes der Landwirte, schwebende Disziplinarverfahren der Staatsanwaltschaft genügend Grund gegeben hat, um ihrerseits die formelle Voruntersuchung gegen Major v. Endell einzuleiten.

Zur Frage der Entschädigung unschuldig Verurteilter. Bei der Beratung des Etats des Reichs-Justizamtes ist auch wieder auf die Ungültigkeit des Gesetzes über die Entschädigung unschuldig Verurteilter hingewiesen und dabei von Abgeordneten Müller-Reinigen ein besonders heftiger Fall mitgeteilt worden, der diese Ungültigkeit illustriert. In diesem Falle ist dem Betroffenen aber doch wenigstens eine wenn auch geringe Entschädigung geworden, dagegen beschuldigte die Hamburger Gerichte kürzlich ein Fall, in dem ein unschuldig Verurteilter, der nach Verbüßung seiner Strafe ebenfalls

freigesprochen wurde, seinen Anspruch auf Entschädigung geltend machen konnte. Davan ist die unglückliche Fassung des Gesetzes schuld, in dem es heißt, daß nur den im Wiedererwerb der Verjährten freigesprochenen ein Entschädigungsanspruch zusteht, wenn sie die ihnen zurechnende Strafe ganz oder teilweise verbüßt haben. In dem Hamburger Fall lag die Sache so: Ein junger Mensch von 17 Jahren wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurteilt. Das Schöffengericht nahm ihn wegen „Fluchtverdachts“ sofort in Haft und der junge Mensch, dem kein Verteidiger zur Seite stand, verzichtete auf Rechtsmittel und trat die Strafe sofort an, um nicht erst lange in Untersuchungshaft sitzen zu müssen. Als der Vater davon hörte, ließ er durch einen Anwalt auf Grund § 340 Straf-Prozess-Ordnung als Vertreter des noch nicht voll strafmündigen Sohnes Berufung einlegen. Die Sache kam zur Verhandlung vor der Strafkammer, als der Sohn seine Strafe schon bis auf den letzten Tag verbüßt hatte. Und die Strafkammer sprach den jungen Menschen frei. Sie hatte sich so sehr von seiner Unschuld überzeugt, daß sie die Verteidigungskosten der Staatskasse auferlegte. Eine Entschädigung für die verbüßte mehrmonatliche Gefängnisstrafe konnte dem jungen Mann nach dem Gesetz aber nicht gewährt werden, denn er war nicht im Wiedererwerb der Verjährten, sondern in der Berufungsinanz freigesprochen. Es ist das ein Fall, an den der Gesetzgeber sicher nicht gedacht hat, der aber, wie Vorstehendes zeigt, möglich ist und daher unbedingt eine Änderung des Gesetzes erfordert. Am vernünftigsten wäre es freilich, wollte man der socialdemokratischen Forderung nach einer Entschädigung unschuldig Verurteilter zustimmen.

### Trophäen aus dem chinesischen Kaiserpalast.

Zu unserem hamöverschen Bruderorgan lesen wir: „Wie in einer Kellern für das Gildesheimer Römermuseum“ mitgeteilt wird, hat dasselbe eine ansehnliche Veräußerung an Gegenständen aus China erfahren. Es sind nun ausgeführt prächtige chinesische Stickereien auf Seide, sowie auf Seide gemalte Bilder, ferner zahlreiche chinesische Gebrauchsgegenstände, Waffen, Kleidungsstücke und eine Fülle der Beyer Manche dieser Sachen entstammten dem kaiserlichen Palast in Peking. Das Museum erhielt die interessantesten Gegenstände zum Teil von China-Kämpfern.“

Da nach den wiederholten amtlichen Erklärungen Deute in China nicht gemacht wurde, ist die Herkunft so wertvoller Gegenstände, namentlich soweit sie aus dem Kaiserpalast stammten, geradezu rätselhaft!

## Ausland.

### Frankreich.

Vertorrene Parteiverhältnisse im Senat. Gelegentlich eines kleinen Konflikts der demokratischen (lar-radikalen) Linken mit der sogenannten republikanischen (weiter rechts stehenden) Linken tritt die große Zerfahrenheit zu Tage, die in den Parteiverhältnissen des französischen Senats wie übrigens auch der Deputiertenkammer herrscht. Zahlreiche Mitglieder der „republikanischen Vereinigung“ (links Centrum) sind gleichzeitig eingeschrieben bei der republikanischen Linken; wiederum sind viele Mitglieder der republikanischen Linken gleichzeitig Mitglieder der demokratischen Linken. Bei jeder einigermaßen wichtigen Abstimmung spalten sich alle republikanischen Gruppen und stimmt jeder Senator nach seinem Belieben. Namentlich die republikanische Vereinigung sendet fast immer, wo es sich um allgemeinen politische Fragen handelt, aus ihrer Mitte den Reaktionsären der Rechten ein starkes Dissonanz. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn der offiziöse „Temps“ sich die schwer zu beantwortende und übrigens auch von ihm selbst nicht beantwortete Frage vorlegt, warum denn überhaupt die Gruppen alias Fraktionen existieren, da sie ja doch bei jeder Abstimmung auseinanderfallen. Der Vorschlag, daß jeder Senator nur bei einer Gruppe eingeschrieben sein soll, dürfte nur geringe Rücksicht schaffen.

Mandatwilde Politiker. Nach der „Petite République“ haben bis jetzt 21 Deputierte auf die Wiederwahl verzichtet. Sie verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf alle Parteien; es befinden sich unter ihnen zwei Sozialisten, Soudanet und Delang, vier Radikale, ein Nationalist, zwei Mitglieder der Rechten, darunter 1 Republikaner mit dem kongruenten Namen Baron von Keranark. Die übrigen sind Republikaner aller möglichen Schattierungen, darunter auch ein Prinz von Arenberg aus der bekannten internationalen, in allen möglichen Parlamenten vertretenen und überall „gleich nationalen“ Familie, der vor einigen Jahren nach langem Suchen sein republikanisches Herz, wenigstens wie er behauptet, entdeckt hat.

### Asien.

Bekämpfung einer deutschen Mission. Das „Bureau Laffan“ meldet vom 10. Februar aus Hongkong: Wie von Kanton hierher berichtet wird, sind in Fajuh die Gebäude der Berliner Missionsgesellschaft von christenfeindlichen Volksmassen niedergebrannt worden. Die Missionare konnten sich vor den Angreifern in Sicherheit bringen.

### Amerika.

Der Sohn des Präsidenten Roosevelt ist heftig an einer Lungenerkrankung erkrankt, sein Zustand ist nicht ungefährlich. Einige Blätter berichten, daß ein schlimmer Ausgang der Erkrankung das Programm der deutschen Prinzreise gefährden könnte.

## Partei-Nachrichten.

Der socialdemokratische Verein Nürnberg führte am Freitag seine vor acht Tagen vertagte Generalversammlung zu Ende. Es handelte sich nur noch um Reorganisation und Neuwahl der Wahlkommission. Im vorigen Jahre, gelegentlich der Affäre Eydow, wurde das Gesellschaftsstatut einer einschneidenden Änderung unterworfen, das die Rechte der Handelsgesellschafter bis auf ein Minimum beschränkte und auf die Wahlkommission übertrug. Nun sind in der Präfektural-Verlagsanstalt Maßnahmen notwendig geworden, die die finanzielle Leistungsfähigkeit einzelner Gesellschaften in erhöhtem Maße in Anspruch nehmen. Um ihnen einen ihrer Verantwortlichkeit und ihrem finanziellen Risiko entsprechenden Einfluß auf die rein geschäftlichen Angelegenheiten zu gewähren und in ihren geschäftlichen Dispositionen ein größeres Maß von Selbstständigkeit, als es die jetzigen Verträge gestatten, zu ermöglichen, wurde auf Antrag des Genossen Segly die Wahlkommission beauftragt, den Gesellschaftsvertrag und das Regulative für die Wahlkommission einer entsprechenden Änderung zu unterziehen. In Zukunft sollen dann Änderungen des Gesellschaftsvertrages nicht mehr in das Ermessen der Wahlkommission gestellt werden, da hierdurch die Gesellschaften in unzulässiger Weise verpflichtet, belastet und entrechtet werden können. Die Wahlkommission soll aber noch wie vor als Schiedsgericht fungieren. Ferner wurde beschlossen, die Zahl der Wahlkommissions-Mitglieder von 21 auf 12 zu reduzieren, wovon 7 ihren Wohnsitz in Nürnberg und 5 in Fürth haben sollen.

Die Kassenabrechnung ergab für das Jahr 1901 18 797 M. Einnahmen und 11 268 M. Ausgaben. Der Mitgliederstand laut von 5111 am 1. Januar 1901 auf 4542. Dieser ansehnliche Rückgang ist jedoch nicht, wie die hiesige Presse berichtet, auf die inneren Parteiwirren zurückzuführen, sondern auf die wirtschaftliche Krise, ein großer Teil dieser 600 abgängigen Mitglieder ist nicht wirklich ausgeschieden, sondern befindet sich unter den 5000 Arbeitslosen, die in Nürnberg gezählt wurden. Diese können natürlich ihren Beitrag erst dann wieder entrichten, wenn sie wieder Arbeit haben. In den Abrechnungen werden aber nur diejenigen aufgeführt, die ihren Beitrag für den jeweiligen Monat im voraus entrichtet haben.

Eine unwahre Nachricht verbreiten die Blätter über einen Genossen aus Dronberg. Danach soll von dort der Genosse

Sendit nach Verurteilung von 600 M. entflohen sein. Wir können nur erklären, daß an der Nachricht kein Wort wahr ist.

**Totenliste der Partei.** Die Vochumer Genossen betrauern den Tod eines tapferen Kämpfers für die Sache der Arbeiter; es starb dort im Alter von 41 Jahren der frühere Brauer, jetzige Hausierer Christian Schlämer. Seiner Thätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung hatte er es zu danken, daß er in seinem Verlage keine Arbeit mehr fand. Er mußte sich als Hausierer durchzuschlagen versuchen, war aber auch dabei stets eifrig für seine Ideale thätig.

**Gemeindevahlen.** In Wiener-Neustadt war die Wahl eines Parteigenossen für den Gemeinderat für ungültig erklärt worden, weil er als Fabrikarbeiter nicht „selbständig“ und daher nicht wählbar sei. Die Parteigenossen stellten für die Nachwahl denselben Kandidaten wieder auf und mit 1065 gegen 1034 gegnerische Stimmen wurde er wiedergewählt.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Der Wahrheitsbeweis.**

In der „Münchener Post“ war einem Gendarmereivachtmeister der Vorwurf gemacht worden, daß er einen Arrestanten ohne Grund geohrfeigt habe. Dadurch soll der Vachtmeister beleidigt worden sein. In der Verhandlung gegen den verantwortlichen Redacteur des Blattes, die auf Grund des ständigen Gerichtsstandes vor dem Schöffengericht in Ruppelheim stattfand, wurde durch das eigene Zugeständnis des Vachtmeisters festgestellt, daß dieser den Arrestanten mit einem Gummischlauch über den Kopf geschlagen habe, weil er ihm eine „ungehörige Antwort“ gegeben habe. Auch die Ohrfeige wurde erwiesen, nur daß nicht der Vachtmeister, sondern ein anderer Schutzmann sie dem Arrestanten versetzte.

Man sollte meinen, daß damit der Wahrheitsbeweis vollständig erbracht war. Ob Ohrfeige oder ein Schlag mit dem Gummischlauch über den Kopf: beides ist auch gleich schwere und gleich unzulässige Mißhandlung. Sie ist auch grundlos erfolgt, denn eine ungehörige Antwort giebt keinem Polizisten das Recht, einen Arrestanten zu schlagen.

Das Gericht erklärte jedoch, der Wahrheitsbeweis sei vollständig mißlungen und verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis. Dieses Urteil ist unmöglich aufrecht zu erhalten.

— **Wegen Kalenderverbreitung** wurden zwei Parteigenossen in Sonnenburg (Brandenburg) vom Schöffengericht zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt. Festgestellt wurde, daß sie am Sonntag vor der Kirchzeit die Kalender von Haus zu Haus getragen. Der eine trug ca. 20 Kalender in Zeitungspapier gewickelt, und der andre trug sie unter dem Heberrod. Der Staatsanwalt sagte, daß schon durch das Gehen von Haus zu Haus die Sonntagsruhe gestört werde, und das Gericht schloß sich dem an.

**Durch Abhören eines Liedes** soll ein Arbeitergesangsverein in Ohlau (Schlesien) das Vereinsgesetz übertreten haben. Der Grundgedanke des Liedes ist das Wort von Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“, das im Refrain mehrfach variiert wird. In der Abhörung des Liedes wird die „Erörterung politischer Angelegenheiten“ erklährt, und deshalb erhielt der Vorsitzende des Vereins, Genosse Mumm, eine Geldstrafe von 15 M., weil er diese „politische Vereinsversammlung“ nicht angemeldet hatte. Das Schöffengericht bestätigte die Strafe, und auf den gleichen Standpunkt stellte sich die Berufungskammer, obwohl hier der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragt hatte.

— **Durch Abdruck eines Versammlungsberichts**, worin die Namen von 24 aus dem Verbanne ausgeschlossenen Stuccateuren genannt waren, soll Genosse Pollender von der „Leipziger Volkszeitung“ diese 24 beleidigt haben. Das Schöffengericht hatte ihn deshalb zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Das Berufungsgericht hat jetzt die Strafe auf 50 M. herabgesetzt. Die Berufung des Schriftführers der sozialistischen Versammlung, Genossen Wörms, der nur zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden war, wurde verworfen.

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Ristenmacher, Holzarbeiter!** Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Streik in der Ristenfabrik von Göde, Köpcke-straße, unverändert fortandert. Derselbe ist nur als aufgehoben zu betrachten, wenn es an dieser Stelle bekannt gegeben wird. Deshalb ist Zugang fernzuhalten. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß der Arbeitsnachweis sich nach wie vor Breslauerstr. 28 bei Raubach befindet (Telephon-Amt 7a Nr. 7604) und nur von da aus Arbeit vermittelt wird. Der Vorstand des Interessenvereins der Ristenmacher Berlins und Umgegend.

**Achtung! Modelleure!** Bei der Firma Paner (Studgeschäfts) in Berlin haben sämtliche dort beschäftigten Modelleure die Arbeit niedergelegt, da ihnen ein 50prozentiger Lohnabzug von der Baugelage gemacht werden sollte. — Zugang ist streng fernzuhalten!

**Deutsches Reich.**

**Zu einer Versammlung der Häftlinge Kottbus des Centralverbandes der Ban- und Erdarbeiter.** Die polizeilich gemeldet worden war, hatte der Bauarbeiter Krüger durch Circular auch eine Anzahl Nichtmitglieder eingeladen. Während der Häftlinge 40 Mitglieder hat, waren in der Versammlung 70 bis 80 Personen anwesend. Der Bauarbeiter Krenthaler referierte in der Versammlung über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Das Landgericht Kottbus als Berufungsinstanz verurteilte nun den Einberufer und den Referenten wegen Vergehens gegen die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen. Wegen der Einladung und der Anwesenheit vieler Nichtmitglieder nahm das Landgericht an, daß es sich hier nicht um die der Polizei angezeigte Mitgliederversammlung, sondern um eine öffentliche Versammlung handele, die nicht angemeldet worden sein soll. Auch war es der Meinung, daß die Versammlung öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes erörtere habe. — Auf die Revision der Angeklagten hob der Strafsenat des Kammergerichts die Berufung auf und verwies die Sache zu anderweitiger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht in Guben zurück. Begründend wurde ausgeführt: Der § 1 des Vereinsgesetzes sei nur anwendbar, wenn die Versammlung von vornherein zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt gewesen sei, wenn solche in der Versammlung erörtert werden sollten. Das sei hier aber nicht festgestellt, sondern nur, daß derartige Angelegenheiten thätig erörtert worden seien. Das Landgericht müsse nachprüfen, ob dies der von vornherein bestimmte Zweck der Versammlung gewesen sei. Der Senat halte es für erforderlich, die Sache an ein andres Landgericht zu verweisen.

**Der Ausschuss verfallen** ist die letzte Sitzung des Gewerkschaftsausschusses in Halle. Der anwesende Polizeikommissar erlaubte sich zunächst bei Beginn der Sitzung, ob dieselbe auch angemeldet sei. Der Vorsitzende belehrte ihn dahin, daß die Kartellungen schon seit Jahren für das ganze Jahr angemeldet würden. Die Auskunft schien dem Herrn Kommissar befriedigend; jetzt aber forderte er die Entfernung von zwei Damen, die als Delegierte anwesend waren. Diese Forderung war deplaciert, denn das Gewerkschaftsausschuss ist kein politischer Verein. Trotzdem lehnte der Vorsitzende es nicht undwey ab, die Frauen hinauszuweisen, sondern befragte darüber erst die Versammlung. Während aber diese noch über die Frage diskutirte, zu einer Zeit also, wo die Entfernung der Frauen noch gar nicht verweigert war — was das Vereinsgesetz als Grund zur Auflösung von Versammlung politischer Vereine verlangt — löste der Herr Kommissar die Sitzung auf. — Natürlich wird eine Beschwerde über das nach mehreren Richtungen hin rechtswidrige Verfahren des Herrn Kommissars geführt.

**Aus Greiz** wird gemeldet: Bei der Firma Franz Heber sind die Forderungen der Weber bewilligt worden. Die Firma ist in der

Fabrik von C. G. Lorenz in Pacht. Man kann nun hier das Schauspiel sehen, daß die Hälfte des Betriebes stillsteht (C. G. Lorenz), während bei dem Pächter gearbeitet wird. Bei der Firma Gebrüder Albert ist die Lohnkommission nun auch vorstellig geworden. — Die Fabrikantevereine haben jetzt in Reichenbach eine Versammlung abgehalten, die sich mit der Lohnbewegung befaßte. Ein Privattelegramm meldet uns, vermutlich als Ergebnis dieser Verhandlungen, daß — wenn bis Donnerstag keine Wiederaufnahme der Arbeit in allen Fabriken erfolgt — eine **General-Aussperrung der Arbeiterschaft** bevorsteht.

**Ausland.**

**Der Weberstreik in Enschede** wird mehr und mehr Sache sämtlicher organisierter Arbeiter in den Niederlanden. Auch von katholischer Seite wird eifrig für die Unterstützung der Ausständigen gesorgt. Aus Enschede wird am „Het Volk“ gemeldet, daß dort Dupres, ein Vertreter des belgischen christlichen Gewerkschaftsbundes, eine Unterstützung von schätzungsweise 15 000 Gulden zugesagt habe.

**Der Ausstand der Bauarbeiter in Amsterdam** ist noch nicht beendet. Die Versuche, die zur Herbeiführung einer Einigung gemacht wurden, sind bisher gescheitert.

**Auch in dem Stand des Diamantarbeiter-Streiks** in Amsterdam ist keine Aenderung eingetreten.

**Der Streik der dänischen Dampfschiffheizer** dauert unverändert fort. — Acht schwedische Heizer erheben in der in Göteborg erscheinenden „Ny Tid“ eine ausführlich motivierte Anklage gegen den deutsch-schwedisch-norwegischen Vizekonsul Breinholt in Esbjerg, weil er ihnen, die unter falschen Vorwänden von einem Londoner Agenten nach Dänemark verlockt wurden, Schutz und Hilfe versagte. Nachdem der schwedische Minister des Reichers, sowie der Generalkonsul in Kopenhagen erst kürzlich das Recht der Arbeiter auf Schutz und Hilfe bei ihres Landesrepräsentanten ausdrücklich proklamiert haben, kann man wohl erwarten, daß eine gründliche Untersuchung des Falles vorgenommen wird. Der Vizekonsul Breinholt hat bekanntlich neulich auch einen deutschen Heizer in derselben Weise wie die schwedischen behandelt. — Der englische Heizer Conley und seine fünf Kameraden sind nun in England angekommen. Die organisierten englischen Kollegen in Grimsby haben ihnen für ihr unerschrockenes Verhalten ihre Anerkennung ausgesprochen. — In den dänischen Dampfschiff-Gesellschaften ist ein nominales Kapital von 70 bis 80 Mill. angelegt. Zur Zeit kommen die Mittelungen über die Profite, die die verschiedenen Gesellschaften im verflossenen Jahre abgeworfen haben, an die Öffentlichkeit. Vier Fährerei-Gesellschaften gaben auf ein Kapital von 5/4 Millionen Kronen eine Ausbeute von 21 Proz., wovon 10 Proz. an die Aktionäre verteilt wurden. Die Vornholmer Dampfschiff-Gesellschaft verteilte 10 Proz. für das verflossene Jahr. Die Dampfschiff-Gesellschaft „Norden“ hatte einen Nettoüberschuß von 644 037 Kronen bei einem Kapital von 3 800 000 Kronen, also 17 Proz. Reingewinn. Die Aktionäre erhalten 10 Proz. —

**Ein Streik der Wolleber und Wollspinner** ist in Valano in Toskana (Italien) ausgebrochen. Derselben verdienen bisher bei einer 12stündigen täglichen Arbeitszeit etwa 15 Fr. pro Woche. Die Unternehmer, die vor etlichen 40 Jahren fast ohne Vermögen das Unternehmen begannen und die heute vierfache Millonäre geworden sind, kündigen ihren Arbeitern einen Abzug von 40 Proz. an. Die Weber, die bisher im Accord etwa 15 Fr. verdienen, würden nach dem neuen Tarif höchstens auf 9—10 Fr. kommen. Sie gingen auf diese Lohnreduktion nicht ein und legten ihrer 600 Mann, die Arbeit nieder.

**Sociales.**

**Ein Arbeiterhaushalt.**

Ein hiesiger verheirateter, aber kinderloser Maurer, der seit Jahren regelrechte Aufzeichnungen über seine Haushaltsausgaben macht, sendet uns sein Budget für das Jahr 1901. Der Mann arbeitete für einen Stundenlohn von 65 Pf., ist also zu den besser bezahlten Arbeitern zu rechnen. Da er jedoch durch Bitterniggeverhältnisse 208 Stunden, durch Maßregelung 238 Stunden und wegen Mangel an Beschäftigung 247 1/2 Stunden verlor, so hatte er nur 1707 1/2 Arbeitsstunden. Sein Jahresverdienst betrug 1168,37 M. Außerdem hatte er noch 154,75 M. diverse Einnahmen und da er ferner am Ende des Jahres 1900 einen Ueberschuß von 78,69 M. hatte, so betrug seine Gesamteinnahme 1401,81 M. Die Gesamtausgabe betrug 1340,61 M., so daß ein Ueberschuß von 61,60 M. verbleibt. Die Ausgaben für die Ernährung betragen dabei im Durchschnitt wöchentlich 13,74 M., für eine Person täglich also weniger wie 1 M. Unter den übrigen Ausgaben ist zunächst die Wohnungsmiete 228 M., dann Kleidung, Wäsche, Schuhzeug und Hausstandssachen 100 M., Steuern 18 M., Kassen- und Vereinsbeiträge, Versicherungsbeiträge 78,49 M., Zehlfür 24,15 M., Vergütungen 55,25 M.; der Rest verteilt sich auf diverse Kleinigkeiten, die aber alle als unentbehrlich erscheinen.

Sind bei solchem Einkommen Kinder, dann unterbleiben zunächst die Aufschaffungen für Kleider etc., die Familie muß heruntersinken und die Ernährung muß noch ungenügender ausfallen, wie sie hier schon ist. Wie aber lebt dann eine Familie, wo der Mann vielleicht 20 M. die Woche verdient? Bekanntlich ist der ordentliche Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner in Berlin auf 2,90 M. berechnet, das sind nur 17,40 M. wöchentlich, bei 300 Arbeitstagen 520 M. im Jahre. Welches Jammerdasein müssen diese Leute führen!

**Glücksbilder.**

An die Armenkommission in Mannheim gelangte folgendes Schreiben:

An die Hochwohlgeborene Armen-Kommission hier. Zeile gehorcht mit, daß ich mich entschlossen hatte, um hochwohlgeborene Armen-Kommission die Last vom Hals zu lassen, meine ganze Familie ums Leben zu bringen, weil ich das Elend nicht mehr mit ansehen kann. Jedoch hat meine Zeigheit noch in letzter Stunde es nicht zugelassen, habe vielmehr für gut gefunden, mich allein wegzuschaffen; bitte meine Familie zu unterstützen. Derselbe steckt im größten Elend, ich bin schon 14 Tage arbeitslos, gab mir die größte Mühe, kann keine Arbeit finden. Wie ich auf den Hund kam, das ausführlich zu schreiben, wäre zu langweilig; jedoch eins: Ich arbeite seit 1897 als Tagelöhner teils für 2,80 M., 3 M. und 3,20 M. Habe damit meine Familie so gut ich konnte ernährt, kam aber von Jahr zu Jahr zurück. Hochwohlgeborene Wohnungskommission war schon etliche Male bei mir, hat immer bestätigt, daß das nicht so weiter gehen könne, das müsse anders werden. Bis jetzt ist aber noch gar nichts geschehen. Bedenken Sie, eine achköpfige Familie wohnt schon über drei Jahre in einem 10 Quadratmeter messenden Loch, wo das Wasser von den Wänden runter läuft, in zwei nicht ganz vollständigen Betten und ein kleines Bettchen, sage und schreibe zwei Betten. Darin müssen acht Menschen Quartier nehmen (Notquartier). Es hat sich vor 14 Tagen jemand erbarmt und schenkte mir eine Bettlade und einen Kist. Bitte nochmals um Unterstützung meiner Familie. Bitte tut not. In der Erwartung, daß meine Bitte genährt wird, zeichnet (folgt die Unterschrift.)

Inserm Königsberger Parteiblatt schreibt man aus Elbing: Daß es hier in Elbing angebracht wäre, Feilschstudien für Schulinder einzuführen, beweist folgender Zettel, welchen ein Klassenlehrer dieser Lage erhielt: „Gelehrter Herr Lehrer! Sie werden entschuldigen, daß mein Sohn Wilhelm nicht zur Schule kommen konnte, denn wir hatten nichts zu essen, denn mit einem hungrigen Magen konnte ich ihn nicht schicken. Hochachtungsvoll Frau Eng.“

**Centralverein der Bildhauer Deutschlands** (Verwaltungsstelle Berlin), Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Mitgliederversammlung. 1. Geschäftliches. 2. Berichte und Wahlen sämtlicher Kommissionen. 3. Bescheidend.

**Der Trebertrocknungs-Projekt.** Ueber die gestrigen Verhandlungen wird aus Kassel telegraphisch berichtet: Mooren, veredelter landwirthschaftlicher Sachverständiger und Mitglied des Gläubiger-Ausschusses des Osthessischen Bankvereins, war nach dem Abschluß der Leipziger Bank von Otto beauftragt worden, seine Vorschläge nachzugehen. Der Eindruck, den er hierbei gewonnen habe, sei der großer Verwunderung gewesen; so fanden sich die Eintragungen, von 900 000 Mark und dergleichen mehr, die ohne jede weitere Begründung einfach auf Weisung des Direktors Schmidt gebucht waren. Schmidt hatte offenbar einen faszinierenden Einfluß auf Otto ausgeübt. Schon lange vor dem Abschluß habe er, Zeuge, Otto gewarnt und ihn zu bestimmen gesucht, von Schmidt zu lassen. Die große Versammlung vom Jahre 1899 hat Zeuge dem Otto direkt als Komodie bezeichnet. Als er ferner Otto die Wertlosigkeit des Bergmannschen Patentes nachgewiesen hatte, habe sich bei Besprechung der „rotierenden Retorte“ wieder Ottos Optimismus gezeigt; er habe geglaubt, daß Schmidt doch noch alles zu retten wissen werde. In der fortgesetzten Zeugenvernehmung wurde Zeuge Mooren nach einer von Otto für die Süddeutsche Gesellschaft gemachten Schenkung von 600 000 M. befragt und erklärte, daß er sehr erstaunt gewesen sei, in Ottos Vorträgen hierüber keine Erwähnung vorzufinden; schließlich habe sich herausgestellt, daß auf Anweisung des Direktors Schmidt das Konfortialkonto in Berlin einfach mit dieser Summe belastet und dieselbe nachher abgeschrieben wurde. Zeuge ist der Ansicht, daß Otto in seinem Optimismus fähig gewesen wäre, sein Todesurteil zu unterschreiben.

Konkursverwalter Justizrat Fries erklärt auf Befragen des Rechtsanwalts Garmier, daß er im Geheimen dem Direktor Schmidt Briefe usw. gefunden habe, aus denen hervorgeht, daß Schmidt sehr viele Darlehen gegeben hat, wie er überhaupt ganz gab, wo immer er nur darum angegangen wurde; es soll daraus festgestellt werden, daß er Vertrauen von allen Seiten genöthigt, nicht nur von Seiten der Angestellten. Der Vorsitzende bemerkte, daß da Direktor Schmidt vorläufig noch nicht hier sei, man mit der Besetzung der vorhandenen Briefe, auf welche die Angestellten Bezug nehmen, fortfahre.

So hat einmal Schulze-Dellwig an Direktor Schmidt geschrieben, daß ihm Sorge mache, Otto werde nicht schweigen. Hermann Sumpff hat einmal an Schmidt geschrieben, man müsse doch auf die „Frankfurter Zeitung“ erwidern, man könne auf einen Punkt näher eingehen, das Publikum werde dann glauben, daß es mit den anderen Angriffspunkten ebenso windig aussehe. In einem Briefe vom 19. Juni 1900 an Schmidt spricht Schulze-Dellwig von dem bösen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ zwischen dessen Zeilen man vielleicht lesen könne, daß es Spione in der Treber-Verwaltung gebe. Schmidt möge für einen guten Redner in der Verhandlung vom 23. sorgen. Man könnte nicht wissen, was die Gegner im Schilde führten. Der Zeuge Vollmann wird vom Vorsitzenden im Anschluß an diesen Brief um Aufklärung ersucht und er spricht seine Meinung dahin aus, daß damals Indiscretionen von Beamten der Treber-Gesellschaft vorgekommen sein müßten. Danach werden die Sachverständigen, aber die zwischen den Angestellten und dem Generaldirektor Schmidt bezug der Leipziger Bank ausgeführten Wechseltransaktionen befragt und bezeichnet dieselben als Scheingeschäfte, die einmal als zwischen Vorstand und Aufsichtsrat geschloffen unzulässig und andererseits geeignet waren, den Vermögensstand der Gesellschaft zu verschleiern und eine falsche Bilanzstellung herbeizuführen. — Gegen 5 Uhr nachmittags wurden die Verhandlungen abgebrochen.

**Versammlungen.**

**Im Verbanne deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen** sprach Genosse Kiesel über die Aufgaben der Arbeiterbewegung. Lebhafter Beifall belohnte den Redner für seine Ausführungen. Darauf wurde von Kaiser das vom Einigungsamt eingelassene Schreiben der Freien Vereinigung selbständiger Barbiers gelesen. Die Arbeitgeber erklärten darin, daß sie den Vorwurf der Gehilfen, vertragsbrüchig zu sein, zurückweisen. Sie wollen sich auf eine Einigung mit der Gehilfenorganisation überhaupt nicht einlassen. Demgegenüber wurde von Liere und Kaiser an zahlreichen Beispielen der Vertragsbruch nachgewiesen. Auch der Tag im Einigungsvertrage: Maßregelungen finden nicht statt, ist praktisch so ausgeführt worden, daß man die Organisierten entließ und dafür unter dem Tarif arbeitende Gehilfen engagierte. Die Erklärung der Freien Vereinigung, mit den Gehilfenvertretern Kaiser und Liere nicht mehr verhandeln zu wollen, betrug die letzteren zurückzutreten. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission setzte die Freie Vereinigung davon in Kenntnis, worauf letztere erklärte, mit der Organisation nicht mehr zu verhandeln. Die Versammelten beschloffen hierauf, das Einigungsamt zur Verhandlung anzufragen und bestimmten hierzu dieselben Vertreter. Die Versammelten protestierten gegen die Behauptung der Freien Vereinigung, daß auf dem Nachweis der Gewerkschaft unter dem Tarif vermittelt wäre, und erklärten diese Behauptung für eine Verleumdung. Verschiedene Redner indessen wiesen darauf hin, daß gerade auf dem Nachweis der Freien Vereinigung die Stellen bedeutend unter Tarif vermittelt würden. Zum Schluß wurde noch der Wunsch geäußert, daß die Arbeiterschaft recht regen nach der gelben Kontrollkarte fragen möchte.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

**Köln, 10. Februar.** (W. Z. B.) Der Rhein ist seit Sonnabend um 2,99 Meter gestiegen, die Höhe beträgt gegenwärtig 5,42 Meter.

**Paris, 10. Februar.** (W. Z. B.) Die Deputiertenkammer berät das Budget des Justizministeriums. Dumas beantragt Streichung des Titels betreffend Kosten für Hinrichtungen und spricht sich für Abschaffung der Todesstrafe aus. Justizminister Monis bekämpft den Antrag und erklärt, die Frage der Abschaffung der Todesstrafe könne nicht so nebenhin erledigt werden, sei vielmehr einer besonderen Beratung wert. Der Antrag Dumas wird sodann mit 332 gegen 210 Stimmen abgelehnt.

**Wien, 10. Februar.** (W. Z. B.) Im Befinden des Grafen Tolstoj ist plötzlich eine bedeutende Besserung eingetreten.

**New-York, 9. Februar.** (W. Z. B.) In Patterson (New-York) wurden durch eine Feuerbrunst, die durch heftigen Wind noch weiter verbreitet wurde, das Rathaus und das Telegraphenamt und zahlreiche Gebäude der Hauptstraße der Stadt zerstört. Genantere Nachrichten fehlen infolge der Unterbrechung des Telegraphenverkehrs; doch wird der Schaden bereits jetzt auf 12 Millionen Dollar angegeben.

Bei einem heute früh in Saint-Louis ausgebrochenen Brande, durch den ein Hotel eingestürzt wurde, sind zehn Personen ums Leben gekommen und mehrere verletzt worden.

Die Frankf. Ztg. meldet aus New-York: Der Schauplatz der Feuerbrunst in Patterson zeigt ein gewaltiges Trümmerfeld, die Hauptindustrie Pattersons, Seidenspinnerei, ist indes wenig berührt, da von 50 großen Establishments nur fünf vom Feuer ergriffen wurden. Der Brand brach im Wagonhaus der elektrischen Bahn aus. Die Stadt ist vollständig in Dunkelheit gehüllt, da alle Gas- und elektrischen Anlagen zerstört sind.

Die Zahl der bei der gestrigen Feuerbrunst Verletzten, die in Krankenhäusern Aufnahme gefunden haben, beträgt fünfzig. Durch den Brand ist auch der Stadtrat, in welchem die hiesigen Anwartschaften ihre Zusammenkünfte halten, zerstört worden.

**Vort-Louis, 10. Februar.** (W. Z. B.) Ein Cyclon hat die Insel Mauritius heimgesucht; das Centrum desselben ging über die Insel fort.

**Hallgö (Neuschottland), 9. Februar.** (W. Z. B.) Der Dampfer der Alan-Linie „Grecian“ ist bei der Einfahrt in den hiesigen Hafen aufgelaufen; die Lage des Schiffes ist unglücklich.

Reichstag.

139. Sitzung vom Montag, 10. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): In der Begründung zu diesem Gesetz heißt es, der Entwurf unterscheidet sich von den bisher erlassenen gleichartigen Gesetzen, durch welche die Haushaltskontrolle alljährlich der preussischen Ober-Rechnungskammer unter der Bezeichnung „Rechnungshof des Deutschen Reichs“ übertragen worden ist, insofern als in der Heberdrift die Einkünfte auf ein bestimmtes Rechnungsjahr fortzuführen ist. Diese Thatsache in Verbindung mit der andern, daß ein besonderes Dienstgebäude für den Rechnungshof gefordert wird, scheint darauf hinzuweisen, daß ein besonderer Rechnungshof für das Deutsche Reich gegründet werden soll. Wir haben ja seit lange ein Komptabilitätsgesetz, eine dauernde Regelung der Reichshaushalts-Kontrolle durch eine besondere Gesetzgebung gefordert. Sollte aber ein dauernder Reichs-Rechnungshof eingesetzt werden, so wäre es sehr wünschenswert, daß der Sitz desselben nicht in Potsdam bleibt, sondern der Potsdamer Atmosphäre entzogen, und wie das Reichsgericht, nach einer dem Einfluß gewisser Potsdamer Kreise mehr zogenen Gegend, vielleicht nach Stuttgart, verlegt wird. — Aus diesen Gründen beantrage ich, den Entwurf an die Budgetkommission zu verweisen, damit wir dort erfahren, was mit der erwähnten Veränderung des Sitzes beabsichtigt ist.

Direktor im Reichsministerium des Innern: Der Herr Redner hat aus dem vorliegenden Gesetzentwurf Schlussfolgerungen gezogen, die die Regierung überhaupt nicht beabsichtigt hat. Durch diesen Entwurf wollen die verschiedenen Regierungen nur die unhaltbaren Zustände, die auf diesem Gebiete bestehen, beseitigen. Auf den Vorschlag, den Rechnungshof von Potsdam zu verlegen, will ich nicht weiter eingehen, da dies nicht zum Gegenstand der Tagesordnung gehört. Gegen den Wunsch des Redners, den Entwurf in der alten Weise wieder vorzulegen, hat die Regierung nicht die geringsten Bedenken und wird denselben bei der zweiten Lesung berücksichtigen.

Abg. Dr. Paasche (natl.) und Abg. Spahn (C.) schließen sich den Ausführungen des Abg. Müller-Sagan an.

Nachdem Abg. Müller-Sagan seinen Antrag auf Verweisung an die Budgetkommission zurückgezogen hat, wird der Entwurf genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zum Schutze des Geistes-Neutralitätszeichens.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das rote Kreuz vielfach zu geschäftlichen Zwecken mißbraucht wird. Diesem Mißbrauche will der vorliegende Gesetzentwurf abhelfen. Ich kann Sie deshalb nur bitten, denselben wohlwollend entgegenzunehmen und ihn zur Annahme zu verhelfen.

Abg. Dr. Arends (Sp.): Es liegt im Interesse des Publikums, daß das rote Kreuz nicht zur Irreführung mißbraucht wird. Solchen Irreführungen soll das vorliegende Gesetz vorbeugen. Man muß approbiertes und nichtapprobiertes Krankenpfleger-Personal unterscheiden können. Ich beantrage, zur Prüfung der einzelnen Nebensatzbestimmungen den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Prinz Schönaich-Carolath (natl.): Auch wir begrüßen die Vorlage mit großer Freude. Fast überall herrscht im Publikum die Ansicht, daß Waren, die mit dem roten Kreuz versehen sind, besonders heilbringend seien. Ebenso will den Krankenpflegern, die dieses Kreuz tragen, besonderes Vertrauen entgegengebracht. Man nimmt an, daß sie Beauftragte der Centralverwaltung des roten Kreuzes sind, was aber heute durchaus nicht der Fall zu sein braucht. Daher war es dringend notwendig, das Zeichen des roten Kreuzes zu schützen, wie es hier geschieht. Einer Kommissionsberatung stimmen auch meine politischen Freunde zu.

v. Biddan (wiltl.): Von Seiten Gewerbetreibender aus Altenburg, die bisher das rote Kreuz unbehindert als Warenzeichen geführt haben, sind 5 Petitionen angelaufen, die Entschädigung für die Entziehung dieses Warenzeichens verlangen. Ich bin der Ansicht, daß diese Forderung durchaus berechtigt ist, denn die Betroffenen haben das Zeichen bisher von Rechts wegen geführt. In der Kommission werden wir also diese Ansprüche zu prüfen haben.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das rote Kreuz war als ein Wahrzeichen gedacht allein für die edlen Bestrebungen der Vereine vom roten Kreuz. Die Annahme des roten Kreuzes als Warenzeichen war also von vornherein eine nicht ganz unbedenkliche Sache. Wenn wir uns auf Entschädigungen einlassen wollen für diejenigen, die in Zukunft dieses Warenzeichen nicht mehr führen dürfen, so müßten wir mit unserer ganzen Socialpolitik überhaupt Halt machen. Die Entschädigungsforderungen würden sich in ungemessene steigern.

Abg. Dr. Jülich (fr. Sp.): Ich möchte bitten, Privatleuten hinsichtlich ihrer Abzeichen doch eine etwas größere Freiheit zuzugestehen, als es durch das Gesetz beabsichtigt wird. Das Gesetz gilt doch nicht für Kriegs-, sondern für Friedenszeiten. Es ist uns fraglich, ob man in dem Schutze des roten Kreuzes überhaupt soweit gehen kann, wie es das Gesetz will. Es könnte dadurch leicht eine Schädigung einer Reihe von Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen, die jetzt das rote Kreuz als Abzeichen führen, herbeigeführt werden. Hoffentlich werden unsere Bedenken in der Kommission befeitigt.

Damit schließt die Diskussion; die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Die endgültigen Uebereinstimmungen der Einnahmen und Ausgaben des ostafrikanischen Schutzgebietes für 1897/98, sowie der Schutzgebiete von Kamerun und Togo und des südafrikanischen Schutzgebietes für 1898 werden debattelos in zweiter Beratung genehmigt.

Darauf wird die zweite Lesung des Justizgesetzes fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Es ist schon hingewiesen worden auf die Notwendigkeit eines Strafvollzugsgesetzes für das Reich. Es ist zu bedauern, daß diese Materie durch Vereinbarung eines Strafvollzugs-Reglements unter den verbündeten Regierungen der Gesetzgebung des Reichstages entzogen ist. Die Befugnis des Reiches, die Justizpflege der Einzelstaaten zu überwachen, kann nicht bestritten werden. Ich komme auf die Frage der Bekämpfung des Duells. Es wurden bekanntlich in letzter Zeit sensationelle Mitteilungen über angebliche Verhörungen des Kaisers in Potsdam zur Duellfrage verbreitet, und wir haben uns im Reichstag vor Weihnachten anfänglich über diesen Anflug unterhalten. Bald darauf aber bewiesen mehrere neue Vorfälle, daß der Duellunfall eher zu nimmt als in der Abnahme begriffen ist. Besonders der Fall Falkenhagens-Vermigen beweist den Unstimm des Duells. Der beleidigte Gemann hat seine Ehre nicht gerettet, er ist im Duell gefallen. Und solche Fälle können sich jeden Tag wiederholen. Daher muß endlich etwas geschehen, um dem Duellunfall energisch entgegenzutreten. Die Duellmissethe bekennt sich heute keineswegs mehr auf die sogenannten feudalen Rechte, für die es eine noch aus dem Mittelalter stammende Tradition bedeutet; heute muß sich jeder Duellist, der Reserve-Offizier ist, Mühsal hat sogar ein Vertreter der Justiz, Oberstaatsanwaltschafts-Rat Cohn, in öffentlicher Rede den Zweikampf verurteilt. (Hört! hört! links.) Für uns ist der Anzugstende nicht so sehr der Duellant, als vielmehr die Standesfitte. Das Gesetz muß so geändert werden, daß es geeignet ist, die Standesfitte zu beseitigen. Auch Gefängnisstrafen allein würden gegen das Duell nicht nützen, es muß zugleich Aberkennung des

Rechtes, ein öffentliches Amt zu bekleiden, eintreten. Unser Antrag, von dem ich hoffe, daß er noch in dieser Session zur Verhandlung kommt, sieht eine derartige Bestimmung vor, und ich bin überzeugt, daß seine Annahme die endliche Beseitigung der Instiz des Duells herbeiführen würde. (Bravo! links.)

Abg. Hören (C.):

Der Antrag Schrader wird, wenn er zur Verhandlung gelangt, jedenfalls einer Kommission überwiesen werden, wo Gelegenheit sein wird, ihn in Gemeinschaft mit dem von unserer Partei gestellten Duellantrag zu beraten. Diese Beratungen werden ergeben, welcher Antrag der herrschenden Instiz am besten zu Leibe geht. In der Beurteilung des Antrags sind wir ja einig. Eine weitere der Erledigung dringend bedürftige Frage ist die Entschädigung unschuldiger Verhafteter. Ihre Regelung ist eine notwendige Konsequenz der inzwischen geregelten Frage der Entschädigung unschuldiger Verurteilter. Ich verleihe die Schwierigkeiten der Frage nicht, sie dürfen aber das Reich nicht veranlassen, von der Erledigung dieser Frage überhaupt Abstand zu nehmen. Im Juni vorigen Jahres hat die erste Kammer des Groch-herzogtums Beschlüsse auf Anregung der zweiten Kammer die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung auf baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Entschädigung unschuldiger Verhafteter hinzuwirken.

Eine weitere Frage, die ich anzuregen habe, betrifft die bedingte Verurteilung. Eine reichsrechtliche Regelung dieser Frage ist noch nicht erfolgt, nur sind die Justizbehörden der Einzelstaaten zu einer sogenannten administrativen Entscheidung darüber befugt, ob in einem bestimmten Fall die bedingte Verurteilung eintreten könne. In Frankreich, Norwegen, Schweden, England, Belgien und Holland ist die bedingte Verurteilung eingeführt, und zwar mit den fernstreichlichen Folgen. Trotzdem trägt die Reichsregierung noch Bedenken, die Angelegenheit reichsrechtlich zu regeln. Der erkennende Richter wäre allein in der Lage, auf Grund der mündlichen Verhandlung zu entscheiden, ob eine bedingte Verurteilung eintreten soll oder nicht.

Staatssekretär Riebeding:

Gegenüber Herrn Schrader bemerke ich, daß ich allerdings verpflichtet bin, die Rechte des Reiches zu wahren, ebenso muß ich aber auch die Rechte der Einzelstaaten achten. Voraussetzungen mein Standpunkt, den ich in der letzten Sitzung gegenüber einzelnen Fällen der Bedingung zu körperlichen Züchtigungen in einem kleinen Bundesstaate einnahm. In das den Landesfürsten verfassungsmäßig gewährleistete Bedingungsrecht habe ich kein Recht einzugreifen. — Mit der Frage der Entschädigung unschuldiger Verhafteter beschäftigen wir uns fortgesetzt, abgeschlossen sind die Verhandlungen in dieser Angelegenheit noch nicht. Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Frage wirksam nur so geregelt werden kann, daß dem unschuldig Verhafteten ein unabweisbarer Rechtsanspruch auf die Entschädigung zuzurechnen ist. — Neben die bisherigen Resultate mit der bedingten Bedingung wird Ihnen auch in diesem Jahre wieder eine Denkschrift zugehen. Die Zahl der bedingten Bedingten hat sich in den letzten drei Jahren um 33 Proz. vermehrt. Die Bundesregierungen sind aber keineswegs davon überzeugt, daß die günstigen Erfahrungen in den Einzelstaaten mit der bedingten Bedingung die Notwendigkeit der reichsrechtlichen Einführung der bedingten Verurteilung ergeben haben.

Abg. v. Kardorff (Sp.): In Frankreich ist das Duell noch heute eine durchaus populäre Institution. Wohin würden wir kommen, wenn die Anträge Schrader oder Gröber angenommen würden? In Frankreich werden bekanntlich Ehemänner, die den Verführer ihrer Frau ohne weiteres niederschlagen, regelmäßig von den Geschwornen freigesprochen. Ist diese Praxis unserem Rechtszustande etwa vorzuziehen? (Lachen links.) In England ist mit der Beseitigung des Duells einhergegangen ein sehr wichtiges, kurzes Verfahren gegen Verleumdung und Ehrabschwärzung vor dem Friedensrichter. Die Eingekerkerte hoher Geldstrafe, wie sie in England üblich ist, widerspricht aber unserem Gefühl. Es kommt hinzu, daß in England die Offiziere meistens in Zivil gehen. (Weiteres.)

Abg. Vargmann (fr. Sp.): Die Heraushebung der Strafgrenze von 12 auf 14 Jahre habe ich schon im vorigen Jahr bestritten. Die von Staatssekretär am Sonnabend gegebene Kriminalstatistik des jugendlichen Alters ist allerdings erschreckend, ob aus dieser Statistik aber ein Schluß gegen die Heraushebung der Strafgrenze gezogen werden kann, erscheint mir doch einigermaßen zweifelhaft. Redner geht dann auf einen kürzlich in Bremen vorgekommenen Fall ein, wo ein junger Kaufmann auf einen ganz unbegründeten Verdacht hin von drei Schulden verhaftet und ins Gefängnis geführt wurde. Von einem Redner wurde das Strafmittel der Deportation gestreift, aber auch in Frankreich, wo der Code penal von 1810 diese Strafe vorsah, hat man damit keine guten Erfahrungen gemacht. Die gegen den Duellunfall gerichteten Anträge finden unsere volle Unterstützung. Mit dem Kollegen Heine bin ich darin durchaus einverstanden, daß eine Verschärfung der Strafen für Verleumdungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen bedenklich sein und nur zu einer Beschränkung der öffentlichen Kritik führen würde. Auf dem Gebiete der Reichsjustiz-Gesetzgebung sind leider in letzter Zeit nur Fragmente vorgekommen, wie die Regelung der Entschädigung unschuldiger Verurteilter. Die in deutschen Kleinstaaten vorgekommene „Bedingung“ von Kindern zur Prügelstrafe, d. h. zu einer Straftat, die das Strafgesetzbuch gar nicht kennt, steht offenbar mit den Gesetzen in flagrantem Widerspruch. Hier sollte der Staatssekretär doch etwas energischer auf die Durchführung der Bestimmungen des Reichs-Strafgesetzbuchs in den Einzelstaaten dringen.

Abg. Baffermann (natl.):

Es ist von einer allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs gesprochen worden. Ich halte diese in der gegenwärtigen Zeit für ganz unmöglich. Dagegen sind einzelne Materien dringend der Regelung bedürftig; so muß ein Gesetz geschaffen werden, das es ermöglicht, jugendliche Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren der Zwangserziehung zu überweisen und ferner ein Gesetz, das die bedingte Verurteilung reichsrechtlich regelt. Weiter ist ein Ausbau des Systems der Schöffengerichte in der Richtung, daß statt der heutigen Strafkammern große Schöffengerichte eingerichtet werden, gegen deren Urteile Berufung an die Oberlandesgerichte erfolgen kann. — Was die Duellfrage anlangt, stehen wir dem Antrag Schrader nicht ohne weiteres ablehnend gegenüber und sind bereit, ihn in einer Kommission zu prüfen. Anzustehen kann ich mich der Verurteilung der custodia honesta, die Festungshaft wächst sich immer mehr zu einem fidelem Gefängnis aus. Sehr bedauerlich sind die vielen Fälle von Bedingungen bei Duellvergehen. Sie sind um so bedauerlicher, wenn man weiß, wie schwer es sonst einem armen Kerl ist, die Bedingungen zu erlangen. So ist mir ein Fall bekannt, in dem es einem Arbeiter, der aus dem Gefängnis wegen Tuberkulose entlassen war, nicht möglich war, die Bedingungen zu erlangen. Er mußte wieder in das Gefängnis zurück. (Hört! hört! links.) Die Resolution Gröber geht und zu weit. Der Antrag Schrader dagegen geht in der Beziehung zu weit, daß er die Festungshaft für alle Fälle des Duells beseitigen will und nur noch Gefängnisstrafen vorsieht. Zu weit geht uns auch die Forderung, daß Duellanten das Recht, öffentliche Ämter zu bekleiden, aberkannt werden soll. — Eine zu hohe Bestrafung des Duells würde nur die Fälle der Bedingungen ins Ungemessene vermehren und das alte Faustrecht wieder einführen. Ich kann

nicht dahin resumieren, daß wir den Antrag Gröber ablehnen, den Antrag Schrader, wenn er zur Verhandlung kommt, in einer Kommission prüfen wollen. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Stadthagen (Sp.):

Der Staatssekretär hat sich beklagt über die Zunahme der Kriminalität im jugendlichen Alter. Man sollte statt solcher Klagen lieber den Ursachen dieser Erscheinung nachgehen. Im Althörsener Strafgefängnis stellte sich bei einer Untersuchung heraus, daß mehr als 70 Prozent der dort Internierten in der Jugend erwerbsfähig waren. Je stärker die Erwerbsfähigkeit der Kinder, um so größer die Zahl der Vergehen. In Preußen gibt es rund 800 000 erwerbsfähige Kinder. Dazu kommen die Schulverhältnisse. Je schlechter unsere Schulverhältnisse geworden sind, desto mehr ist die Zahl der bestraften Kinder gewachsen. Die zu geringe Zahl der Schulen ist ein der Hauptmomente für die Zunahme der jugendlichen Verbrecher. Es ist hier nicht mit dem Strafgesetz allein, nicht mit der Heraushebung des strafmündigen Alters gethan, sondern mit der Sorge für diejenigen, die den Kampf mit dem Leben aufnehmen müssen. In dieser Beziehung ist auch das Vorgehen der Berliner Stadtverwaltung, die Berliner Waisenpflege, bedauerlich wert. Die Freisinnigen treten ja da, wo sie nichts zu sagen haben, für gute Schulbildung ein, nur nicht da, wo sie die Macht haben.

Sehr wünschenswert wäre eine Statistik über die Ursache der Vergehen jugendlicher Personen. Es muß dargelegt werden, wie die Verhältnisse der Eltern des Kindes und die Schulverhältnisse gewesen sind. — Für die Resolution Gröber werden wir stimmen. Der Antrag qualifiziert den Duellmord als das, was er ist, als gewöhnlichen Mord. Wir fühlen uns frei von jener Sentimentalität, die darüber heulweinet, wenn dieser oder jener im Duell gefallen ist. Dieser gegenseitige Selbstmord ist und bleibt jedenfalls ein Mord und muß als solcher bestraft werden. Wer den Mord verabsieht, wenn er sich gegen den Präsidenten einer Republik wendet oder sonst ein Oberhaupt eines andren Staates, muß auch den Duellmord verabsichtigen. Der Duellmord ist sogar verächtlicher als jeder andre Mord. Der Duellist nämlich erklärt sich jederzeit bereit, die Sünde des Mordes unter den für standesgemäß erachteten Ceremonien zu begehen.

Herr Wassermann meinte, es gäbe immer noch Leute, die das Duell als etwas Ehrenvolles ansehen. Ja, es giebt auch Wanditen, es giebt auch Raubmörder, die ihre eigene Würdewürde für sich in Anspruch nehmen. Die That der Duellisten ist eine besonders feige, weil sie sich dem Reglement ihrer Standesgenossen nicht zu entziehen wagen, und wir haben keine Veranlassung, auf diese Feigheit Rücksicht zu nehmen. Wessen Ehre zu ihrer Reparatur des Mordes bedarf, der hat keine Ehre, der gehört in das Erziehungsheim oder das Zuchthaus! (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Duellant verbleibt durchaus den Namen, den man einem feigen Mörder geben muß! Wenn bei uns auf Mord die Todesstrafe gesetzt ist, warum soll dann der organisierte Mord, das Duell, geringer bestraft werden? Wir können auf diese horkierten Vorurteile keine Rücksicht nehmen und sind mit dem Grundgedanken des Antrages Gröber einverstanden. Eine Ausdehnung der Festungshaft halte auch ich, wie mein Kollege Heine, für angebracht, aber diese Strafe kann nicht für das Duell in Betracht kommen. Das Duell ist zu uns herübergekommen aus Spanien, aus der Zeit der Donaukämpfer, und wurde im 17. Jahrhundert von unsem Adel sehr gut aufgenommen. Es giebt keinerlei Entschädigung für irgend ein Duell außer der damit verbundenen Dummheit. Ich war sehr erfreut, daß auch hier im Reichstag sich noch Stimmen erheben, die gewisse Arten von Duell verteidigen. Den Herren, die weil sie in Standesvorurteilen aufgewachsen sind, sich untereinander duellieren wollen, habe ich ja nichts dagegen einzuwenden, ich bin da für Selbstverleumdung. (Weiteres.) Sie sollten dann aber wenigstens in ihrem Kommentar die Bestimmung aufnehmen, daß die Duellanten verpflichtet sind, sich gegenseitig tödlich zu treffen. (Weiteres.) Ganz unverständlich war mir, wie Herr Wassermann die angeblich zu geringe Bestrafung der Verleumdungen mit dem Duell in Verbindung bringen konnte. Mein Parteigenosse Heine hat ja schon darauf hingewiesen, wie heute die §§ 185 und 186 von den Verhörden dazu benutzt werden, um politischen Gegnern ein zu verzeihen. Es ist aber überhaupt ein Irrtum, daß die Ehre eines angeblich Verleumdigen durch die Bestrafung des Verleumdigers gestiftet werden kann.

Von einem Tadel der Vredenden zu teil gewordenen Behandlung habe ich auf der rechten Seite dieses Hauses nichts gehört. Das ist charakteristisch für diese Herren! Ich kann es auch nicht für besonders tapfer halten, wenn der preussische Minister des Innern im Abgeordnetenhause erklärt, Vredenden sei ein Sibyrdocteur. Vredenden hat darauf am 20. Januar 1902 an den Minister des Innern öffentlich geschrieben, daß er von seiner Loyalität als selbstverständlich voraussetzt, daß der Minister eine nachträgliche Richtigstellung von derselben Stelle bekannt gebe, von der aus er diese Angriffe gegen ihn gerichtet hat. Seitdem sind aber 14 Tage ins Land gegangen, ohne daß der preussische Polizeiminister die Unwahrheiten gegen Vredenden zurückgenommen hätte. Außerhalb dieses Hauses würde man einen Mann, der eine Verleumdung gegen einen andren in einer Beamtenstellung auspricht und nicht die erste Gelegenheit benützt, um diese Verleumdung zurückzunehmen, nicht einen Ehrenmann nennen. (Stöße des Präsidenten.)

Recht, Graf Vorkreuz (unterbrechend): Herr Abgeordneter, trotz der Umfahrungen, die Sie gebraucht haben, muß ich diese Reuerungen gegen den Herrn Minister des Innern als unzulässig und gegen die Ordnung des Hauses verstößend erklären. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Stadthagen (fortfahrend):

Nun, ich überlasse die Qualifikation dieser Art des Vorgehens des Ministers durchaus dem Urteil der Allgemeinheit. Es war gefehlwidrig, Vredenden zu fesseln. Es war ein Mißbrauch der Amtsgewalt, für den das Strafgesetzbuch die Zuchtshaftstrafe androht. Es ist keine einzelstaatliche Polizeimache, sondern es gehört durchaus vor den Reichstag. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft hat auch in Preußen nicht das Recht, gegen das Reichsgesetz zu handeln, und die betreffenden Beamten gehören nach dem Strafgesetzbuch ins Zuchthaus, vorausgesetzt, daß ein Ankläger da ist und sie das Bewußtsein von der Tragweite ihrer Handlungen gehabt haben. Der Umstand, daß keine Verfolgung der begangenen Straftat eingetreten ist, zeigt die Notwendigkeit, daß das Anklagenmonopol der Staatsanwaltschaft befestigt wird und jeder verlegte Bürger selbst klagen kann. Rühmlich müssen dann Volksgerichte, nicht etwa Kollegen des zur Anklage Bestellten entscheiden. Würde hier ein unparteiisches Volksgericht zu entscheiden haben, ich bin überzeugt, der Wendarm wäre mit einer gelinden Strafe davon gekommen, der Staatsanwalt würde aber ins Zuchthaus geschickt sein. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Freilich in einem Klassenstaat ist die Verfolgung eines solchen Staatsanwalts nicht zu erwarten. Herr Müller-Reinigen warnte am Schluß seiner Rede den Herrn Staatssekretär, er möge dafür sorgen, daß im Volke nicht die Meinung aufkomme, wir hätten eine Klassenjustiz. Ich bin der Ansicht, die große Menge des Publikums ist längst davon überzeugt, daß

allerdings Klassenjustiz bei und befehlt (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten) und befehlen muß. — Auch von anderer Seite haben wir ja vielfach Klagen über schlechte Behandlung von Gefangenen gehört. So erinnere ich daran, daß der aus dem Eberfelder Militärbefreiungs-Prozess bekannte Dr. Schulz in der „Adnischen Zeitung“ dieses Essen vorgeschrieben worden ist und daß die von ihm zu seiner Selbstverpflegung angewiesenen Gelder erst nach einigen Tagen dazu benutzt worden sind. Das Gericht hat auf das Zeugnis des Kesslers entschieden, daß das Essen gut gewesen sei und daß die Verzögerung in der Geldeinzahlung nicht zu vermeiden war. Dr. Schulz und der Redacteur der „Adn. Ztg.“ sind dann wegen Verleumdung bestraft worden. Was sagt Herr Kessler dazu, daß es hier „seinem Parteigenossen durch Anwendung des Verleumdungsparagraphen verweigert wird, in der Presse die Wahrheit zu vertreten. Wenn von uns aus gegen die unzähligen Flegelchen und Verleumdungen der angelernten Presse auch nur in einem Heftel der Fälle Anklage erhoben würde, würden Hunderte von Jahren Gefängnis für Redactoren mehr bei uns zu verzeichnen sein als in anderen Ländern, aber wir stehen zu hoch, als daß wir durch Angriffe anderer beleidigt werden könnten.

Ich habe noch eine andre Sache zur Sprache bringen wollen, das nämlich ein Recht, das jedem Staatsbürger zusteht, Arbeiter gegenüber nicht beachtet wird. Ich habe wiederholt gesprochen von der Ungehörlichkeit, daß der preussische Eisenbahnminister erklärt, der § 304 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der die Nichtpündbarkeit des Lohnes auspricht, sei nicht zwingendes Recht. Trotzdem das wiederholt hier im Reichstag zurückgewiesen ist, steht der betreffende Erlaß des Eisenbahnministers noch in Geltung.

Nach dem neuen Gewerbegerichts-Gesetz müssen in allen Städten mit über 20000 Einwohnern Gewerbegerichte eingerichtet werden. Entgegen diesem klaren Wortlaut ist in mehreren Städten von über 20000 Einwohnern dank dem Einfluß der Arbeitgeber noch kein Gewerbegericht errichtet. So liegt mir eine Beschwerde vor aus Münster; in anderen Städten ist es ebenso. Die Arbeiter werden dadurch völlig rechtlos —

Präsident Graf Ballestrem (unterbrechend): Herr Abgeordneter, die Gewerbegerichte gehören nicht zum Reichs-Justizamt, sondern zum Reichsamt des Innern.

Abg. Stadthagen (fortfahrend): Ich sah hier insofern einen Zusammenhang, als das Reichs-Justizamt darüber zu wachen hat, daß die Reichs-Justiz-Gesetze auch beachtet werden. Weiter habe ich Beschwerde darüber zu führen, daß der Art. 95 des Einfuhrungs-Gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, der die Gewerbeverhältnisse betrifft, nicht beachtet wird. Ich bitte den Staatssekretär, dafür zu sorgen, daß dieser Artikel 95 endlich voll Geseh wird. Auch hier zeigt sich wieder, wie wenig man auf Verpfändungen der Regierungsberechtigten geben kann. Die Verurteilungen hören, trotzdem sie für unzulässig erklärt worden sind, nicht auf; selbst Behörden betheiligen sich an der Ausgabe von schwarzen Listen.

Der Erlaß der preussischen Minister des Innern und der Justiz gegen die Arbeitergewerkschaften ist schon vom Abg. Heine besprochen worden. Ich möchte den Staatssekretär bitten, die einzelnen Verwaltungsbehörden in den Einzelstaaten darauf aufmerksam zu machen, daß diese Exzessionsstrafen auch gegen Arbeitgeber Anwendung finden. In einem mir vorliegenden Brief wird ein Arbeiter von seinem Arbeitgeber in schärfster Weise aufgefordert, aus einer Arbeiter-Organisation auszutreten, widrigenfalls würde er entlassen. Das ist ein Versuch, auf die Willensfreiheit des Einzelnen einzuwirken in rechtswidriger Weise, um dem Arbeitgeber einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zuzulassen zu lassen dadurch, daß der Arbeiter verhindert wird an der Vertheilung an einer Organisation, die bessere Lohnbedingungen erstrebt. Welches Recht für alle! Was dem Arbeiter recht ist, muß dem Arbeitgeber billig sein. Bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs haben wir schon eine solche Judikatur gegen die Arbeiter vorgeschlagen. Wir müssen verlangen, daß mit gleichem Maß auch gegen die Arbeitgeber vorgegangen wird. Aus welchen Gründen sind die sonst so arbeitsfreundlichen Staatsanwaltschaften noch nie gegen derartige Vergehen der Arbeitgeber eingestritten?

Freilich ist dies ja erklärlich, da in Preußen besonders die Grundhög herrscht; wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Ich erwarte von dem Herrn Staatssekretär, daß er einen Gesetzentwurf einbringt, der diesen Mißbrauch des Exzessions-paragraphen ausschließt, oder aber den Arbeitern das Recht giebt, den Exzessionsparagraphen auch gegen die Unternehmer in gleicher Weise anzuwenden. — Ich komme nun zu einem Fall, der die Notwendigkeit einer andern Organisation unserer Gerichte auf das schlagendste beweist. In Dresden hat sich im Dezember vorigen Jahres ein Strafprozess vor dem Schwurgericht abgepielt, der an ungerechten Urteilen seinesgleichen nur im Ebbener Fall hat. Dort kam es bei Gelegenheit eines Streiks zwischen Streikenden und Nichtstreikenden zu Reibereien. Die Streikenden wurden aufgefordert zu gehen, die am meisten bescholtenen sollen den Gendarmen gegenüber erklärt haben: warum sollen wir denn gehen, wenn die andern bleiben, die andern, von denen einer mit dem Revolver geschossen hat. Schwere Verletzungen sind überhaupt nicht vorgekommen, eine Reihe von Arbeitern sind aber angeklagt wegen Landfriedensbruchs und Mädelerschreckhaftigkeit zu demselben. Das Schwurgericht hat lediglich aus Handbessern bestanden und vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein getagt, so daß die Möglichkeit eines verständigen Urteils absolut ausgeschlossen war. Ein Zeuge hat erklärt, er sei auf dem Bahnhof gekommen, man habe ihn angehalten, er habe einen Hieb bekommen, ein Stein sei ihm an den Kopf geflogen, dann habe er den Revolver gezogen. Ein Angeklagter habe ihm gesagt, hier werde gestreift. Ob er ihn geschlagen habe, weiß er nicht. Später hat der Hauptbelastungszeuge bestätigt, er habe gesagt, wenn er vom Streikkomitee 40 M. bekomme, wolle er nichts machen. Das habe er aber nicht gesagt, um die Leute los zu werden. Er war mehrmals wegen Sittlichkeitsvergehen vorbestraft. Das Urteil gegen die Angeklagten lautete in einzelnen Fällen auf 8 und 10 Monate Gefängnis. Der Angeklagte, der sich dem Gendarmen gegenüber geweigert hatte, fortzugehen, wurde als Rädelsführer mit 3 Jahren Zuchthaus bestraft. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In dem ganzen Falle handelt es sich um eine kleine Schlägerei, und dabei diese kolossalen ungehörlichen Strafen.

Um dieselbe Zeit fand vor dem Landgericht in Zwickau ein Prozess statt, in dem es sich nicht um Arbeiter, sondern um Kaufleute im Alter von 17 bis 33 Jahren, alles Söhne vermöglicher, hochachtbarer Eltern handelte. Sie wurden angeklagt wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruchs. Sie hatten auf der Straße großen Lärm gemacht und einen Schumann die Kleider abgerissen, ihn zu Boden geworfen und dann gemeinschaftlich auf ihn losgeschlagen. Der Staatsanwalt erklärte ihr Vorgehen für eine Nothwehr, die ihrgleichen suche, die Angeklagten hätten sich schlimmer betragen als der allerhöchste Fabrikarbeiter. Das Gericht verurtheilte die Angeklagten zu Geldstrafen von 25 bis 400 M. (Hört! hört!) bei den Socialdemokraten, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, man habe von einer Gefängnisstrafe abgesehen, weil es sich um Söhne hochachtbarer Eltern handle. Für das hochangesehene Vermögen der Eltern waren das wirklich sehr geringe Geldstrafen. Von Gefängnisstrafen hat das Gericht wohl nur abgesehen, weil es sich um Leute handelte, von denen man erwartete, daß sie einmal Arbeitgeber und dadurch gewissermaßen Vorsetzter der Behörden werden würden. Also in dem einen Fall geringe Geldstrafen für schweren Landfriedensbruch, wo es sich um Söhne angesehenen Eltern handelt und auf der andern Seite für Arbeiter, die

nichts weiter thun als sich gegen Revolverkräfte wehren, Zuchthaus bis zu 3 Jahren! Wenn das keine Klassenjustiz ist, wie soll sie dann aussehen, das ist eine Klassenjustiz, wie sie schlimmer gar nicht bestehen kann. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär wird mir sagen, aber Herr Abgeordneter, ich habe sie doch nicht verurtheilt. Das ist richtig, aber er kann organische Gesehe schaffen, damit ein solch blutiges Urteil nicht wiederkommen kann. — Alle diese Fälle beweisen, daß wir Gerichte brauchen, die vom Volke auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählt werden. Es geht mit der Justiz jetzt so weit, daß die Politik in einzelne Civil- und Strafsachen unter Mißachtung der Reichsgesehe hineingetragen wird. In Sagan ist einem Jungen ein Eid darüber aufgelegt worden, daß er bisher noch nicht socialdemokratisch gewählt habe! Wir haben doch unser geheimes Wahlrecht! Aber einem Kriegerverein zu Liebe wird die Heiligkeit des Eides mißachtet und ein solcher Eid normiert. Das Aergernis kommt von oben. Die Behörden scheinen in einzelnen Fällen zu glauben, daß die Reichsgesehe für Socialdemokraten nicht gelten. Die Reichsgesehe sollten doch für jedermann anwendbar sein, der Deutscher ist. Es ist neulich hingewiesen worden auf das Geseh zur Verhinderung des unlauteren Wettbewerbs. Ich möchte einen Fall anführen, in dem Retteure und andre, die in einem Druckereibetriebe angestellt sind, zur Uebertretung des § 9 des Gesehes über den unlauteren Wettbewerb geradezu aufgefordert sind. Ihnen ist das eigentümliche Strafverfahren bekannt, das gegen einen Redacteur des „Vorwärts“ eröffnet worden ist wegen angeblicher Hehlerei. Die Behauptung, der Tirpitz-Erlaß sei gestohlen, ist ja ganz hinfällig, indessen eine ungeredertfertige Anklage ist ja nichts Neues. Nun werden aus der Druckerei Leute vernommen und sollen auslegen, was sie aus der Druckerei wissen. Es wird den Leuten direkt zugemutet, Strafantragungen gegen § 9 des Gesehes gegen den unlauteren Wettbewerb zu begeben. Selbstverständlich haben die Leute die Anklage verweigert; um so mehr, als die Gefahr der strafrechtlichen Untersuchung jeden in einem socialdemokratischen Betriebe Beschäftigten gleichmäßig obwaltet. Ich halte eine solche Aufforderung zur Gesehesübertretung für unerhört; wie darf man das Geseh so mißachten? Das zeigt wieder, daß klar und bestimmt ausgesprochen werden muß, daß die Angestellten eines Verlags und die Redactoren zum Zeugniszwang nicht herangezogen werden können. Selbst die nationalliberale Partei hat jetzt diese Ansicht verfochten. Die fortgesetzten Versuche, Redactoren, Drucker zu einer Verletzung der Anstandspflicht durch die Zeugniszwanghaft zu zwingen, müssen dazu drängen, ein Rotgesetz dagegen zu schaffen. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär die Staatsanwälte darauf hinweisen wird, daß ein § 9 des Gesehes gegen den unlauteren Wettbewerb besteht.

Wie notwendig es ist, jedermann das Anlagerecht zu geben, zeigt der Fall des socialdemokratischen Gastwirths Wascwitz, den ein unbekannter Spizel zu Spizeldiensten verleiten wollte. Bei dem Transport des Lochpapiers zur Wache ging es sehr glimpflich zu. Der Lochpizel zeigte auf der Wache eine Blechmarke, eine sogenannte Hundemarke, vor, und der Wacheleiter lehnte es ab, den Namen des Lochpizels zu nennen. Auf denselben Standpunkt stellten sich der Berliner Polizeipräsident und der Staatsanwalt. Diese Beamten haben sich unfeindlich des Verbrechens schuldig gemacht, unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt einen Schuldigen der Strafe zu entziehen. Denn was liegt sonst vor, als jenes Zuchthausverbrechen? Ein Bürche, der eine so feige That begeht, wie es die Verleitung zur Spizelei ist, soll der Strafe wegen Verleumdung entzogen werden! Das geht doch weit über das selbst in Preußen zulässige Maß hinaus und scheint mir ein direktes Verbrechen zu sein. Wir müssen vom Reich die Mittel verlangen, gegen derartige Verbrechen auch dann vorzugehen, wenn sie von Beamten begangen sind. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Nieberding:

Der Reichstag wird nicht geneigt sein, auf Grund der einseitigen und erregten Darstellung des Vorredners zu urtheilen, und das deutsche Volk wird auf Grund der leidenschaftlichen Anschuldigungen des Vorredners das Vertrauen in seine Richter nicht verlieren. Hätte ihm wirklich an der Aufklärung der von ihm angeführten Fälle gelegen, so hätte Abgeordneter Stadthagen dem Reichs-Justizamt rechtzeitig Mitteilung darüber machen müssen, welche Fälle er behandeln wolle, damit dieses sich orientieren könnte. Auf die einzelnen Beschwerden kann ich heute nicht eingehen, ich verpöche aber, daß sie im Reichs-Justizamt geprüft werden sollen und daß, soweit es verfassungsmäßig dem Reichs-Justizamt zusteht, hier Remedur eintreten soll. Wir sind aber nicht bezeugt, allgemeine Anweisungen an die Landesbehörden zu erlassen über die Auslegung der Reichsgesehe und die preussischen oder andere Staatsanwaltschaften mit Anweisung darüber zu versehen, wie sie die Gesehe aufzufassen und auszuliegen haben.

Zum Falle Wredened stelle ich auf Grund des mir zugekommenen amtlichen Materials fest, daß die Staatsanwaltschaft bei der Fesselung nicht mitgewirkt hat, sondern einfach angeordnet hat, daß nach einer Vernehmung Wredeneds dieser wieder in sein Gefängnis transportiert werden solle. Zur Ausführung dieser Anordnung ist der Gefangene den Polizeibehörden übergeben worden. Was geschehen ist, fällt der Polizeibehörden zur Last. Ferner ist es nicht richtig, daß eine allgemeine Anweisung über die Fesselung gegeben wor. Es hat sich nur der ausdrücklichen Anordnung des Staatsanwalts zuwider eine schablonenmäßige Anwendung der Fesselung herausgebildet.

Sächsischer Geheimrat Dr. Voerner

weist den Vorwurf zurück, daß das Gericht in Zwickau einen Akt der Klassenjustiz verübt habe. Von der Ferne sei es immer schwer, ein Strafurtheil, das unter dem unmittelbaren Eindruck der mündlichen Verhandlung erfolgt ist, zu kritisieren. Verurtheilt seien ganz junge, bisher unbestrafte Leute, der älteste von ihnen sei überhaupt freigesprochen. Redner giebt eine atemmäßige Darstellung des Sachverhalts, die im wesentlichen die Beschauptungen Stadthagens bestätigt. Daß die Leute bedwegen mit Geldstrafen belegt worden sind, weil sie Söhne hochachtbarer vermöglicher Eltern sind, dafür liegt gar kein Anhalt vor. Die meisten jungen Leute stammen überhaupt nicht aus Sachsen (Heiterkeit), sondern aus Westfalen und Bayern. Das sächsische Gericht war also gar nicht in der Lage, die Verhältnisse der Eltern zu beurtheilen! (Ernte Heiterkeit.) Ich lege mit aller Entschiedenheit Verwahrung ein gegen die Vorwürfe, die dabei gegen die sächsische Justiz erhoben worden sind. Die Gegenüberstellung des Adliger und des Zwickauer Falles verliert wesentlich an Gewicht, wenn ich auf einen Fall hinweise, wo in Dresden ein junger Arbeiter wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, wegen Beamtenverleumdung und ruhestörender Lärm auch auf eine Geldstrafe erkannt worden ist. Es kommt eben ganz auf den individuellen Fall an.

Abg. Dr. Müller-Meinungen ist auf die Beschlagnahme eines Tolstojischen Werkes in Leipzig gekommen. Der Erscheinungsort des Werkes war Leipzig, dies also der für eine notwendig erscheinende Beschlagnahme gegebene Ort. Abg. Dr. Müller sagte, das Buch enthalte einen Extract der Tolstojischen Aufsammlungen. Ich bin nicht so bewandert mit dem Inhalt der Tolstojischen Schriften, aber es liegt doch nahe, daß Aufsammlungen, die das religiöse Empfinden auf das schwerkste verletzen, wenn sie in einem Extract dargestellt werden, eine ganz andre Wirkung und Bedeutung gewinnen müssen, als wenn sie ein mehr oder weniger verborgenes Tafel in verschiedenen Schriften führen. Die Kritik des Abg. Dr. Müller war nicht berechtigt.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Kaiserthum Post- und Telegraphen-Ges.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

Die Hypothekenbanken und die Sicherheit der Pfandbriefe. Unter diesem Titel behandelt Dr. Müller-Kürer in einer im Verlage von Hermann Walthers erschienenen Broschüre die Vorgänge auf dem Hypothekemarkt, im besonderen die Manipulationen bei den vertriehenen Hypothekenbanken. Der Verfasser, der sich einer recht populären Darstellung befleißigt, steht den Reformvorschlägen, die im Anschluß an jene Ereignisse gemacht worden, sehr skeptisch gegenüber, sein Urteil klingt dahin aus, daß schließlich die persönliche Ehrenhaftigkeit des Leiters der Bank die einzige sichere Gewähr für die solide Grundlage des Unternehmens bietet. Dabei ist aber der Verfasser keineswegs der Meinung, daß die Manipulationen, die in der Preussischen und Pommerischen Hypothekenbank das Schwindelgebäude zum Zusammenbruch brachten, nun ein für allemal beseitigt sind, vielmehr hält er die Wiederkehr solcher Vorgänge für gar nicht ausgeschlossen, und wir möchten hinzufügen, sie müssen immer aufs neue dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung wuchern. Es war für uns interessant, daß ein bürgerlicher Kritiker, der die Schäden dieser Bankinstitute und ihrer Geschäftsverbindungen unnahefichtlich bloßlegt, es aufhebt, durch Strafgesetze oder Ueberwachung der Geschäftsführung die Innehaltung eines ehrlichen Handels zu erzwingen und schließlich zu folgendem Schlußsatz kommt:

Davon sind heute alle Kenner der Verhältnisse wohl überzeugt: mögen die Hypothekenbanken jetzt unter dem Druck der Verhältnisse auch alle Vorkehrungen treffen, sobald wieder „gute Zeiten“ kommen und die Krisis vergessen ist, werden sich auch die Spekulationsinstincte der Bank-Vorstände wieder bethätigen, und dann werden wir eine neue Auflage der Spielhagen-Krisis erleben.

Die Verhigungs-Politiker, die nicht das Interesse der Pfandbriefkäufer und das „legitime Kreditbedürfnis der Grundbesitzer“ im Auge haben, sondern das Interesse der Banken allein, pflegen zwar zu behaupten, daß die trüben Erfahrungen der Jahre 1900 und 1901 für alle Zeiten unvergessen bleiben würden, und daß also ein Rückfall der Banken in alte Sünden nicht zu befürchten sei. Aber diesen Versicherungen ist nicht zu trauen. Wo nicht die Einrichtungen in sich die Garantie bieten gegen leichtfertige Geschäftsführung, Unreue und Betrug, da werden neue Menschen auch stets neue Fehler und Verbrechen begehen.

Wie solche Einrichtungen bei den Hypothekenbanken getroffen sind, ist allen Kapitalisten nur dringend zu raten, vor dem Kauf von Hypotheken-Pfandbriefen sich bei Sachleuten in den verschiedenen Wirkungskreisen der betreffenden Bank genau nach deren Geschäftsgewohnheiten zu erkundigen.

Sie wissen jetzt, daß 1. die Hypotheken-Aktienbanken nur private Erwerbsgesellschaften sind, die im scharfen Wettbewerb unter einander und mit andern Hypothekenkäufern stets versucht sind, dem Geldnehmer mehr Kapital zu bewilligen, als sich mit der Sicherheit des Darlehns verträgt, 2. daß die Staatsaufsicht nur formaler Natur ist und keine Garantie gewährt,

3. daß in letzter Instanz persönlich interessierte Männer (Direktoren, Vermittler und Agenten) über die Sicherheit des Pfandbriefkapitals zu entscheiden haben, 4. daß auch die von einer wilden Spekulation beeinflusste Konjunktur des städtischen Grundstücksmarktes den Wert und die Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe beeinflusst,

5. daß also schließlich diesen Papieren grundmäßig keine höhere Sicherheit beizumessen ist, als den Hypothekendarlehenen anderer Aktienunternehmen.

Der Kauf von Hypotheken-Pfandbriefen ist demnach eine „Vertrauenssache“ und verlangt eine sorgfältige Prüfung der emittierenden Bank.

So lange der Wohnungsbau der Privatpekulation ausgeliefert ist, werden die Unsicherheiten auf dem Hypothekemarkt nicht verschwinden, und werden die Hypothekenbanken mehr oder weniger in ihren Bann gezogen. Die Gemeinde kann hier nach zwei Seiten reformierend wirken, einmal die Hypotheken unter eigene Verwaltung nehmen, dann aber durch eignen Wohnungsbau der Spekulation langsam das Terrain entziehen.

Marktpreise von Berlin am 10. Februar 1902

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil. Columns include item name, unit, and price.

Produktionsmarkt vom 10. Februar. Getreide. Die Getreidepreise war feher auf bessere Tendenzberichte aus Amerika und Oesterreich-Ungarn. Mehrere Umsätze fanden jedoch nicht statt, und die nominelle Erhöhung der Vorkriegspreise betrug nur 1/4 R. für Weizen und 1/2 R. für Roggen, der seitens der hiesigen Mühlen gefragt bleibt. Das letztere Wetter vermehrte die Stimmung des Verkehrs kaum zu beeinflussen, da die Saaten seit drei Tagen durch reichlichen Schnee geschützt sind. Amerikanischer Weizen war in bedeutenden Mengen angeboten, aber nicht billiger, während russischer Roggen aus zweiter Hand zu etwas niedrigeren Preisen zu haben ist. Futterartikel lagen ebenfalls sehr ruhig. Hafer loco unverändert fest, Vorkriegspreise 1/2 R. gebekert. Mais behauptet. Rüböl war schwach behauptet. Spiritus 40 Pf. billiger, 70er loco 33,70 R. Schluß für Getreide: Roggen unverändert fest, Weizen etwas schwächer.

Witterungsübersicht vom 10. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Table with weather reports for various stations including temperature, wind direction, and pressure.

Weiter-Prognose für Dienstag, den 11. Februar 1902. Blasser heiter, aber veränderlich mit leichten Schneefällen und mäßigen südwestlichen Winden; nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Dresden 210. Wiederholen Sie die Anfrage. — G. G. 2. Leider nein. — S. H. 18. Nein: ein Arbeiter kann nicht Mitglied zweier Zwangsvereine sein oder einer Zwangslosse und der Gemeindevorstandesversicherung angehören. Zwangslosse, also Kasse, denen der Arbeiter gleichwohl, ob er angemeldet ist oder nicht — kraft Gesetzes angehört, sind: die Knappschaftskassen, die Orts-, die Fabrik-, die Betriebs-, die Bau-, die Jungmänner-Vereine. Wohl aber kann ein Arbeiter einer Zwangslosse und einer oder mehreren Kassen angehören oder einer oder mehreren freien Kassen angehören. Solchen Doppelangehörigen ist, falls nicht das Statut eines hiervon abweichende Vorschrift enthält, das Anrecht so weit zu kürzen, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengelde den vollen Betrag ihres durchschnittlichen Tageslohns überschreiten würde.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 11. Februar.**  
**Opernhaus.** La Traviata (Bisetta).  
**Wendebühne.** Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Die Schwestern.  
**Schiller.** Der Jongleur. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Timon. — Der Hahn. — Die Fahrt über den Styr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig.** Das Glüd. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Verliebt. Vorher: Furcht vor der Schwiegermutter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Coralie u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Wetzer.** Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Seccionbühne.** Delleo Sitten-cron's Bunte's Breitt. Anfang 8 Uhr.  
**G. v. Wolzogen's Bunte's Theater (Heberbreitt).** Anfang 8 Uhr.  
**Schall und Rauch.** Vorstellung der Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.  
**Trianon.** Lebende Heber. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Poette Guilbert mit ihrer Gesellschaft. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Suisen.** Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die drei Wünsche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Belle-Alliance.** Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Cyphens.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Hollo.** Waffenspiel des Central-Theaters. Das süße Mädel. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Casino-Theater.** Lustige Brüder. Grotto. — Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.  
**Vollage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Vollage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kischbühnen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theater um 8 Uhr.)  
**Frühlingstage an der Riviera.** Im Hörsaal um 8 Uhr: Die geologischen Wirkungen des Wassers und des Windes.  
**Invalidenstr. 57/62.**  
**Tägl. Sternwarte.**

## Urania.

**Tauben-Strasse 48/49.**  
**Im Theater um 8 Uhr:**  
**Frühlingstage an der Riviera**  
**Im Hörsaal um 8 Uhr:**  
**Die geologischen Wirkungen des Wassers und des Windes.**  
**Invalidenstr. 57/62.**  
**Tägl. Sternwarte.**

**Castans Panoptikum**  
 Friedrich-Strasse 165.  
 Der König der Kraftturner (der stärkste Mann der Welt), der Berliner  
**Alex Meyer**  
 hebt 300 Pfund Scheibstange!!  
 Neu!! Tiroler Sänger- u. Schuhplattler-Gesellschaft aus Innsbruck.

## Metropol-Theater

**Thomas, Bender, Josephi.**  
 Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:  
**'ne feine Nummer!**  
 Burleske Ausstattungsspiele mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.  
 Im 4. Bilde:  
**Frauchens Weihnachtstisch.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.

## Palast-Theater

(früher Fein-Palast)  
 Durchstr. 22.  
 Direktion: Winkler u. Fröbel.  
 Zum 1. Male in Berlin  
**Les Helssard.** Kunst-Radfahrer auf der 30 Fuß hohen Luft-Schwebebahn.  
 Einzige existierende Nummer.  
 Um 9 Uhr! Großer Erfolg  
 Direktor Wilhelm Fröbel in der Ausstattung-Operette  
**Die süßen Mädel.**  
 Dazu das große glänzende  
**Februar-Programm.**  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Billet-Souvenir u. 11-1 Uhr.

## W. Noacks Theater.

Wormenstr. 16.  
**Die Haubenherche.**  
 Schauspiel in 4 Akten v. Wildenbruch.  
 Heute: **Tanzkränzchen.**  
 Mittwoch:  
**Sofasso und seine Familie.**

## Passage-Theater.

Anfang 5 Uhr. Anf. des Abendprogramms 8 Uhr.  
**Ganz Berlin spricht von der lebensfähigen Lola Gray**  
 in dem erschütternden Mimosendrama:  
**Der Bajazzo und sein Kind.**  
 Der wunderbare Imitator von Otero und Fougère  
**Lanzetta.**  
**Damenlufteampf.**  
 5 Sisters Wanton.  
 16 erstklassige Nummern.

## Apollo-Theater.

Gastspiel des Central-Theater-Ensembles  
**Das süße Mädel.**  
 Ferner: Arvida Svenssen.  
**The Leamy-Truppe.**  
 Beginn der Spezialitäten 7 1/2 Uhr.  
 Beginn der Operette 8 Uhr.

## Casino-Theater.

Lothringerg. 37.  
 Gastspiel **Wilhelm Richter** in der Gesangs-Operette **Lustige Brüder.**  
 Dazu **„Chelios“** und das sensationelle neue Programm.  
 Anfang Wodent. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.  
 Sonntagnachm. 4 Uhr: Mutterigen.

## Reichshallen.

Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang Wodent. 8 Uhr.  
 Sonntag 7 Uhr.

## Schall und Rauch (Kleines Theater)

Unter den Linden 44.  
 Dienstag, 11. Februar, ab. 8 1/2 Uhr:  
**Vorstellung vor Serenissimus**  
 Neues Programm.  
**E. von Wolzogens**  
**Buntes Theater (Heberbreitt)**  
**Köpnickerstr. 68.**  
 Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 8 Uhr:  
**Linu Abarbanell.** Neut Ateller-spuk, Pantomime von Richard Wendringer. Musik von Ludw. Schytte. Nora. Nachbar. Satirisches Schattenbänkel.

## Trianon-Theater.

Georgenstrasse, Ecke Universitätsstr.  
 Madonnenschein. Lebende Lieder.  
 Anf. 8 Uhr. Parkott 2 M.

## Charivari-Theater.

**Alte Jakobstr. 37.**  
 Neues glänzendes Februar-Programm.  
 Popi Weiss Mizzi Braun  
 Lotte Sebus Albert Kühne  
 Max Reichard u. a.  
 1/2 Uhr Nachm.-Vorstellung zu halben Preisen.  
 1/8 Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.

## Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
 Grösst. Vergnügungsort Berlin  
 Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung  
 Tägl. Anstich des „Urbock“  
**Bockbier-Jubel u. Trubel.**  
 Ausschank:  
 Berliner Bock-Brauerei.  
 Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

## Indische Menagerie

im Exerzierhaus  
 (am Brenzlauer Thor)  
 Lothringergasse 1-7.  
 Täglich 3 große Vorstellungen, 1, 6 und 8 1/2 Uhr. Dreifach mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie  
**Löwen-Ringkampf**  
 und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.  
 Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.  
 Die Direktion: Frosse.

## Cirkus A. Schumann.

Heute Dienstag, den 11. Februar, abends präc. 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
 Kolossaler Erfolg der sensationellen Februar-Spezialitäten.  
 Jede Nummer ein Schlag.  
 U. a.: Phänomenal! Novität.  
**L'écuyère lumineuse?**  
 Reu! In Feuer und Klammern.  
 Ferner: Der einzig dastehende Original-Akt des Mons. Edouard Sosmann.  
 Direktor W. Schumann anerkannt unerreicht dastehende Original-Attraktionen. U. a.: Reu! Die mystischen Hengle. Reu! Pferde als Akrobaten.  
 Zum Schluß zum 13. Male:  
**Die große Ausstattungs-Pantomime v. Hofballmeister A. Biens**  
**Mephisto**  
 ca. 500 Mitwirkende. 2 Musikorchester.  
 Besonders hervorzuheben: Der märchenhaft schöne Akt: **Im Reich der Liebe.** Der Hegen-Zerath auf dem Hochberge Genus auf Orden. Fausta Höhenritt.  
**Das Hexen-Trampolin.**  
 In dieser Höhe noch nie gezeigt worden etc. etc.

## 5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

**Backware**  
 6 Stück für 10 Pf.  
**Abrechts Bäckereien:**  
 Wrankestr. 9, Krankestr. 19, Galtensfelstr. 28, Sauffigerstr. 2.

## Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
 Wodentags 7 Uhr. Nur erstklassige  
 Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hatt.**  
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

## Louis Kellers Festsäle

Roppenstr. 29.  
**Jeden Dienstag:**  
**Norddeutsche Sänger**  
 (Fahmann, Horst, Walde).  
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 52322\* Nach jeder Soliste:  
**Familien-Kränzchen.**  
 — Bonus haben Mitglieder. —  
 Jeden Mittwoch: **Berliner Prater, Sasanien-Allee.**

## Cirkus Busch

Dienstag, den 11. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung. Klondike. Orig. Pantomime des Cirkus Busch und neue großartige Spezialitäten.

## Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
**Eine Theaterprobe.**  
 Nach jeder Soliste:  
**Tanzkränzchen.**  
 Am Feiertagsdienstag:  
**Extra-Fachnachmittags-Vorstellung**  
 und **Sonntags-Tanzkränzchen.**  
 Entree wie gewöhnlich. Tanz frei.

## Masken-Garderobe

von **Carl Ernst,**  
 Köpnickerstr. 126, 1 Tr.  
 Grösste Auswahl!  
 Billigste Preise!  
 Vorzüge dieser Annonce: erd. 10 % Freiermäßigung.

## Nicht

**Rheumatismus, Gallenstein, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh., Blutandrang**  
 ist vielseitig ärztlich empfohlen — ohne Nebenwirkung —  
**Honhaupts Citronensaftkar**  
 mit naturheilverträglichen milden Citronensaft von reifen Citronen als „Citromon“ gez.  
 Berlin und nächste Vororte sende 1 Flasche „Citromon“, d. l. Saft von 10 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilod. d. l. Saft von 50 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Anwarts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Kapseln und Dankschreiben vieler Geheilten.  
 Täglich frische Pressung.  
**P. Honhaupt, Berlin P.**  
 Schönhauser Allee 177.  
 Fabrik sanitärer Spezialitäten.  
 Sonst nirgends weiter.  
 Telefon: Amt III. No. 58.

## 1 1/2 Millionen Mk.

und mit einem Los zu gewinnen.  
 Jedes Los mündlich ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Einlös, daher bei Auslosung kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Klassenlose. Geheißt: **Rein Schmeißel!** Jeder Übergang ist erst und wertigste Preisgeld.  
**P. Seidenfaden,**  
 Mühlweg 181 (Teglinger).

## Steppdecken

billig in **Fabrik Oranienstrasse 158.**  
 Katalog der **Emil Lefèvre, Berlin.**

## Dr. Simmel, Pricenstr. 59.

Spezialarzt für **7/19 Haut- und Nierenleiden.**  
 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

## Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15

(Grosser Saal):  
**Sonntag, den 16. Februar 1902**  
**Konzert der Berl. Tonkünstler-Vereinigung.**  
 Anfang 6 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. inkl. Tanz.  
 Billetts im Vorverkauf a 40 Pf. bei Müller (Musikalienhandlung), Moritzplatz, sowie in der Cigarrenhandlung Horst, Engel-Ufer 15, im Restaurant des Gewerkschaftshauses und in den Buchhandlungen der „Neuen Volksbühne“.

## Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Sonntags, den 15. Februar 1902, in der Königsbau, Große Frankfurterstr. 117,  
**Großer Wiener Maskenball,**  
 veranstaltet vom  
**Interessenverein der Kistenmacher Berlin und Umgegend.**  
 Um 12 Uhr Demaskierung, nachdem Kaffeepause.  
 Anfang 8 Uhr. Billetts a 50 Pf. sind im Arbeitsnachweis, Breslauerstr. 28, und bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Es ladet freundlich ein.  
 NB. Gleichzeitig sei darauf aufmerksam gemacht, daß an diesem Sonntagabend der Jaglabend ausfällt. Nächster Jaglabend Sonnabend, den 22. Februar. 1902.  
 D. C.

## Märkischer Hof, Admiralstr. 18c,

sind noch mehrere Sonnabende im Monat März Saal zu 150 Personen zu vergeben.  
**Jeden Sonntag: Grosser Ball**  
 bei gut besetztem Orchester.  
 Möring Nachfolger.

**Patzenhofer Bock!**  
 Der Ausstoss unseres diesjährigen  
**Bockbieres**  
 hat begonnen.  
**Patzenhofer Brauerei**  
 Spandau Berlin Fürstenwalde

**van Houten's Cacao**  
 Das beste tägliche Getränk!

**Berliner Stadt-Brauerei**  
 III, 8884. 4 Belforterstr. 4. III, 8884.  
 empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen eingebrauten Biere:  
**Bock-Bier!**  
 Lagerbier (goldgelb), Versandbier, 30372\*  
 Prälatenbier (Münchener Art), Pilsener (hochfein).

**Galerie 20 Pf. berühmter Frauen**  
 in zwanglosen Seiten.  
 Zeit 1 bis 3 durch jede Buchhandlung zu beziehen, sowie direkt von Goldsteins Verlag, Nowawes 5, Potsdam. [2135]

**36 Mk. elegante Winter-Paletots.**  
**30 Mk. hochfeine Herren-Anzüge.**  
**12 Mk. schwere Winter-Beinkleider.**  
 Ausfertigung nur nach Maß.  
 Guter Stoff, tadelloser Sitz. [33711].  
**14 Krausenstr. 1-4,**  
 1 Tr. kein Laden, 1 Tr.

**Charlottenburg.**  
**F. Kunstmann, Wallstr. 1.**  
**Uhren und Goldwaren!**  
 Grossartige Auswahl!  
 Billigste Preise! Reelle Garantie!

**„Albanin“** verleiht der Wäsche einen prachtvoll schimmernden Glanz. Reichliche Anwendung und Schonung der Wäsche. Durch öftentl. Verträge allgemein bekannt. Ueberall zu haben, wo Wäsche erhältlich. — Bis Ende d. Wts. täglich von 3-4 nachmittags werden gratis Proben vorgegebenen Qualitätsgröße 24 u. 1 Wiener Nachleher.  
**Frauenarbeit**  
**Dr. med. Schaper**  
 hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Nierenleiden, Frauenkrankheiten.**  
 Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.  
**Dr. Schünemann,**  
 Spezialarzt für **Haut-, Horn- und Nierenleiden, Syphilis.**  
 Sprechstunden: 1/2 12-1/3, 1/2 6-1/2.

## Betriebswerkstätte für Knaben-Konfektion Gustav Laaser, Knaben-Anzüge in größter Auswahl zu Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Grosses Stofflager.

**Achtung! Gewerkschaften und Vereine. Achtung!**

**Saal**

mit oder ohne Bühne und großen Nebenräumen, 500 Personen fassend, zu Festlichkeiten, Versammlungen, Vorstands-Sitzungen etc. zu vergeben.

**Palmsonntag, Charfreitag, 3. Speisefest, sowie 1. Mai** noch frei.

**O. Spiegelberg, Sebastianstr. 34.**

**Zähne 2 Mk.** 10 Jahre Garantie.

Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.

Pfomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtz. Gebisse

**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**

(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

**2. Ziehung 2. Klasse 206. Kal. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 10. Februar 1902, vormittags.

Nur die Gewinne über 116 Mk. sind hier verzeichnet.

Klassen in Klammern beigefügt.

(Daneben werden...)

65 76 120 44 518 85 89 421 36 653 666 74 857  
 1271 479 708 829 301 2079 425 27 523 39 3389 433  
 869 4142 235 306 487 709 56 71 802 9 38 61 83  
 907 31 5496 753 812 14 83 918 6227 63 60 452 615  
 7439 67 528 673 814 8143 308 82 509 767 99 912  
 0922 122 479 515 981 708 61 76 843 926  
 10300 183 213 525 662 66 783 833 60 961 11000  
 47 273 384 416 681 770 963 12013 28 45 142 326  
 647 49 88 966 63 91 13010 61 76 100 225 73 308  
 428 60 648 96 792 847 59 14143 589 702 74 803  
 7 13 40 991 15091 191 236 43 57 432 13001 841  
 16084 211 99 353 459 396 93 17002 175 378 497 83  
 578 67 704 82 62 18003 115 76 435 46 81 548 68  
 69 89 709 87 13007 19087 133 72 235 684 882  
 20084 1300 236 303 6 453 82 517 630 749 828 39  
 633 93 21174 207 72 614 80 22043 105 297 387 409  
 877 78 807 903 45 95 23000 51 135 342 414 654 702  
 9 898 92 967 89 24004 365 84 516 717 711 28 973  
 25029 167 94 203 57 402 814 76 957 21611 221  
 323 28 400 94 535 672 75 86 802 27088 254 633 898  
 900 28011 54 135 95 283 386 98 488 546 98 788 818  
 78 292 8 29007 25 50 274 337 487 504 52 721 91  
 93 98 993  
 30011 27 44 186 259 477 500 53 79 623 981 31005  
 263 227 49 414 24 509 87 799 869 37 22017 94 308 528  
 712 50 838 33049 108 20 212 24 51 369 417 542  
 32431 587 737 67 845 973 35182 299 308 446 602 72  
 742 63 92 800 39004 83 186 206 86 764 887 693  
 37130 57 202 385 444 68 536 663 962 38420 720 94  
 845 36255 432 601  
 40010 35 94 419 67 41081 208 15 58 79 94 413  
 63 73 865 734 42089 282 332 415 501 43 51 643 86 941  
 43002 274 74 88 310 73 88 435 619 738 819 927  
 44017 159 244 63 91 715 829 96 942 98 45135 298  
 312 799 878 955 46088 99 123 74 88 374 456 599 685  
 700 82 857 75 84 924 39 98 47018 124 372 435 519  
 705 852 901 36 48149 65 409 50 981 95 49149 388  
 402 55 93 666 714 75 99 846  
 50081 259 644 810 921 12091 58 51087 280 372  
 58 498 531 75 90 640 971 52081 58 59 199 239 98  
 170 81 467 606 88 832 52087 121 335 476 595 39  
 154779 82 241 310 489 578 774 816 28 99 919 55032  
 495 76 536 856 993 70 56143 377 547 51 63 83 99  
 618 14 791 896 57001 105 477 731 91 838 92 58013  
 16 69 211 47 389 602 812 12001 59231 130 73 722  
 945 16  
 60022 190 338 474 687 71 823 915 61019 21  
 368 585 783 812 74 981 62037 178 236 327 780 88  
 801 71 999 63021 139 351 459 565 706 843  
 90 371 454 532 83 981 65037 123 328 466 747 73  
 830 66017 40 743 80 87 870 909 21 67178 017 77  
 612 70 800 501 38 88033 132 63 239 322 417 37  
 13001 576 688 74 731 983 69137 80 211 18 223 39 459  
 527 63 666 846 69 903 110001 00  
 70020 176 96 808 924 71039 308 54 91 481 716  
 13 72097 90 118 89 270 310 41 424 87 631 773 74  
 984 72097 108 33 82 214 345 402 16 12001 17 671 709  
 923 74534 63 291 416 518 688 841 2801 75097 282  
 530 648 730 620 949 76004 82 83 285 339 690 747  
 899 77318 492 602 45 976 931 59 78049 66 140 91  
 235 34 74 94 468 554 79896 108 31 54 275 99 633 776  
 80221 327 429 51 529 52 56 92 700 832 83 81299  
 329 426 34 82 577 710 878 82066 333 507 98 973  
 83045 292 402 63 563 656 740 84006 211 63 304 339  
 80 07 660 833 70 85099 108 18 48 13601 407 528 76  
 637 94 90 731 84 850 982 86087 89 262 86 499 688 608  
 60 707 54 883 890 87091 86 184 206 9 35 321 84 96  
 454 537 617 70 78 867 942 83 88195 308 73 91 481 599  
 89043 186 229 453 506 955  
 90042 132 253 462 509 19 63 70 614 51 748 88 817  
 44 933 80 91099 299 375 454 75 88 150001 720 860  
 062 66 92028 139 60 312 400 337 989 93012 103 10 210  
 074 902 94515 51 77 719 79 905 95097 145 267 314  
 50 452 515 46 814 40 67 79 96067 293 70 351 99 551 839  
 97007 183 367 18 543 892 98587 894 917 50 99089  
 89 345 325 607 749 80 927  
 100174 216 68 402 13001 68 624 73 724 57 75 883  
 057 101028 43 320 471 84 674 102201 334 440 603  
 61 12001 741 886 97 103149 235 96 67 82 476 501 3  
 07 612 18 104002 108 45 209 45 304 22 540 41 63  
 692 35 804 923 54 87 105895 233 381 529 831 832 92  
 106005 208 509 024 82 707 822 925 26 84 107216 32  
 313 674 702 8 831 41 108112 37 331 479 629 54 803  
 610 47 83 108935 401 623 733 931 12001  
 110884 287 399 538 697 722 814 948 111122 300  
 328 47 49 619 40 913 70 80 112032 85 181 203 35 318

76 402 113015 80 124 454 91 527 620 44 60 718 16 07  
 889 114009 209 35 69 339 573 690 799 12001 859 985  
 115136 360 420 92 69 736 116005 116 17 40 478 809  
 804 950 117 38 218 310 590 688 800 920 34 118024  
 121 259 83 677 793 946 84 87 119020 214 819 23 98 425  
 89 695 777 11000 79 800 12001 34  
 120085 157 276 413 538 121328 423 592 635  
 122202 12 82 98 475 841 123235 70 412 99 519 29 725  
 53 68 124328 46 484 637 91 761 927 125173 894 633  
 829 126248 384 339 81 641 81 803 44 918 12001 52 57  
 127111 243 190 28 603 42 763 865 128117 38 47 73  
 238 331 65 90 724 841 61 129015 19 53 60 333 551 35  
 622 23 89 383 915 18  
 130084 230 42 356 468 582 672 834 131104 27  
 240 74 398 417 44 47 508 723 37 873 932 132067 91  
 700 414 60 530 51 139148 356 524 48 605 27 13001 37  
 708 854 60 134013 821 135091 946 485 588 97 085  
 734 587 880 136248 335 413 63 664 86 826 71 137086  
 217 328 44 408 885 854 78 138072 150 82 428 609 681  
 74 978 139184 274 88 372 411 91 611 703 9 832 943  
 44 72  
 140005 100 203 70 93 380 493 678 750 80 141012  
 122 292 432 60 606 142121 23 38 51 60 247 489 519  
 54 81 709 98 824 90 143128 273 605 36 36 838 71 918  
 144053 123 226 337 49 672 76 80 800 90 911 17 145180  
 89 224 37 78 303 31 44 471 80 547 70 890 146102 214  
 91 311 552 61 834 80 147081 602 79 692 32 769 818  
 74 87 925 44 148017 22 200 348 530 58 711 674 149013  
 182 212 343 79 429 518 422 37 34 79  
 150078 195 319 409 510 151001 12 301 18 453  
 738 930 152114 33 258 81 328 80 400 593 6 53 83 804  
 7 79 153010 33 229 84 533 658 857 89 154007 139  
 909 486 898 714 155003 32 61 282 82 908 156088  
 342 82 420 66 716 968 74 908 157062 64 123 854 705  
 158035 107 15 283 441 62 644 159006 148 301 483  
 585 616 762 890 910  
 160137 221 729 877 161025 41 155 309 31 873  
 654 771 91 848 995 162044 82 112 990 62 62 375 794  
 713 851 68 93 163150 240 452 611 91 93 1326 813  
 60 71 164035 79 327 436 65 923 165052 738 420  
 624 41 830 920 57 166128 312 66 57 67 558 671 61  
 714 855 167128 308 427 64 512 674 525 91 168107  
 35 262 407 169122 72 622 82 634 95 742 852 98 927 169033  
 115 261 481 63 553 614 47 745 83 833 44  
 170090 72 113 376 611 620 716 823 171097 269  
 90 332 478 84 99 503 614 18001 64 67 723 83 871 172013  
 570 902 88 777 904 173588 418 67 737 818 174079  
 129 80 234 71 396 538 53 71 638 69 659 175048 59  
 109 17 51 293 416 18001 40 85 778 176300 147 48 459  
 600 725 81 262 177384 344 63 401 37 88 518 41 62  
 662 707 178048 49 431 54 12001 877 92 179093  
 126 62 98 231 37 63 627 69  
 180133 50 308 460 723 827 915 65 181092 270 403  
 686 740 830 993 182026 62 244 62 581 801 818 649  
 183000 31 108 486 515 768 18901 79 184017 61  
 81 111 67 720 29 68 899 028 185018 82 139 238 84  
 324 29 90 719 95 99 819 955 186004 122 70 217 479  
 690 776 826 900 187155 226 83 406 646 926 13001  
 188190 12001 213 701 67 832 979 189012 76 74 93  
 240 369 687 882 933  
 190030 120 268 312 583 625 85 904 191430 617  
 716 29 820 81 978 192003 294 351 420 28 40 673 62  
 732 70 824 73 908 77 192029 41 132 89 273 495 552  
 692 726 193038 109 297 49 313 61 804 608 742 66 234  
 99 914 44 195013 268 890 661 783 839 65 196246  
 94 388 523 698 28 51 92 767 19001 849 197034 35  
 219 67 424 45 312 739 62 900 17 25 45 193120 207  
 714 81 918 199071 269 89 382 37 892 712  
 200111 911 59 201121 49 78 295 314 48 66 459  
 525 666 731 202029 150 282 304 22 406 61 63 75 721  
 63 887 203028 271 511 655 721 29 204039 103  
 418 549 721 611 54 966 79 205036 232 92 533 86 437  
 51 508 25 870 779 28 206033 107 13001 252 502 15 632  
 207029 268 566 88 404 679 757 815 930 87 208079  
 103 54 804 667 752 921 28 77 89 209031 410 25 77 13001  
 535 80 709 759 898 904 31 2001 88  
 210080 197 377 89 479 50 70 797 853 61 13001  
 211202 306 60 400 35 673 702 6 806 10 73 99 947  
 212036 279 488 602 883 962 213376 505 629 79 85  
 170 32 93 861 64 77 214028 120 36 46 305 84 677 708  
 813 215011 91 395 585 609 972 216119 370 415 40  
 545 640 874 91 983 217070 121 220 79 431 72 546 628  
 898 17 994 218126 477 524 43 890 958 77 219066  
 199 256 79 326 62 528 38 615 732 59 96 904 947  
 220058 449 734 61 954 94 221045 64 189 233  
 395 86 446 96 878 704 813 45 914 88 222037 41 105 69  
 500 704 836 77 834 223584 603 730 88 224019 299  
 336 71 460 641 62 687  
 Im Jahre 1901 verzeichnet: 1 Gewinn zu 30000 Mark,  
 1 zu 10000 Mark, 1 zu 5000 Mark, 3 zu 1000 Mark, 5 zu 1000 Mark,  
 1 zu 500 Mark.

**2. Ziehung 2. Klasse 206. Kal. Preuss. Lotterie.**

Ziehung vom 10. Februar 1902, nachmittags.

Nur die Gewinne über 116 Mk. sind hier verzeichnet.

Rummern in Klammern beigefügt.

(Daneben werden...)

74 478 12001 683 727 819 30 609 1156 436 530 40  
 748 94 578 80 941 2191 255 354 453 63 87 614 713 809  
 944 92 12001 3157 218 69 80 324 91 71 76 414 23 517  
 676 796 890 87 92 919 4129 299 307 11 462 919 623  
 790 986 97 5248 434 58 69 556 62 608 711 14 32 61  
 800 6028 159 253 691 24 74 969 7048 197 305 462  
 528 609 751 8187 89 273 24 382 412 624 32 110001 93  
 700 800 9025 320 27 40 427 518 817 919 11109 424  
 10096 257 320 27 40 427 518 817 919 11109 424  
 611 61 958 12154 204 393 357 68 984 13079  
 141 67 272 572 765 804 14543 155 222 307 98 12001  
 418 83 789 842 63 70 15182 332 441 510 16018  
 128 70 230 47 451 785 871 17151 318 67 76 830 721  
 995 18021 187 342 80 437 513 41 837 66 912 19353  
 420 72 867 943  
 20011 102 413 632 13001 702 19 54 64 842 21094  
 110 259 436 40 77 597 607 10 802 31 22049 81 104  
 226 94 343 444 53 581 13001 600 43 744 884 971 23198  
 244 443 518 24026 70 114 498 915 30 25154 55 302 9  
 461 656 820 51 981 26028 97 176 89 280 385 402  
 140 389 551 83 906 99 36030 48 194 217 375 408  
 509 12001 700 825 42 37093 316 419 815 31 901  
 38150 227 381 475 772 845 998 390305 201 92 608  
 82 789 99 835 47  
 40148 53 217 460 65 68 83 516 619 50 736 79  
 744 966 41065 313 13001 597 684 796 62178 425  
 699 720 825 65 130000 43001 101 351 71 429  
 43 85 820 911 16 19 54 44043 48 79 98 308 453  
 690 808 908 69 45014 35 215 429 44 516 808 876 70  
 631 48110 19 335 410 12 43 521 690 747 76 887  
 47000 28 429 40 61 78 54 25 48107 99 213 97 384  
 492 542 89 696 730 110001 810 96 937 45 49003 28  
 179 80 208 110000 47 309 85 531 713 978 77  
 50248 300 593 706 61021 39 329 366 548 547  
 63 918 52426 154 788 967 86 53000 215 19 410 528  
 69 699 745 71 801 54255 378 457 505 55188 263  
 88 399 533 62 646 738 389 54104 299 297 45 683  
 57000 159 456 78 775 834 697 58075 56 213 38 49  
 74 309 519 65 88 665 92 811 19 59012 120 93 264 76  
 418 34 529 50 612 822 902 474 61093 278 516 72  
 60378 79 621 755 899 974 61093 278 516 72  
 630 892 62005 144 269 786 452 704 8 28 43 836 945  
 74 98 63045 75 164 356 64 554 643 737 835 15001 961  
 70 64056 57 12001 75 202 95 411 514 29 607 51 803  
 6 19 12001 27 982 65067 210 14 313 17 43 427 81 804  
 220 65 852 86078 89 299 323 679 721 67115 218 55  
 266 442 72 879 33 91 69012 51 268 70 369 590 73 83  
 13001 636 92 96 908 69170 383 84 97 470 803 17 857  
 919 49  
 70058 78 205 25 527 12001 695 871 71042 102 14  
 05 260 61 983 7202 84 84 327 913 79 73228 337  
 415 279 628 13001 87 74057 180 214 54 87 807 87 92  
 655 740 531 67 76367 74 98 13001 834 70 835 63 84  
 76228 445 54 58 842 77075 172 222 513 76 751 842  
 944 78118 290 425 510 33 775 987 79004 12001 67 210  
 94 313 78 472 882 911  
 80050 90 92 446 832 33 35 66 783 870 81289 356  
 543 937 60 32100 79 219 334 42 600 60 66 795 897  
 993 97 55157 89

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Das Brandenburger Haus in der Mohrenstr. 47 steht der Arbeiterschaft von jetzt ab unter den besten Bedingungen zu Versammlungen usw. zur Verfügung.

Ueber die Politik der Socialdemokratie wird Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine am heutigen Dienstagabend 8 1/2 Uhr in einer im Kronprinzen-Zelt (Zell Nr. 1) stattfindenden Wahlvereins-Versammlung des ersten Kreises sprechen. Nach vielen Jahren ist dies die erste Versammlung, die wieder in den Zelten stattfindet. Man oegiere für guten Besuch.

Wahlverein Graß-Lichterfelde-Lankwitz. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokale Chausseestr. 104: Vereinsversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung der kommenden Landtagswahlen. Referent: Genosse Wegler. Diskussion. Die bevorstehenden Kommunalwahlen.

Ober-Schöneweide. Die Versammlung des Wahlvereins findet Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Kaufhof, Wilhelmshofstraße 18, statt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Lokales.

Die elektrische Hochbahn

So, wie wir am Sonnabend mitteilten, in etwa acht Tagen für das Publikum eröffnet werden. Probezüge werden schon jetzt jeden Tag abgefahren und nehmen die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch. Gestern war uns Gelegenheit geboten, an einer solchen Fahrt teilzunehmen. Der Zug von drei Wagen ging zunächst von der Station Potsdamer Bahnhof nach der Station Zoologischer Garten. Diese Fahrt dauerte sechs Minuten. Dann fuhren wir ohne sonderlichen Aufenthalt die ganze, wenn wir nicht irren, 10,1 Kilometer lange Strecke der Hochbahn bis zur Oberbaumbrücke in 17 Minuten durch, um hierauf in einer 12 Minuten währenden Fahrt nach der Ausgangstation am Potsdamer Bahnhof zurückzufahren. Auf der Stadtbahn durchfährt ein Zug die 19,6 Kilometer lange Strecke Westend-Stralau-Nummelsburg, welche 14 Stationen zählt, in 47 Minuten. Als höchste Fahrgeschwindigkeit ist für die elektrische Hochbahn 50 Kilometer in der Stunde vorgeschrieben; nach der gestrigen Probe dürfte die Hochbahn, selbst wenn man den wahrscheinlich nur ganz kurz bemessenen Aufenthalt auf den 13 Stationen in Betracht zieht, die Fahrgeschwindigkeit der Stadtbahn inwiefern noch um ein gutes Stück übertreffen. Folgende zehn Zwischenstationen sind auf der Hochbahn eingerichtet: Stralauer Thor, Schlesiendes Thor, Götlicher Bahnhof, Kottbusser Thor, Prinzenstraße, Halleisches Thor, Mödernerstraße, Potsdamerstraße, Rosendorferplatz, Wittenbergplatz. Zwischen dem höchsten Punkt der Bahn auf dem sogenannten Anschlußdreieck und dem niedrigsten in der Gartenbergstraße ist ein Höhenunterschied von ungefähr 20 Meter; im allgemeinen ist die Steigung der Bahn auf freier Strecke 1:100, also durchaus mäßig.

Die Schwierigkeiten, welche beim Bau auftauchten, die hohen Anforderungen, welche an das Können der Techniker und Arbeiter gestellt wurden, alles dies haben wir seiner Zeit gewürdigt, und es ist wohl nicht mehr notwendig, darauf jetzt noch einmal im einzelnen zurückzukommen. Als eine in ihrer Art wohl einzig dastehende Leistung ist aber das Anschlußdreieck auf dem essenbahnunfalligen Gebiet in der Nähe des Potsdamer Ringbahnhofs zu betrachten. Auf eine sinnreiche Weise hat man hier die drei in Betracht kommenden Gleisstrahlen übereinander hinweggeführt, so daß es ausgeschlossen ist, daß beim Kreuzen ein Zug mit dem andern zusammenstößt. In der Mitte des Anschlußdreiecks steht ein Turm, worin sich das elektrische Stellwerk befindet, das für einen sicheren Betrieb, so weit es überhaupt menschenmöglich, Gewähr bieten soll.

Es fährt sich durchweg ruhig und glatt in den Wagen der Hochbahn. Das Bremsen geht ohne Beschwerden für das Publikum von statten; und scheint es, daß man an einzelnen besonders starken Kurven einen kleinen Stoß in den Knien nehmen muß. Den leidigen Klassenstandpunkt hat auch die Hochbahnverwaltung nicht aufgegeben. Die beiden äußeren Wagen sind solche dritter Klasse, während der mittlere einer zweiten Klasse ist. Er ist dunkelrot lackiert und hat rotgepolsterte Sitze; die gelben Wagen der dritten Klasse haben Holzbänke. Angleich den neueren Wagen der Straßenbahn sind nur Langsitze eingerichtet, so daß die Fahrgäste ihren Köpfen dem Fensterrahmen müssen. Uns will scheinen, daß Wagen der neuen Art angenehmer gewesen wären. Scheißt scheinen die Wagen nicht zu sein. Ein bischen unklar kam uns die Platzfrage vor. Die Wagen der zweiten Klasse haben, wenn wir recht unterrichtet sind, 44 Sitzplätze, die der dritten Klasse hingegen, einer Aufschreibung im Wagenraum zufolge, 39 Sitzplätze und 27 Stehplätze. Wir gehören nicht zu den Leuten, die in Waggons ausbrechen, wenn in Stadtbahnwagen die Fahrgäste wie Polsterlinge zusammengepackt sind; es ist in den meisten Fällen immer noch besser, un bequem zu fahren, als überhaupt nicht befördert zu werden. Die 27 Stehplätze im Hochbahnwagen kommen uns aber doch als regelmäßige Einrichtung ein bißchen ungenüßlich vor. Der Führerstand ist mit Glasfenstern versehen und soll bei jedem Wetter einen ausreichenden Schutz gewähren. Daß wir die Nichteinführung des Zehnpendler-Tarifs für einen Fehler halten, dessen Folge Publikum und Verwaltung gleich unangenehm zu spüren bekommen werden, das haben wir erst vor kurzem gesagt. Hier hätte die Hochbahn der „Großen“ nachfolgen und Stadt- und Ringbahn mit gutem Beispiel vorangehen sollen.

Der Winter ist jetzt in voller Schönheit gekommen. Ein Vierteljahr lang blieb er schüchtern vor der Thüre; er ließ Regen und Matsch ihr Spiel treiben und mochte uns sein oft so strenges Reglement ganz verzeihen. Auch jetzt, wo er den Schneefall brachte, läßt er die Härte unterwegs und zeigt sich nur von seiner angenehmen Seite. Er ist in der Eleganz, mit der er auftritt, sozusagen ein Salonwinter und erinnert in seinem geschmeidigen Wesen an jene Tiroler, die auf den Alpenköstümchen ein sadenscheiniges Dasein führen. Mit den ein oder zwei Grad Kälte mahnt er unter den Strohen der schon etwas angewärmten Februarsonne gar sehr an die Berggänger aller Zeiten. Es kommt noch hinzu, daß der Mensch in der Großstadt alles thut, um durch Schneehäufchen die Spuren des Winters im Straßenleben zu vertilgen, selbst auf den Dächern findet die Gabe der Frau Holle keine bleibende Statt.

Aber dennoch kann der Berliner den Winter jetzt in aller Herrlichkeit schauen, wenn er 10 oder 20 Pf. daran riskiert. Eine Fahrt auf der Stadt- und Ringbahn bis Schmaragdendörf oder gar bis Station Grunewald zeigt ihn uns in poetischer Verklärung. Weit und breit liegt die Schneedecke über den Feldern ausgebreitet, ein Häßlein eilt hier und da über das blendende Weiß und macht nach einigen temperamentsvollen Sähen plötzlich sein Männchen. Auf den Seen und Pfäßen, die wir häufig in fließendem Moor finden, tummelt sich die Jugend im Schlittschuhlauf. Und nun erst, wenn wir über Halensee oder Schmaragdendörf den Grunewald erreicht haben. Dort beugen sich die Kette der Kiefern unter der weißen Last; jeder Sonnenstrahl wird tausende Diamanten zum fliegenden Regen, und der Fuß scheint sich fast, durch seinen Lärm die einzige Frucht zu erweihen. Und nun, wenn die Hehe und Hirsche

in Rudeln von zwanzig, dreißig herankommen, schlüchtern den Menschen anbliden und gern den Vrosamen nehmen, den seine milde Hand ihnen hinwirft. Ja, der Winter ist schön in seiner jetzigen Gestalt; man muß ihn nur zu entdecken verstehen!

Die Badeanstalt in der Oberbergerstraße. Vielleicht findet an maßgebender Stelle die folgende, uns aus unsrem Leserkreise zugegangene Zuschrift die ihre etwa zukommende Beachtung:

Die neue städtische Volks-Badeanstalt in der Oberbergerstraße hat, obgleich sie in einem der volkreichsten Teile der Stadt belegen, bis jetzt nur einen wider Erwarten geringen Besuch abzuweisen. So hatte die wohlfeile und in den andern Badeanstalten der Stadt so stark benutzte Abteilung für Drausebäder am vergangenen Donnerstag während des ganzen Tages wohlgezählte 34 Bäder verabreicht, wie ich dem zufällig mit angehörtem Gespräch zweier Angestellter entnehmen konnte. Nach meinen Beobachtungen in Bekanntheitkreisen ist die Anstalt selbst in der näheren Umgebung trotz des seiner Zeit erfolgten Säulenamalgams und einiger Zeitungsnotizen noch viel zu wenig bekannt. Sollte dies daran liegen, daß man bei dieser Anstalt mit der Gepflogenheit gebrochen hat, das Bäder-Preisverzeichnis nebst der Anstaltsordnung und Besuchszeit-Anzeige dem Publikum außerhalb des Gebäudes sichtbar zu machen? Herr Stadtbaurat Hoffmann fürchtet nämlich, daß durch die so notwendige Anbringung der Ausgänge, die ihm auch schon empfohlen wurde, eine Störung des künstlerischen Eindrucks der Fassade hervorgerufen werde. Diese Befürchtung würde aber wohl gegenstandslos sein, wenn die Tarife z. B. in künstlerisch ausgeführten, dem Gebäude angepaßten Rahmen rechts und links neben der Eingangstür ausgehängt würden. Uebrigens scheint Herr Hoffmann von der so unsymmetrisch angebrachten Hausnummer diese Befürchtung nicht zu hegen. Aber soll sie vielleicht durch ihre Anbringung rechts von der Hausstür dem Wanderer symbolisch andeuten, daß der Erbauer hier ebensowenig wie in der Märchenbrunnen-Angelegenheit den „Zug nach links“ mitmacht?

Ueber den Ursprung der Berliner Bezeichnung „Bod“.

Die jetzige Saison in Berlin steht nicht allein im Zeichen des hier ziemlich mageren Schneebais, sondern beginnt auch nimmermehr Herrschaft auf die durstende Menschheit in Gestalt diverser „Bod“-Ausflüßigkeiten auszuüben. Die verschiedenen Brauereien wetteifern in neuerer Zeit, immer die ersten zu sein im „Ausflüß“. Dieses für den Berliner Missfallen Grund. Umte Plakate in mehr oder minder guter Ausstattung finden an Fenstern der Anschlaglokale dieses feuchte Ereignis an. Die Hauptfigur in diesen Plakaten bilden immer ein oder zwei trimmig dreinschauende Pigenböcke mit mächtigen Hörnern. Sie stehen gewöhnlich aufrecht auf einem großen Bierfaß und deuten gewissermaßen den kräftigen Trunk darin symbolisch an. Diese Zeichnungen erwecken auch mit Recht im Beschauer die Meinung, daß der abgebildete kraftstrotzende Pigenbock die Stärke des „Bodviers“ versinnbildlichen soll und der Ausdruck dafür von ersterem abgelenkt sei. Das ist aber ein weitverbreiteter Irrtum: der Name „Bodvier“ steht mit dem mecklenburgischen und stehenden bärtigen Sieb durchaus in keiner Verbindung. Bekannt ist, daß der Berliner von Bierem zumeist früher das Werderische und vor allem das Weßbier liebte und trank. Als dann das sogenannte bairische Bier aufkam, wurde dies fast durchsänntlich von den Gastwirten nur aus Flaschen verschänkt. Nach und nach fand der Berliner am Bayerischen mehr Geallen. Dies hatte zur Folge, daß sich dann mehrere Restaurateure entschlossen, neben dem Flaschenbier das gelbe Rah auch direkt vom Rah zu verzapfen. Zu diesem Zwecke wurden die Fässer auf Holzgestelle gelegt, die unter dem Namen „Böde“ bekannt sind. Wollte nun ein Gast statt Flaschenbier haben, so deutete er auf den Holzbock und bestellte: „ein Bodvier!“ — Zu Ende der Vier Jahre des vergangenen Jahres hundert brachte die Brauerei am Tempelhofer Berge zuerst in der Osterzeit ein stärker eingebrautes Bier in Verkehr. Diesem Beispiel folgten nachher noch andre Berliner Brauereien. Später nannte man diese Biergattung, die zu Beginn des Frühlings vom Rah auf Holzböden ausgeflüßelt wurde, nur noch alle in „Bodvier“. Die zuerst erwähnte Brauerei wurde als „Urbod“ bezeichnet. So erklären ganz alte Berliner den Ursprung des Namens „Bodvier“!

Der Magistrat hat die Ferien der städtischen Schulen wie folgt festgesetzt: Der Schluß des Schuljahres 1901 findet Sonnabend, den 22. März 1902 und der Beginn des Schuljahres 1902 am Montag, den 7. April 1902 statt. Die Pfingstferien beginnen am Freitag, den 16. Mai 1902 und der Unterricht am 23. Mai. Mit dem Schluß des Unterrichts am Freitag, den 4. Juli 1902 fangen die Sommerferien an. Der Beginn des Unterrichts ist auf Freitag, den 12. August festgesetzt. Die Herbstferien beginnen mit dem Schluß des Sommerhalbjahrs am Sonnabend, den 27. September 1902 und endigen mit dem Beginn des Winterhalbjahrs Dienstag, den 27. Oktober 1902. Die Weihnachtsferien beginnen am Sonnabend, den 20. Dezember 1902 und endigen am 6. Januar 1903.

Deutscher Helldemut. Der Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, H. O. Vöcker, hat sich mehrfach gegen ihn erhobene Verleumdungsklagen durch Ausbleiben von den Verhandlungsterminen entzogen; in der letzten Klagesache war auch schon seitens des Gerichts der Erlass eines Steckbriefes in Erwägung gezogen worden. Wie die „Antiken-Korrespondenz“ jetzt mitteilt, hat Vöcker seine Redaktionsstellung bei der „Staats-Zig.“ aufgegeben und seinen Wohnsitz nach Wien verlegt.

Die Courage scheint der Mann in solchen Dingen der leidigen Socialdemokraten überlassen zu wollen. Oder sollte der Antifemist ungleich den leidigen Unflüchleren eine im politischen Kampf erlittene Gefängnisstrafe nicht als eine Ehre ansehen?

Die Deputation der städtischen Gaswerke hielt am Montag eine Sitzung ab, bei der Genosse Wurm als Mitglied in die Deputation eingeführt wurde. Beschlüsse wurden u. a. auf Antrag des Stadtrats Ramkau, den Petrolemulatern-Wärtern, die bisher 82,50 M. bis 86,10 M. Lohn pro Monat bezogen, diesen derart zu berechnen, daß sie pro Laterne und Tag 7 Pf. erhalten, wovon der Lohn auf 94 1/2 M. pro Monat gesteigert wird. Ein Antrag Wurts, den Coakspreis entsprechend der von den Charlottenburger Gaswerken vorgeschlagenen Preisherabsetzung sofort zu erniedrigen, wurde abgelehnt.

Zur Reinigung der Straßen von dem Schnee sind von der Straßenreinigung nicht, wie von anderer Seite gemeldet wurde, 4300 Arbeiterlose, sondern am Sonntag 2700 und am Montag etwa 3000 Beschäftigungslose angenommen worden. Von der Großen Berliner Straßenbahn wurden nur einige Hundert eingestellt.

Einen heillosen Wirrwarrief gestern ein Zuchthäusler im Sitzungssaal der ersten Strafkammer des Landgerichts I. hervor. Aus dem Zellengefängnis war der Arbeiter Hermann Fiedrauz vorgeführt worden, gegen den noch eine Nachtragsklage wegen Diebstahls verhandelt werden sollte. Als er den Anklageraum betreten und der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Radmann, ihn gefragt hatte, ob er der Arbeiter Fiedrauz sei, wurde der Befragte — wenn es sich nicht um einen vorher gefassten Plan handelte — plötzlich von einem Wutanfall ergriffen. Er schrie den Vorsitzenden an: „Du Lump! Du Spidube! Du kennst mich ja, Du hast mich ja selbst einmal verurteilt. Ich weise Dir einen Stuhl an den Kopf!“ Und blühhnuel ergriff er dabei einen der im Anklageraum befindlichen Stühle und schleuderte ihn gegen den Vorsitzenden. Einer der Weisiger versuchte, dem Wutgeschrei eine andre Richtung zu geben, er packte den Stuhl an einem Bein und erzielte dadurch, daß er auf den Richtertisch fiel. Von den Richtern wurde keiner beschädigt, aber eine heillos Verwirrung wurde auf dem Richtertische angerichtet. Mehrere Zintenfässer wurden getrümmert, ihr Inhalt ergoß sich nicht nur über fast

sämtliche Richter, sondern auch über die Akten, die auf dem Tische lagen. Im Nu war der Verbrecher gefesselt und unschädlich gemacht. Der Zuhörerraum wurde geräumt, die Gerichtsdienere suchten von dem Aktenmaterial zu retten, was zu retten war und das Richtercollegium begab sich in das Beratungszimmer, um eine oberflächliche Reinigung vorzunehmen. Der Dimmschiff soll dabei eine hervorragende Rolle gespielt haben. Als die Verhandlung dann wieder aufgenommen werden konnte, beschloß der Gerichtshof, den Angeklagten, der sich jetzt ruhig verhielt, wieder nach dem Zuchthaus zurückzuführen und ihn dort auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Mit der Befestigung von Briefen innerhalb des Stadterfahrs scheint es nach den mannigfachen Klagen, die uns zugehen, immer noch zu hapern. Es ist nicht selten, daß Briefe, die am Morgen in Berlin W aufgegeben werden, erst abends mit der letzten Post ihren etwa in Berlin O oder O gelegenen Bestimmungsort erreichen; vier bis fünf Stunden laun man auch im günstigsten Falle auf eine Postbestellung rechnen, wenn Entfernungen in Betracht kommen, die ein Fußgänger in einer knappen halben Stunde zurücklegt. Außerordentlich unzufrieden ist jedoch immer noch der Postdienst zwischen Berlin und den Vororten. Wer am Vormittag in Berlin nach Wilmersdorf oder Friedmann einen Brief aufgibt, muß sich fast immer darauf gefaßt machen, daß dieser Brief erst am nächsten Morgen sein Ziel erreicht. Köhnt sich da kein Wandel zum Besseren schaffen?

Als falscher Kriminalbeamter festgenommen wurde der 26 Jahre alte ehemalige Reisende Paul Wrede, der ohne Wohnung ist und schon wegen Betrugs und Urkundenfälschung bestraft wurde. Seine Eigenart besteht darin, in den feinen Vierteln Berlins und den Vororten unter Vorzeigung einer Marke unter dem Namen eines Kriminalbeamten Richter, Müller oder Schulze besonders Frauen in den Wohnungen aufzusuchen und zu benachrichtigen, daß in Verbrechenkreisen ein Einbruch bei ihnen für die nächsten Tage in Aussicht genommen sei. Er fügte den Rat hinzu, man möge sich von der Kriminalpolizei zum Schutze einen Beamten erditten. Zum Schluß hatte er zu Hause seine Darmmittel vergessen und erhielt teilweise Getränke von 50 Pf. bis zu 3 M. Nach und nach liefen bei der Polizei verschiedene solcher Anzeigen ein; die Leute konnten keinen Beamten zum Schutze erlangen, und der Einbruch fand nicht statt. Man wurde auf den Pseudobeamten gefaßt, der bei einer solchen „Warnungsfahrt“ in Roabit verhaftet werden konnte.

Den ersten Unfall im Betrieb der Hochbahn hat der Bahnhof Trebbinerstraße zu verzeichnen. Am Sonnabendnachmittag wollte der 31 Jahre alte Wärter Ludwig Rindel aus der Schornhorststraße 34 den elektrischen Strom umschalten und bediente sich dabei eines falschen Stöpsels. Infolgedessen schlug ihm eine Stromflamme entgegen und verbrannte ihn am Kopf, im Gesicht und an den Händen. Rindel mußte sofort in einer Droschke nach einem Krankenhaus gebracht werden.

Zwei schwere Knochenbrüche hat der Schneefall am Sonnabendabend von 6—9 Uhr zur Folge gehabt. Aus Posen war der 27jährige Schuhmacher Fritz Müller hier eingewandert und wollte die herrliche Herberge in der Oranienstraße ansuchen. Kurz vor dem Ziel stürzte er in der Alten Jakobstraße infolge der Glätte, erlitt einen Bruch am Hüftgelenk und wurde in ein Krankenhaus gebracht. Der 27jährige Kaufmann Otto Jahn kam beim Verlassen der Straßenbahn in der Großen Frankfurterstraße zu Fall und brach einen Oberschenkel.

Drei Preise der Stadt Berlin auf der Internationalen Hundeaussstellung des Zoologischen Klubs haben erhalten: für die beste jährliche Leistung in der Abteilung der Jagdhunde Freiherr v. Langen-Gros-Lüdershagen bei Stralund; für die beste Leistung in der Abteilung Lughunde Peter Volzig-Düßeldorf; und für die beste Leistung in der Abteilung der Haushunde der Wessiger des Zwingers Wildenstein, Heinrich Müller-Leiswig. Außerdem wurden sehr viele erste Preise verliehen.

Von einem schweren Schicksalsschlage ist die Familie des Ingenieurs August Wähner in Groß-Lichterfelde betroffen worden, der dort Wellestr. 9 eine Villa bewohnt. Am Sonnabendabend gab der 17 Jahre alte Sohn Max, Obersekundaner der Schöneberger Realschule, in Gegenwart von Schulfreunden im Zimmer mehrere Schüsse mit einer Taschenpistole ab. Der Vater verlor ihm dies gefährliche Treiben. Bald darauf erlöste ein Schuß aus dem Zimmer des Schülers. Man fand den jungen Mann entseelt am Boden liegen. Er hatte die im Weiseln der Freunde ihm erteilte väterliche Ermahnung als eine so schwere Kränkung empfunden, daß er seinem jungen Leben durch einen Revolver schuß ins Herz ein Ziel setzte.

Ein Spielereck ist in einem Hause des Kurfürstendamm 5 von der Polizei ausgehoben worden; es wurden zwei Koniettes beschlagnahmt. In dem Hause hatte ein früherer Fährhieb W. einen Laden und ein Zimmer gemietet. Während der Laden leer stand, fand in dem Zimmer regerer Verkehr statt, freilich nur zur Nachtzeit. Man sah Herren und auch Damen eintreten, die sich in dem Junggefellenzimmer versammelten und bis zum Morgen genauen verweilten. Da man vorher beobachtet hatte, daß W. mit einem jungen Kaufmann aus einem Koniettes anscheinend übte, so war der Verdacht entstanden, daß jenes Zimmer als Spielhölle benutzt würde. Dadurch kam die Sache zu Ohren der Polizei. Wer die Bankhölle waren, wer in dem Zimmer verkehrte, ist noch nicht festgestellt.

Feuerbericht. Ein größerer Ladenbrand kam Sonntagnachmittag in der Köpckestr. 25 in dem Schuhwarenhanse von Franz Girnus zum Ausbruch. Das Geschäft wurde um 2 Uhr geschlossen, ohne daß etwas Verdächtiges bemerkt wurde. Kurz darauf drang bieder Rauch durch die Fenster und als die Feuerwehre eintraf, standen Regale, Kartons und Schuhwaren in hellen Flammen. Die Wehre hatte längere Zeit Wasser zu geben, um die Flammen zu erlöschen. Wie der Brand entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Sonntag früh 1 Uhr waren in der Auguststr. 88 Cardinet und Kleidungsstücke in Brand geraten, der indes noch im Keime erstickt werden konnte. Ein ähnlicher Brand mußte Sonnabendabend in der Kastanien-Allee 94 beseitigt werden. Gleichzeitig wurde die Wehre nach der Rosenthalerstraße gerufen, wo vor dem Hause Nr. 59 ein beladener Kohlenwagen in Flammen stand.

Aus den Nachbarorten.

Der Charlottenburger Stadthandels-Glat schließt in Einnahme und Ausgabe im Ordinarium mit 12 438 000 M. im Extra-Ordinarium mit 7 801 000 M. Dazu kommen die Sondererlöse der Kanalisation mit 2 4 Millionen, der Ladestrafen mit 233 000 M., des Lagerplatzes der Tiefbauverwaltung mit 573 300 M., des Elektrizitätswerks mit 712 935 M.; der Gasanstalten mit 3,6 Millionen, und der Stützungen mit 69 718 M. Der Reingewinn der Gasanstalten ist auf 473 000 M. veranschlagt. Das Ordinarium des Haupterlöses hat gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 844 000 M. erfahren. Die Gemeindefiscen sind um 522 950 M. höher veranschlagt, und zwar ist der bisherige Zuschlag von 97 Proz. zur Staats-Einkommensteuer beibehalten. Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 M. bleiben steuerfrei. Die Gemeinde-Grundsteuer ist auf 2,21 % des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke bemessen, die Gemeinde-Gewerbesteuer soll in Höhe eines Zuschlags von 97 Proz. der städtisch veranlagten Gewerbesteuer erhoben werden, und zwar so, daß die Gemeinde-Grund- und Gemeinde-Gewerbesteuer zusammen einen Satz von 145,5 Proz. der städtisch veranlagten Staatssteuer gleichkommt. Die Betriebssteuer soll in Höhe von 100 Proz. der festgesetzten Betriebssteuer, die Umsatzsteuer in Höhe von 1 Proz. des Umsatzwertes der

behalten und unbebauten Grundstücke erhoben werden, die Kanalisationsgebühr ist auf 1 Proz. festgelegt. Die Warenhaussteuer soll zur Erleichterung des Gewerbesteuersolls der Gewerbesteuerklasse IV verwendet werden, so daß abdam die niedrigsten Sätze von 4, 8, 12 M. und — soweit der Betrag reicht — auch noch von 16 M. außer Hebung bleiben.

**Aus Rixdorf.** Eine Messerstecherei rief am Sonnabend in der Steinwegstraße großes Aufsehen hervor. Der Müll-Intendant Karl Scheer war von dem 16-jährigen Sohne des Steinwegstraße 114 wohnhaften Fuhrmann Otto Liepert beschimpft worden und hatte dem jungen Menschen dafür einen leichten Schlag mit der flachen Hand versetzt. Liepert erzählte dies sofort seinem Vater, welcher den Scheer verfolgte, einholte und zur Rede stellte. Zwischen beiden Männern kam es zu Thätlichkeiten und als Scheer davonlaufen wollte, erhielt er hinterläufig von Liepert einen Messerstich in das linke Schulterblatt. Scheer mußte sich in der Unfallstation XII verbinden lassen und erstattete sodann gegen den Messerstecher Anzeige. Liepert wurde darauf von einem Schutzmann nach der Polizeiwache gebracht, wo er die That zugab. Glücklicherweise ist die Verletzung des Scheer nicht gefährlicher Natur.

**Der Kassenrentant Knisse** in Wilmersdorf ist gestern auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft als Polizeigefangener nach der Charité gebracht worden. Nach seiner vollständigen Herstellung wird Knisse dem Noabiter Untersuchungsgefängnis zugeführt werden. Die Voruntersuchung gegen den ungetreuen Kassenrentanten ist bereits so gut wie abgeschlossen, da er geständig ist. Als Kuriosum sei noch mitgeteilt, daß Knisse, der sich auch vielfach als Schriftsteller auf kommunalpolitischen Gebiete betätigt, seiner Zeit ein Buch herausgegeben hat, mit dem Titel: „Wie ordnet und revidiert man eine Gemeindekasse?“

**Ein Sieg der englischen Gasgesellschaft in Schöneberg?** Man schreibt uns aus Schöneberg: Der Magistrat hatte am 22. November 1901 der Stadtverordneten-Versammlung folgende Vorlage gemacht: „1. Das Angebot der englischen Gasgesellschaft zwecks Verlängerung des Vertrages wird abgelehnt. Es wird die Errichtung einer städtischen Gasanstalt beschlossen. 2. Die beiden Firmen, Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Berlin und Kölnische Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Köln sind auf ihr Angebot hin aufzufordern, je ein baufähiges Projekt für eine zu errichtende städtische Gasanstalt zu liefern, mit der Bestimmung, daß diese Projekte Eigentum der Stadt werden und die genannten Firmen keinerlei Recht auf die Ausführung erwerben. 3. Die Ausführung der Pläne für das neue Rohrnetz in Schöneberg wird genehmigt. 4. Zur Deckung der durch die Vorarbeiten zur Errichtung einer städtischen Gasanstalt entstehenden Kosten sind 20 000 M. bereitzustellen.“

Der Erste Bürgermeister Wilde hatte selbst die Vorlage eingehend begründet und auch unsere Vertreter hatten sich lebhaft für einen solchen Plan eingesetzt. Die Magistratsvorlage wurde denn auch, nachdem der eingesezte Ausschuss sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt hatte, in der nächsten Sitzung gegen nur eine Stimme angenommen. Auch wurde eine gemischte Deputation, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten, mit den Vorbereitungen zum Ankauf eines erforderlichen Grundstücks betraut. Vorabstufen müssen wir noch, daß vor Einleitung der Verhandlungen die Gasgesellschaft sich zu keinerlei weitergehenden Konzessionen verstehen wollte. Nun bringt das „Schöneb. Tageblatt“ in seiner Sonntags-Nummer die Nachricht, der Magistrat wäre einem neuerlichen Angebot der Gasgesellschaft nicht abgeneigt, auf Grund

dessen eine Wiederaufnahme der Verhandlungen ermöglicht sei. — Und was bietet jetzt die Imperial Continental-Gas-Association? Während die Entschädigung an die Stadt jetzt nur 30 000 M. beträgt, will die Gesellschaft vom Tage des neuen Vertrages an jährlich 210 000 M. zahlen; außerdem sollen die öffentlichen Straßen kostenfrei erleuchtet werden. Es würde dies also im ganzen einer Entschädigung von etwa 500 000 M. gleichkommen. Was muß nicht während der jahrzehntelangen Ausübung des Monopols die Gesellschaft für einen Vorteil gehabt haben, wenn sie jetzt ihr Angebot in dieser Weise erhöht! Vorläufig freilich wird der Vorschlag der Gesellschaft noch die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen, und wir hoffen, daß diese Maßregel genug Stoff, um an ihrem früheren Beschluß festzuhalten. Auf jeden Fall werden unsere Parteigenossen im Stadtparlament alles aufbieten, um Schöneberg zu einer eigenen Gasanstalt zu verhelfen.

**Ihren Wagen zum Cyser gefallen** sind am Sonnabend in Spandau drei dreizehnjährige Knaben, welche das sehr dünne Eis des Wallgrabens an der Etadelle betraten, um sich auf dem Eise zu tummeln. Die drei Kinder dragen ein, zwei der Knaben konnten mit knapper Not von Arbeitern gerettet werden, der Sohn des Arbeiters Friede ging jedoch sogleich unter, wahrscheinlich hatte ein Herzschlag sein Leben beendet. Nach einigem Suchen konnte die Leiche geborgen werden. — Die Schulen sollten es als ihre erste Pflicht betrachten, möglichst oft alle Schüler auf die Gefahren des Eisports aufmerksam zu machen.

**Aus Steglitz** schreibt man uns: Mit der Beratung des Ortschafts für das Gewerbegericht beschäftigte sich die letzte Gemeindevertretung, zu der sich einschließlich des Gemeindevorstandes ganze 14 Mann eingefunden hatten. Die Beratung fand auf Grund desselben Entwurfes statt, über den man sich am 21. November nicht schlüssig werden konnte. Wir haben schon damals den hauptsächlichsten Inhalt des Statuts im „Vorwärts“ mitgeteilt und besprochen und auf die beschlossenen Abänderungen. Eine längere Debatte entstand zunächst über den Antrag des Gärtnervereins „Orchis“, in dem Statut die Zuständigkeit des Gewerbegerichts für alle Angehörigen des Gärtnerberufes auszusprechen. Herr Budrow erklärte den Antrag für geschildrig, worauf er abgelehnt wurde. Der seiner Zeit auf Anregung der Arbeitnehmer-Vertreter in den Entwurf aufgenommene Passus: „Von der Gemeinde vorschulweise veranlagte Krankenpflege-Kosten gelten nicht als Armenunterstützung.“ wurde vom Gemeindevorstand als ungesetzlich erklärt. Genosse Rapp bestritt energisch die Richtigkeit dieser Auffassung. Herr Steinhil stellte einen Zusatzantrag: „wofür der Empfänger die vereinbarten Kosten zurückzahlt.“ Mit diesem Zusatz erklärte der Vorsitzende den Passus für nicht mehr geschildrig und stimmte mit der großen Mehrheit dafür. Als Wahlmodus für die Beisitzerwahlen wurde das vom Gemeindevorstand vorgelegene Gruppen-Wahlsystem angenommen. Der katholische Arbeiterverein St. Joseph in Steglitz und ein Herr Behrens aus Berlin hatten um Einführung der Verhältniswahl petitioniert, um zu verhindern, daß sich nicht sozialdemokratische Arbeiter der Macht der Sozialdemokratie beugen müßten. Der Vorsitzende empfahl wegen Unklarheit der bezüglichen Bestimmungen Ablehnung der Verhältniswahl. Das vom Entwurf vorgesehene Wahlverfahren auf Grund von Legitimationen wurde abgelehnt und die Aufstellung von Wählerlisten beschlossen. Auf Vorschlag des Gemeindevorstandes wurde schließlich der sehr bedenkliche und nach Ansicht des Schreibers dieser Zeilen ungesetzliche Beschluß gefaßt, dem Vorsitzenden des Gerichts bei der Zuziehung der Beisitzer vollständig freie Hand zu lassen. Die Unparteilichkeit des Gerichts wird

durch diese Bestimmung nicht gewährleistet. Auch bestimmt das Gewerbegerichts-Gesetz in § 24 Abs. 3: „In gleicher Weise (durch das Ortsamt) ist zu bestimmen, nach welchen Grundsätzen der Vorsitzende die einzelnen Beisitzer zuzuziehen hat.“ Ist das „Zuzuziehen“ auch ein Grundgesetz? Vielleicht beantwortet der juristisch gebildete Gemeindevorsteher diese Frage:

**Mordversuch und Selbstmord.** In Staßdorf hat der frühere Beisitzer der bekannten Wirtshaft „Zur Post“, Herr Franz Weber, in einem Nebenzimmer des Lokals aus Eifersucht vier Revolverkugeln auf seine Frau abgefeuert und sich dann selbst durch einen Schuß in den Mund getötet. Frau Gertrud Weber ist eine Tochter des früheren Vorstehers des Potsdamer Fernbahnhofs in Berlin, Herrn Jounier, der als Pensionär in Staßdorf wohnt. Sie lebte seit einiger Zeit bei ihrem Vater und wollte sich von ihrem Rame scheiden lassen. Dieser befehlte sie am Sonnabend nach der „Post“ und hatte dort mit ihr eine zweistündige Besprechung. Dann trachten plötzlich Schüsse. Frau Gertrud Weber wollte blutend aus dem Nebenzimmer und hat, sie nach Hause zu schaffen. Gleich darauf erschien ihr Mann, rief den entsetzten Gästen zu: „Das habe ich gethan!“ stürzte in das Nebenzimmer und erschoss sich. Die Frau hat vier Schüsse erhalten; davon haben zwei den Kopf gestreift, während die dritte in die Schulter ging und die vierte die Brust traf. Die Frau liegt hoffnungslos darnieder.

**Aus Groß-Lichterfelde** schreibt man uns: Das längst erwartete, aber keineswegs erwünschte Ereignis der Erhöhung der Gemeindesteuern scheint vom 1. April an einzutreten. Die Steuerzahler unseres Ortes werden aber gut thun, sich nicht bloß auf die jetzige, sondern auch noch auf weitere im Laufe der nächsten Jahre mit ziemlicher Sicherheit zu erwartende Erhöhungen der Gemeindesteuern vorzubereiten.

Bezüglich der Gemeindevertreter-Wahlen haben nun die „staats-erhaltenden Parteien“ ihre Kandidaten, natürlich nur Grundbesitzer, nominiert. Der „Handwerker-Verein“, der für eine Abänderung der jetzigen Bauordnung eintritt und im übrigen selbstverständlich im konservativen Fahrwasser segelt, konnte sich mit dem Grundbesitzer-Verein bezüglich gemeinsamer Kandidaten nicht einigen und hält an der Aufstellung der bisherigen Gemeindevertreter Kaufmann C. Schulz und Baumeister Wessling für den II. Bezirk (Westen) fest. Es soll natürlich nochmals der Versuch einer Einigung unternommen werden, um der Socialdemokratie, deren Kandidaten in diesem Bezirk die Genossen Wehler und Lampe sind, geschlossen entgegenzutreten zu können. — Für den Osten (Bezirk I) haben die reaktionären Parteien den Oberlehrer und Handbesitzer Dr. Dietrich dem socialdemokratischen Kandidaten Benzel entgegengestellt. — Die Wähler der III. Abteilung werden in ihrem eignen Interesse gut daran thun, alles aufzubieten, um den Grundbesitzer-Ring zu sprengen. — In der nächsten Zeit wird die Frage der Verteilung der Kosten der Kanalisation entschieden werden müssen. Wird das Gemeindeparlament ausschließlich von Grundbesitzern beherrscht, dann werden diese, die schon 7 Millionen an Grundwertsteigerung verdient haben, die Lasten von sich ab und möglichst auf die übrigen Steuerzahler abzuwälzen suchen. Andererseits werden sie nicht veräumen, von den Mietern für die Annehmlichkeit der Kanalisation einen weiteren Tribut zu fordern. Die Wähler der III. Abteilung haben also alle Ursache, durch Wahl der socialdemokratischen Kandidaten ihren Interessen und dem Gemeinwohl einen Dienst zu erweisen.

**Tempelhof.** Sonnabend fand auf dem Wege nach Marienfelde die Sammelkassen Nr. 31-40 verloren gegangen. Der Finder wolle sie bei M. Müller, Tempelhof, Berlinerstr. 41, abgeben.

### III. Wahlkreis.

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saal von Suggenhagen am Moritzplatz:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten R. Fischer über: „Wasserpolitik und Socialpolitik im Deutschen Reich“. 2. Diskussion.  
Rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen erwartet.  
Der Vertrauensmann.

### Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 8 Uhr, Große Frankfurterstraße 117:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. A. Südekum.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch ersucht.  
Der Vorstand.

### Achtung! Achtung!

Donnerstag, den 13. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Mängel in der Berliner Armenverwaltung. Referent: Frau M. Fuchs. 2. Diskussion.  
Genossinnen und Genossen agitiert für regen Besuch.  
Die Vertrauensperson.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 13. Februar 1902, abends 8 1/4 Uhr, bei Keller, Koppensstraße:

## Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke.

Tages-Ordnung: Der von den Verbänden der Holz-Industriellen und der Junung errichtete Arbeitsnachweis und die Einführung von Entlassungsscheinen. Bericht: Kreis und Differenzen. Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Delegierte zu entsenden.  
Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmänner-Karte legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 12. Februar cr., abends 7 1/2 Uhr:

### Branchen-Versammlung der Perlmutter-Arbeiter im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15.

Tages-Ordnung:  
1. Stellung der Kollegen zum Arbeitsnachweis. 2. Arbeitslosen-Unterstützung. 3. Verschiedenes.  
Kollegen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig.  
Der Obmann.

Mittwoch, den 12. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Habels, Bergmannstraße 5-7:

### Bezirksversammlung für den Westen u. Südwesten

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Ingenieur Grempe über: „Technische Fortschritte im Beleuchtungswesen“. 2. Verschiedenes. — Danach willkommen.

# Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin.

## Mitglieder-Versammlungen.

Für Oranienburger Vorstadt am Dienstag, den 11. Februar cr., abends 8 Uhr, im Lokal Gebauer, Tiedstraße 21.  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht aus der Vertreterversammlung. 3. Verschiedenes.

Für Süd-Ost am Mittwoch, den 12. Februar 1902, abends 8 Uhr, im Lokal Krüger, Rannysstraße Nr. 6.  
Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Obmanns. 2. Reuwahl der Bierfeldverwaltung. 3. Verschiedenes.

Für Westen am Mittwoch, den 12. Februar 1902, abends 8 Uhr, im „Königshof“, Bülowstraße Nr. 37.  
Tagesordnung: 1. Beschlusfassung über die Einführung der Handlosterung. 2. Verschiedenes.

Bezirk Osten am Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, in Imbs Ostbahnpark, Rübensdorferstr. 71.  
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht aus der Vertreterversammlung. 3. Verbandangelegenheiten.  
Regen Besuch erwartet 136/20

Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Gossmann, Kreuzbergstraße 48. 103/11\*

## Volks-Versammlung

Die Verbilligung der Lebensmittel.  
Referent: Paul Göhre.

### Rixdorf. Socialdemokrat. Wahlverein.

Mittwoch, 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Ph. Thomas, Hermannstr. 50:  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Adolf Gossmann über: „Das Soll der Decker in der Zwangsloste.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten, Berichtsbereich und Fragekasten.  
Um zahlreichen Besuch ersucht.  
Der Vorstand.

### Verein Berl. Jalousiearbeiter u. Berufsgen.

Montag, den 17. Februar cr., abends 8 Uhr:  
General-Versammlung  
im Vereinslokal Kommandantenstr. 65 bei Ladewig.  
Tages-Ordnung:  
1. Vorlesung des Protokolls. 2. Antrag Engelhardt: Auflösung des Vereins und Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband. 3. Wahl einer Kommission event. eines neuen Vorstandes. 4. Diskussion.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Auf 8 b macht aufmerksam.  
Der Vorstand.

### Kleber (Tapezierer).

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75,  
Öffentliche Versammlung.

Die Bedeutung der diesjährigen Lohnbewegung für die in der Kleberbranche beschäftigten Kollegen Berlins.  
Das Erscheinen aller Kleber und Kundenarbeiter, die mit Kleberarbeiten beschäftigt sind, erwartet.  
Die Sektionsleitung des Verbandes der Tapezierer. J. K.: Paul Ditt.

### Konsum- und Produktiv-Genossenschaft Berlin-Rixdorf.

Freitag, den 14. Februar, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Hfer 15:  
Fortsetzung der ausserordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:  
1. Vorlesung der Bilanz und Beschlusfassung darüber. 2. Erledigung der Bezirke betreffenden Anträge.  
Ohne Legitimationskarte kein Zutritt.  
Der Vorstand.

### Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.

Kunstst. bis abends neun. 93592\*

### Achtung! Kleber! Achtung!

Große öffentliche Versammlung sämml. zum Streikgebiet Berlins gehöriger Kleber am Dienstag, den 11. Februar 1902, abends 5 Uhr, bei Jannasch, Inselstraße Nr. 10.  
Tages-Ordnung:  
1. Tarifausgabe. 2. Rechenschaftsbericht der Lohnkommission. 3. Diskussion. — Das Erscheinen sämtlicher Kleber ist notwendig.  
Die Lohnkommission. J. K.: Tad Wessing.

Die glückliche Ankunft eines kräftigen gesunden Mädchens zeigen hocherfreut an Glätzer und Frau, Rixdorf.  
Ihnen lieben Freunden und Bekannten hiermit die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Fuhrmeister Albert Gablitz am Sonnabend, den 8. d. M., abends, plötzlich am Herzschlag verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Rathhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 4366  
Pauline Gablitz geb. Schirm.

Steinarbeiter! Ein Sonnabend fand unser Kollege Ernst Eisenach.